

Christian Tilitzki

Die Albertus-Universität Königsberg

Band 1

1871–1918

Christian Tilitzki

Die Albertus-Universität Königsberg

Ihre Geschichte von der Reichsgründung bis zum
Untergang der Provinz Ostpreußen (1871–1945)

Band 1
1871–1918



Akademie Verlag

Gefördert durch die Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung.

Gedruckt mit Unterstützung der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (Berlin) und der Stiftung Königsberg (Duisburg).

Gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Vorsatz: Stadtplan Königsberg 1905.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 2012
Ein Wissenschaftsverlag der Oldenbourg Gruppe

www.akademie-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagentwurf: hauser lacour
Satz: Sabine Taube, Kieve
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-05-004312-8
eISBN 978-3-05-006090-3

Zwei Kindern des deutschen Ostens

Meiner Mutter Lieselotte Backhaus

Geboren in Meesow/Kreis Regenwalde, Pommern

Dem Andenken meines Vaters Richard Tilitzki

Geboren im Seebad Cranz/Kreis Fischhausen, Ostpreußen

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung

Zur Forschungslage: Bildungsgeschichte Preußens, speziell preußische Wissenschafts- und Universitätsgeschichte seit 1870. Tendenzen der jüngsten Wissenschaftsgeschichte (1989–2011), die Bildungs- und Hochschulgeschichte Ost- und Westpreußens als Forschungsdesiderat	3
---	---

II. Die Universität im Kaiserreich von 1871 bis 1914

1. Ostpreußen im politischen Gezeitenwechsel zwischen Verfassungskonflikt und Sozialistengesetz	17
2. Die Albertina bis zur Jahrhundertwende	23
2.1. Verwaltung und Selbstverwaltung	23
2.2. Die Geschichte der Fakultäten bis 1900	28
2.2.1. Die Theologische Fakultät	28
2.2.2. Die Juristische Fakultät	43
2.2.3. Die Medizinische Fakultät	54
2.2.4. Die Philosophische Fakultät	75
2.2.4.1. Die Geistes- und Staatswissenschaften	75
Berufungspolitik und weltanschauliche Fraktionierung (78), Philosophie (81), Geschichtswissenschaft (87), Staatswissenschaft (99), Kunstgeschichte (105), Deutsche Philologie (108), Romanische und Englische Philologie (111), Altertums- wissenschaften (114), Orchideenfächer: Indogermanistik, Sanskrit, Orientalistik, Slavistik (123), Die Regionalisierung des Wissens (132)	
2.2.4.2. Die Natur- und Agrarwissenschaften	140
Physik (140), Mathematik (144), Astronomie (148), Geographie (150), Geologie, Mineralogie, Paläontologie (154), Chemie u. Pharmazeutische Chemie (160), Zoologie (165), Botanik (170), Agrarwissenschaften (173), Die „Angelegenheit Backhaus“ (178), Die Pflanzenzüchter Gisevius und Gutzeit (183), Die trübe Bilanz nach 25 Jahren (184)	
3. Die politische Atmosphäre vor der Jahrhundertwende	185
4. Die halykonische Ära bis zum Ersten Weltkrieg: 1900 bis 1914	196
4.1. Die Theologische Fakultät	198
4.1.1. Berufungen	198
4.1.2. Habilitationen	201
4.1.3. Das weltanschauliche Profil	203

4.2. Die Juristische Fakultät	216
4.2.1. Berufungen und Habilitationen im Zivilrecht	216
4.2.2. Staats- und Verwaltungsrecht, Völker- und Kolonialrecht	223
4.2.3. Straf- und Strafrecht	228
4.2.4. Das weltanschauliche Profil	230
4.3. Die Medizinische Fakultät	239
4.3.1. Berufungen und Habilitationen	239
4.3.2. Kliniken und Institute	271
4.3.3. Zusammenfassendes zur Fakultätsgeschichte bis 1914	276
4.4. Die Philosophische Fakultät von 1900–1914	278
4.4.1. Geisteswissenschaften: Berufungen und Habilitationen	278
Mittelalterliche und neuere Geschichte (283), Geographie (290), Staatswissen- schaften (292), Das Ringen um einen slavistischen Lehrstuhl (295), Altertums- wissenschaften (300), Semitische Philologie, Ägyptologie, Assyriologie (307), Deutsche Philologie (312), Englische und Romanische Philologie (315), Philosophie (320)	
4.4.2. Natur- und Agrarwissenschaften	324
Zoologie und Botanik (324), Chemie (327), Physik (330), Mathematik (332), Mineralogie und Geologie (336), Agrarwissenschaften (339)	
4.4.3. Zusammenfassung zur Fakultätsgeschichte bis 1914	347
5. Die Staats- und Universitätsbibliothek Königsberg	352
6. Universität und Öffentlichkeit: Das professorale Engagement in weltanschaulichen, politischen und wissenschaftlichen Vereinen	370
7. Exkurs: Die Albertina – eine Familienuniversität	390
8. Ein Blick zurück auf 44 Jahre Universitätsgeschichte im Kaiserreich	397

III. Die Albertina im Ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918

1. Kriegsauftritt in Ostpreußen: Stimmen und Stimmungen	405
2. Geistige Mobilmachung: Königsberger Kriegssinnstiftung	413
3. Wissenschaftlicher Kriegseinsatz	425
3.1. Zuarbeit für die Militärverwaltung „Ober Ost“	425
3.2. Die Gründung des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft (IOW)	426
4. Die Ideen von 1914 verblasen und die „Klassengegensätze“ brechen wieder auf	432
5. Siegfriede oder Verständigungsfriede: Die Debatte 1917/18	436
6. Berufungspolitik, Forschung, Lehre und Studium unter Kriegsbedingungen	440
6.1. Die Theologische Fakultät	441
6.2. Die Juristische Fakultät	443
6.3. Die Medizinische Fakultät	446
6.4. Die Philosophische Fakultät	457
6.4.1. Die Geisteswissenschaften	457
6.4.2. Die Natur- und Agrarwissenschaften	461
6.5. Konturen des Königsberger Auslandsstudiums	468
7. Die Königliche und Universitätsbibliothek	472
8. Endkampf-Stimmung 1917/18	477
9. Die Albertina an der Heimatfront – Wirkungen des Krieges	484

Anhang

Catalogus Professorum	489
Quellen- und Literaturverzeichnis	651
Abkürzungsverzeichnis	735
Danksagung	739
Bildteil	741
Bildnachweis	779
Register	781

I.
Einleitung

Zur Forschungslage

Die sich seit Mitte der 1980er Jahre belebende universitätshistorische Forschung wirkt auch zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer ausgesprochen westzentriert. Umfangreiche Gesamtdarstellungen über die Universitäten Heidelberg, Hamburg, Göttingen, Köln und Frankfurt/M. sind erschienen, denen monographische disziplingeschichtliche Studien etwa über die Altertumswissenschaften in Göttingen, die neukantianische Philosophie in Marburg, die Philosophie an den Universitäten Bayerns, die Theologie in Erlangen und Göttingen oder die Rechtswissenschaft in Frankfurt/M. zur Seite stehen.¹ Die mitteldeutschen Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR lagen bis 1989, bedingt auch durch die unkooperative Archivpolitik der DDR-Behörden, daher schon außerhalb des Interesses westdeutscher Universitätshistoriker, und in der DDR schien man sich nach den in den 1950ern veröffentlichten voluminösen Jubiläumsbänden zur Universitätsgeschichte von Halle, Greifswald, Jena und Leipzig soweit verausgabt zu haben, daß man fortan keine nennenswerten Kapazitäten mehr für die Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte frei machte.² Wen wundert es, wenn vor diesem Hintergrund die Hochschullandschaft der preußisch-deutschen Ostprovinzen mit den Universitäten Königsberg und Breslau, den Technischen Hochschulen Breslau und Danzig, der katholischen Staatlichen Akademie Braunsberg, der Medizinischen Akademie Danzig sowie einer Reihe Pädagogischer Akademien in Pommern, Schlesien und Westpreußen erst recht aus dem Blickfeld zumindest der deutschen Forschung verschwand. Eine Geschichte der im historischen Gedächtnis bestenfalls als Wirkungsstätte Kants präsenten Königsberger Universität von der Reichsgründungszeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zu schreiben, schließt also eine offenkundige Forschungslücke. Zumal die letzte Monographie, vorgelegt von Götz von Selle zum 400. Jubiläum im Juli 1944, und der von Hans Prutz 1894 unternommene Versuch einer Gesamtdarstellung der Universitätsgeschichte im 19. Jahrhundert, für die Zeit nach 1871 höchstens als Abkürzungen akzeptabel sind. Auch die aus v. Selle und spärlichem Aufsatzschiffium kompilierte russische Monographie von Lawrynowicz (dt. 1999) genügt nur bescheidensten Ansprüchen.³

¹ Vgl. die Forschungsüberblicke von Jansen 1993; R. A. Müller 2000; Ashe/Gerber 2008; Paletschek 2011.

² Halle 1952, Greifswald 1956; Steinmetz, Jena 1957/58; Engelberg, Leipzig 1959; als Nachzügler noch, hg. v. G. Heidorn u. a., 1969 die oberflächliche FS zur 550. Jubiläum der Rostocker Universität; zu Berlin nur eine Aufsatzlg. von Göber/Herneck 1960.

³ Prutz 1894 reserviert für die „letzten 30 Jahre“ (1864–1894) 45 von 325 Seiten und die sind bis zur Unbrauchbarkeit lückenhaft und unzuverlässig. Stettiners Broschüre (1894) bedenkt die Zeit ab 1871 mit 7 Seiten, notiert aber: die Albertina habe seitdem an Bedeutung verloren. Ebenso knapp v. Selle 1944, S. 314–327, von 384 Seiten! Die überarbeitete Auflage von 1956 bringt kaum Neues, beschränkte sich vielmehr darauf, einige Zugeständnisse an den NS-Zeitgeist zu tilgen. Nur cursorisch: André 1958. Zu Lawrynowicz 1999 meine Rezension, Tilitzki 2002x. Überraschend ahnungslos die kleineren Beiträge des gebürtigen Königsbergers Walther Hubatsch 1964 (wo S. 21 von den schon früh „vorzüglichen landwirtschaftlichen Instituten“ die Rede ist, von „vortrefflichen Kuratoren“ usw., Formulierungen aus dem rhetorischen Repertoire des Festredners) oder 1966,

Helmut Heiber resümiert im zweiten Band seines Epos über die ‚Universität unterm Hakenkreuz‘ zum Stand der Forschung für die Zeit nach 1933: „Wie ist diese Albertus-Universität im Dritten Reich einzuordnen, und wo können wir darüber etwas finden? In den Akten? Das Universitätsarchiv ist noch aus Ostpreußen herausgebracht und befindet sich [...] oder befand sich jedenfalls in Göttingen. Dabei handelt es sich um ein Archiv, um Altbestände mithin, während das, was wir benötigen, die Registratur wäre, allenfalls ein Zwischenarchiv. Und von den zentralen preußischen und Reichsakten ist über Königsberg, nicht allzuviel, praktisch sogar nichts, erhalten geblieben. Mit der Sekundärliteratur verhält es sich dementsprechend, denn wo keine Akten vorhanden sind, ist auch die Sekundärliteratur wenig wert ...“. Von Selles Universitätsgeschichte, so bilanziert Heiber weiter, sei für die NS-Zeit jedenfalls schon quantitativ von blamabler Dürftigkeit.⁴

Zu einem ähnlichen Resultat gelangt ein jüngeres Forschungsreferat zur Wissenschaftshistoriographie des Dritten Reiches, wenn es dort heißt, daß insgesamt die Hochschullandschaft der preußischen Ostgebiete noch als terra incognita angesehen werden müsse.⁵

Gleichwohl werden zur Zurückhaltung des Urteils mahnende Befunde gern ignoriert, wenn es darum geht, die Königsberger Universität hochschulpolitisch und wissenschaftsgeschichtlich einzuordnen. So zum Beispiel im öffentlichkeitswirksamen Streit über weltanschauliche Affinitäten der Geschichtspublizistik von Hans Rothfels sowie über die akademischen Karrieren seiner Schüler Theodor Schieder und Werner Conze nach 1933. Recht „freihändig“, ohne Quellenkenntnis nach „ideologiekritischem“ Schematismus verfahrend, wird dabei der Standort der Albertina zu bestimmen versucht: Der Lehrkörper einer „Grenzlanduniversität“, so die notorische Unterstellung, habe, gleichsam im mehrfachen Wortsinn, eine natürliche Nähe zu der auf „Lebensraumeroberung im Osten“ fixierten NS-Ideologie besessen, so daß diese Hochschule wohl als „geistiges Zentrum“ nationalsozialistischer Neuordnung des Ostraums einzustufen sei.⁶

Wie solche Anklagen zeigen, findet die Geschichte der Albertina seit der Reichsgründung nur im extrem reduzierten Format des NS-Kontextes Beachtung. Das ist nicht erstaunlich, denn mit der Westzentrierung der jüngeren Universitäts- und Wissenschaftshistorie untrennbar verbunden war lange

S. 55 (vor 1914 habe sich in den Institutsräumen ein „Forschungsbetrieb abgespielt, der anderen vergleichbaren Universitäten durchaus nicht nachstand“). Als Spiegelbild der bescheidenen Forschungsanstrengungen mag man den kargen Eintrag „Albertina“ in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia auffassen, Stand November 2010. Hier liegt die Fehlerquote weit über dem bei Wikipedia-Artikeln ohnehin hohen Durchschnitt. Bezeichnend, daß der Bibliothekar v. Selle gar zum „letzten Rektor der deutschsprachigen Universität“ aufrückt!

⁴ Heiber, Tl. II/2, 1994, S. 314. Daß das Universitätsarchiv noch 1945 aus Ostpreußen „herausgebracht“ worden sei, ist nicht korrekt. Komorowski 2008, S. 12, weist nochmals darauf hin, daß es ein eigenes Universitätsarchiv gar nicht gegeben habe, sondern, zuletzt 1921, die kurrenten Akten an das Königsberger Staatsarchiv abgegeben wurden. Für die Weimarer Zeit und das Dritte Reich kann also nicht auf eine Königsberger Überlieferung zurückgegriffen werden. Im tatsächlich „herausgebrachten“ Staatsarchiv, zunächst in Göttingen, seit 1978 im GStA Berlin-Dahlem, finden sich gerade für unseren Untersuchungszeitraum nach 1870 keine Akten, ebensowenig in dem Teil des Staatsarchivs, der heute in Allenstein verwahrt wird und der vor allem für die Universitätsgeschichte des 18. Jahrhunderts wertvolle Bestände birgt.

⁵ Chroust 1994, Bd. 1, S. 17 f.

⁶ Aly/Heim 1991, S. 91 ff. Dazu auch die auf dem 42. Deutschen Historikertag gehaltenen Referate von Aly u. Haar in: Schulze/Oexle (Hg.) 1999. Mittlerweile gehören diese Deutungen zum abgesunkenen Kulturgut, wie man aus der Zitatencollage bei Manthey 2005, S. 655 ff. über „Willfähige Gelehrte“ nachlesen kann, die es fertigbringt, nicht nur Rothfels/Schieder/Conze politisch korrekt „einzutüten“, sondern auch Arnold Gehlens Hauptwerk ‚Der Mensch‘ in zwölf Zeilen so zu kondensieren, daß es einem Leitartikel Alfred Rosenbergs zu ähneln scheint. Zur Kritik an Haar et al. vgl. Tilitzki 2001b, Winkler 2004 und Neugebauer 2005, Jureit 2010 m. w. Nachweisen. Von Haars These über die Antizipation „völkischer“ Ideologeme in den Arbeiten Königsberger Historiker abrückend, nun auch der erste Versuch zu einer umfassenden intellektuellen Biographie Hans Rothfels: Eckel 2005, sowie Dunkhase 2010 zu Conze.

deren Beschränkung auf die nationalsozialistische Ära. Ausnahmen wie Notker Hammersteins 1914 einsetzende Frankfurter Universitätsgeschichte,⁷ Andrea Wettmanns materialreiche Dissertation über die Marburger Universität im Ersten Weltkrieg,⁸ die sozialhistorische, jedoch penetrant auf das Nadelöhr von 1933 zuschreibende Arbeit von Peter Chroust über die Universität Gießen (1918–1945),⁹ die – für die NS-Zeit sehr selektiv verfahrenende – Kölner Gesamtdarstellung von Bernd Heimbüchel (1914–1945)¹⁰ und die im Titel einen größeren Rahmen versprechende, aber auf das Dritte Reich konzentrierte Aufsatzsammlung zu „Sachsens Landesuniversität“ Leipzig¹¹ bestätigen dabei die Regel, der auch neuere Publikationen über Bonn, Halle, Jena, Kiel, Berlin, Wien, Tübingen gehorchen.¹²

Diese bemerkenswerte Verengung der Forschung auf die NS-Zeit hat dazu geführt, daß bis heute über der Wissenschaftslandschaft des Kaiserreichs und der Weimarer Republik ein dunkler Schleier liegt. Angesichts vieler, mitunter populärer Biographien über Gelehrtenfürsten der wilhelminischen Epoche (Mommsen, Treitschke, Virchow, Röntgen, Planck, Kirchhoff, Harnack, Sombart, Max Weber, Haber, Dehio et al.¹³) sowie wiederholter Anläufe, das Geheimnis des „Systems Althoff“ zu entschlüsseln,¹⁴ klingt diese Einschätzung pessimistisch, ist aber schwerlich zu widerlegen.¹⁵ Und je weiter man in die Universitätsgeschichte des 19. Jahrhunderts zurückwandert, desto unwegsamer wird das Gelände. Seit Preußens besatzungsrechtlich verfügbarem Ende (1947) sind gut sechzig Jahre verstrichen, aber keine preußische Universität fand in dieser Zeit ihren Geschichtsschreiber für das Jahrhundert von 1810 bis 1918.

Um über die zweitälteste der „altpreußischen“ Hochschulen, Halle-Wittenberg (1694), wenigstens einen Abriss ihrer Entwicklung für diesen Zeitraum nachschlagen zu können, muß man zur Jubiläumsschrift von 1894/97 greifen, die der damalige Kurator Wilhelm Schrader verfasste, die aber für das Gros der Disziplinen, an denen der primär auf Theologie und Philosophie sein Augenmerk richt-

⁷ Hammerstein 1989, allerdings die Weltkriegszeit nur sporadisch bedenkend und summarisch urteilend, die vaterländische Begeisterung sei in Frankfurt wohl moderater ausgefallen als an anderen Hochschulen (S. 32). Genauer zur Gründungszeit: Kluge 1972.

⁸ Wettmann 2000. Zu 1914/18; ansonsten zum I. Weltkrieg, mit ähnlichen Ergebnissen, lediglich einige Aufsätze: für Leipzig Gätke-Heckmann 2005 und v. Hehl u. a. (Hg.) Bd. III, 2009, S. 42–66; St. Gerber, in: Jena 2009, S. 240–253; für Tübingen Paletschek 1997 und für Freiburg Chickering, Hofer, A. Lehmann, alle 2007; die Kriegspublizistik Heidelberger Dozenten von 1914 bis 1918 berücksichtigt die auf die Weimarer Zeit konzentrierte Monographie von Jansen 1992, S. 109–142; zu Würzburg Buchner, in: Ders. (Hg.) 1932; zu Münster: Köster 1941; zu Erlangen: Blessing 1993.

⁹ Chroust 1994; eine sehr geraffte Gesamtgeschichte seit 1607 versuchte zuvor Peter Moraw 1982; die FS von 1957 bot hingegen zumeist impressionistische Disziplingeschichte.

¹⁰ Heimbüchel/Pabst 1988; da Jansen 1993, S. 189 ff; zu Köln ab 1933 vgl. a. Golczewski 1988.

¹¹ v. Hehl 2005.

¹² Höpfner 1999, zur Bonner MedFak 1933–1945: Forsbach 2006; zu Halle: Eberle 2003; Jena: Hoßfeld u. a. 2003, daraus eine Kurzfassung: Ders. 2005; zu Kiel: Cornelißen (Hg.) 2009, zu Berlin: Jahr u. a. 2005; ferner: Ash u. a. (Hg.) zu Wien und Wiesing (Hg.) 2010 zu Tübingen.

¹³ Vgl. Rebenich 2003; Langer 1998; Goschler 2002; Fölsing 1995; E. P. Fischer 2007; Nottmeier 2004; Lenger 1995; Radkau 2005; Szöllösi-Janze 1998; Bethausen 2004.

¹⁴ Zum System Althoff: vom Brocke (Hg.) 1991.

¹⁵ Mittelalter und Frühe Neuzeit seien universitätshistorisch inzwischen besser erforscht als das 19. und 20. Jahrhundert – mit Ausnahme der NS-Zeit, da hier „erinnerungskulturelle Bedürfnisse“ das Interesse befeuert hätten, wie Paletschek 2011, S. 171, zu Recht feststellt. Zu Heidelberg im 19. Jh. die Gelehrtenportraits in den beiden Bänden von Friedrich 1903 sowie Bd. II (1803–1918) der Festschrift *Semper apertus* 1985. Weitere Aufhellungen jetzt vor allem durch das monumentale Kompendium zur Geschichte der Universität Jena seit 1850 bis 1995: *Traditionen-Brüche-Wandlungen* 2009, sowie durch die (bisher) drei Bände der von Tenorth hg. *Berliner Universitätsgeschichte* (2010). Dagegen für das 19. Jh. eher unergiebig: Rupieper (Hg.) 2002. Dieses „lange“ Jahrhundert stärker berücksichtigt vor allem in Disziplin- u. Fakultätsgeschichten, etwa bei Zeiler 2009 und Schroeder 2010 zur Geschichte der Freiburger bzw. Heidelberger JurFak; Benkert 2008 zur Würzburger JurFak setzt 1914 ein.

ende Alt-Hegelianer wenig Interesse zeigte, einer Namen- und Datensammlung gleicht.¹⁶ Ein Stadium universitätshistorischer Darstellung, über das auch die etwas jüngeren, zwischen 1906 und 1920 erschienenen Arbeiten über die Gründungen der preußischen Reformära, Berlin, Breslau, Bonn, kaum hinausgelangen,¹⁷ während die verunglückte Leipziger Festschrift von 1909, ungeachtet ihres stattlichen fünfbandigen Umfangs, eine Mischung aus kursorischem name dropping und stolzer Immobilien-Präsentation der Instituts- und Klinikchefs offeriert.¹⁸ Nicht viel informativer ist die gegen Ende des 19. Jahrhunderts immer fahriger werdende Arbeit, die Götz von Selle 1937 zum Jubiläum der Göttinger Universität lieferte und die genügte, ihn dann als Historiographen der Albertina zu empfehlen.¹⁹ Im Vergleich damit bedeutet die 1956 schon stark vom DDR-Marxismus infiltrierte, aber aktengestützte Greifswalder Universitätsgeschichte einen Fortschritt,²⁰ und das 2006 gefeierte Jubiläum bescherte uns einige Aufsatzsammlungen, den Teilband eines Professorenkatalogs sowie Abrisse zur ‚Geschichte der Fakultäten im 19. und 20. Jahrhundert‘.²¹ Die Urzelle der neuerdings zum „Mythos“ herabgestuften „Humboldtschen Reform-Universität“,²² die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität, wurde 1961, teilungsbedingt in „West-“ und „Ost-“ Publikationen, nur in Aufsatzbänden gewürdigt;²³ auch hier verheißt erst das 2010 gefeierte 200. Gründungsjubiläum eine geschlossene, die veraltete Monographie von Max Lenz²⁴ ersetzende Gesamtdarstellung.²⁵ Für Münster ist, neben einer aus den Archivquellen

¹⁶ Schrader 1897.

¹⁷ Vgl. Max Lenz 1918; Georg Kaufmann 1911, im ersten Teil der Breslauer Festschrift, dazu im zweiten Teil die Sammlung zumeist karger Skizzen zur Geschichte der Institute, Seminare, Kliniken. Mit kriegsbedingter Verspätung erschien 1920 Friedrich von Bezolds Gesamtdarstellung der Bonner Universitätsgeschichte, die allerdings 1870 endet. Ein zweiter Teil, nach Breslauer Vorbild den Instituten und Kliniken gewidmet, erschien erst 1933 und fällt vor allem für die Jur. u. Med. Fakultät sehr unbefriedigend aus. Auf die Geschichte der Med. Fak. ging jedoch Karl Schmiz 1920 ausführlicher ein. Die Mediziner waren auch die einzigen, die mit einem historischen Rückblick auf das 19. Jahrhundert vom Greifswalder Jubiläum 1906 profitierten. Einen Vorgriff auf die große Jubiläumsschrift von 1927 stellt die Broschüre von Karl Wenck über die Marburger Universität seit 1866 dar (1921).

¹⁸ Leipzig 1909a–d; ähnlich, aber noch dürftiger die zweibändige Festschrift der Universität Gießen 1907. Ergiebiger in diesem wilhelminischen Reigen der Festschriften, leider aber Medizin und Naturwissenschaften vernachlässigend, das Ein-Mann-Unternehmen des Erlanger Kirchenhistorikers Theodor Kolde zur Geschichte seiner Alma mater „unter dem Hause Wittelsbach 1810–1910“, Erlangen/Leipzig 1910.

¹⁹ v. Selle 1937; der Verfasser wurde 1939 von der Göttinger an die Königsberger Staatsbibliothek versetzt, um die Geschichte der Albertina rechtzeitig in Angriff nehmen zu können. Zuvor, ungleich materialreicher, die von Buchner hg. Würzburger Universitätsgeschichte von 1932, leider aber konzentriert auf die MedFak.

²⁰ Desgleichen die jeweils zweibändigen Sammelwerke zum Jenaer und Leipziger Jubiläum, 1958 und 1959.

²¹ Greifswald 1956; vorausweisend: Buchholz 2004a (hierzu Tilitzki 2005) und Buchholz 2004b (zu dieser die Berufungen von 1907 bis 1932 abdeckenden Biographiensammlung die sehr kritische Rezension von Alvermann 2006). Ferner Alvermann/Spieß (Hg.) 2006. Auf reine Organisationsgeschichte der Greifswalder Rechts- u. Staatswiss. Fak. beschränkt sich Vorholz 2000. Dazu die inhaltliche Ergänzung jetzt durch den von Joachim Lege 2009 hg. Sammelband.

²² Dazu Paletschek 2001; Langewiesche 2011.

²³ Leussink 1960; Elliger 1960 sowie von DDR-Seite: Göber/Herneck 1960; dazu, ebenfalls jubiläumsbedingt: Laitko et al. 1987, bes. S. 174–395 (die „Wissenschaft in Berlin“ von 1871 bis 1918 darstellend, dabei gut marxistisch primär „die Vollstreckung wirtschaftlicher Interessen der Bourgeoisie“ durch die sich in der Reichshauptstadt konzentrierenden Naturwissenschaften herausstreichend).

²⁴ Für die Zeit ab 1871 bes. die zweite Hälfte des 2. Bandes, Lenz 1918.

²⁵ Angekündigt in sechs Bänden, von denen im Jubiläums-Herbst 2010 freilich erst Bd. 4 und 5 vorlagen, zur ‚Genese der Fakultäten‘ bzw. ‚Transformation der Wissensordnung‘, hg. v. Heinz-Elmar Tenorth; hinter den modisch klingenden Titeln verbergen sich konventionell-solide Disziplingeschichten, die freilich Mathematik, Naturwissenschaften und Medizin nur sehr stiefmütterlich berücksichtigen. Zur Berliner JurFak vgl. Grundmann u. a. (Hg.) 2010.

geschöpften Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät²⁶ und einer Geschichte der Germanistik,²⁷ nur auf einen Aufsatzband zu verweisen, der für die meisten Disziplinen Dozenten und deren Forschungspräferenzen lediglich knapp charakterisiert.²⁸ Die Autoren der letztlich unvollendeten sechsbändigen Kieler Jubiläumsschrift (1965 ff.) griffen zwar auf die damals in Merseburg lagernden Ministerialakten zurück, hatten aber nicht den Ehrgeiz, die preußische Wissenschaftspolitik etwa anhand detaillierter Analysen der Berufungsentscheidungen für diese erst seit 1867 dem Berliner Kultusministerium unterstehende Universität zu untersuchen.²⁹ Für das kurhessische, ab 1866 ebenfalls „neupreußische“ Marburg fehlt eine neuere Untersuchung,³⁰ für Bonn muß man sich mit einer mehrbändigen, die Naturwissenschaften recht stiefmütterlich berücksichtigende Sammlung von Gelehrtenporträts begnügen (1968 ff.).³¹ Die schlesische Alma mater Breslau hingegen ist, seit hundert Jahren, seit dem Erscheinen der Jubelschrift von 1911, weitgehend ein weißer Fleck auf der Forschungskarte.³² Bei der jüngsten Festschrift, die zum 600jährigen Jubiläum der Leipziger Universität vorgelegt wurde, ist ungeachtet aller fünfbändigen Imposanz doch die enttäuschende, sich zumeist in der Reihung von Lebensdaten und Werktiteln erschöpfende Konventionalität der disziplinhistorischen Partien kaum zu übersehen.³³ Für Straßburg ist auf die von 1872 bis 1902 reichende wertvolle, wenn auch nur den Geisteswissenschaften zugewandte Monographie von Stephan Roscher zu verweisen und für Jena auf das bereits erwähnte 1.000seitige Monument, das von 1850 bis in die Gegenwart (1995) führt.³⁴

Eine Königsberger Universitätsgeschichte kann sich in diesem Umfeld mithin weder vergleichend auf die Untersuchung auch nur einer anderen preußischen oder nicht-preußischen Universität beziehen, noch läßt sie sich einpassen in die Geschichte der preußischen Wissenschaftspolitik nach 1870/71, da wir auch darüber bisher nur fragmentarisch informiert sind. Denn erst 2004 begann ein Langzeitprojekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften über „Preußen als Kulturstaat“ damit, die Geschichte des 1817 gegründeten preußischen Kultusministeriums zu erforschen. Die bislang vorliegenden, darstellenden Teile des Unternehmens betonen die Expansion der „daseinsvorsorgend-leistenden Kulturstaatlichkeit“ Preußens (Neugebauer) und bieten einen für das 19. Jahr-

²⁶ Steveling 1999; die Arbeit führt bis in die 1970er Jahre.

²⁷ Pilger 2004.

²⁸ Dollinger (Hg.) 1980. Ähnlich der für das 19./20. Jh. relevante erste Band der dreibändigen Tübinger Jubiläumsschrift, Decker-Hauff (Hg.) 1977.

²⁹ Vgl. Hofmann u. a. 1965, sehr knapp, S. 9–49, zur Entwicklung im „Königreich Preußen“. Daneben immer noch wertvoll die Festschrift zum 275jährigen Bestehen: Ritterbusch (Hg.) 1940.

³⁰ Eine ältere Jubiläumsschrift (Kaehler 1927) ist für das 19./20. Jh. ähnlich ungenügend wie die v. Selles zu Göttingen und Königsberg. Für das 20. Jh. außer Wettmann 2000 vor allem der Professorenkatalog von Auerbach 1979, die Porträtsammlung von Schnack 1977 und der Dokumentenband von Nagel/Sieg 2002, begrenzt auf 1933–1945. Beachtlich für das 19. Jahrhundert die ausführliche Darstellung von R. Schmitz zur Geschichte der Naturwissenschaften an der Marburger Philipps-Universität, 1979.

³¹ Dazu von 1968 bis 1972 die Reihe: Bonner Gelehrte, mit dem Nachzügler zur Medizin: Mani (Hg.) 1992.

³² Verstreutes, zumeist älteres Schrifttum zu einzelnen Gelehrten ist vorhanden, einiges davon in den ‚Schlesischen Lebensbildern‘, neuerdings, blamabel unzureichend, zur Philosophie in Breslau (1933–1945), Kapferer 2002 (vgl. dazu meine Rezension, Tilitzki 2004b), und, im Rahmen seiner Habilschrift über den Mediävisten Hermann Aubin, zur dortigen Geschichtswissenschaft zwischen 1925 und 1945: Mühle 2005 (dazu Tilitzki 2006b). Ordentlich, allerdings mehr biographisch als disziplingeschichtlich aufschlußreich, Völkels Geschichte der Breslauer Geowissenschaften von 1811 bis 1945 (2002). Der gründlichsten Einzeldarstellung darf sich bisher die Breslauer Germanistik rühmen, freilich, abgesehen von einem Abriss zur „Vorgeschichte“ seit 1811, begrenzt auf die Zeit 1918 bis 1945: Kunicki 2002. Im Sommer 2011 konnte noch druckfrisch zur Kenntnis genommen werden Thomas Ditts aus Archiven schöpferender Beitrag zur Geschichte der Breslauer Juristischen Fakultät, der sich den „Rechtswissenschaften im ‚Grenzland Schlesien‘“ von 1933 bis 1945 widmet.

³³ v. Hehl (Hg.), Bd. III und IV/1–2, 2009, sowie Zwahr/Blecher, Bd. III, 2010.

³⁴ Roscher 2006 (gründlicher als Craig 1982); J e n a 2009.

hundert äußerst knappen Überblick zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik des Ministeriums von Hartwin Spenkuch, der einige Grundzüge der administrativen Steuerung in der Berufungspolitik und der institutionellen Förderung umreißt, ohne auf einzelne Universitäten eingehen zu können und ohne nach den treibenden Kräften, dem Weltbild und Selbstverständnis der preußischen Kultusbürokraten zu fragen, die gewiß aus anderen Gründen als aus dem Streben nach nationalem „Prestige“ den Ausbau der Bildungsinfrastruktur, die Erschließung handlungsleitenden „wissenschaftlichen, gesicherten Wissens“ (Peter Weingart) und dessen Diffusion in die Gesellschaft forcierten.³⁵ Der Versuch Marita Baumgartens, der Aufklärung zu geben versprach über „Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert“, orientiert zwar über die Ablösung der „Familien-“ durch die Forschungs-Hochschule, des enzyklopädisch gebildeten Gelehrten durch den spezialisierten Wissenschaftler, die Auflösung der sozialen und lokalen Verflechtungen zugunsten des „Leistungsbezugs“. Doch ist darin oftmals kaum mehr zu sehen als eine statistische Bestätigung dessen, was man aufgrund der zur Allgemeinbildung zählenden Kenntnisse der Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des 19. Jahrhunderts ohnehin schon annehmen durfte.³⁶ Dagegen setzt sich eine 1870 beginnende, 1933 abschließende, Tübingen gewidmete Spezialstudie, die im sozialhistorischen Datenrausch mitunter ebenfalls Selbstverständlichkeiten in Statistiken stanzt,³⁷ doch erfreulich weit ab von dem bislang dominierenden, von Jubiläen diktierten Festschrift-Typ der Universitätshistoriographie, dem auch die genannten allerjüngsten Arbeiten über Greifswald, Leipzig, Berlin und Jena vielfach verpflichtet bleiben.

Für die Geschichte einzelner Disziplinen sieht es, wenn wir hier Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzen, nicht viel besser aus. Allein die Naturwissenschaften, allen voran die Physiologie, stehen hier in etwas hellerem Licht.³⁸ Die Desiderata werden allerdings schnell deutlich, wenn man auf die Geistes- oder Kulturwissenschaften blickt. Bezeichnend ist, daß für kaum eine der vielzitierten gelehrtenpolitischen Leitdisziplinen (Geschichte, Staatsrecht, Nationalökonomie, Germanistik, Philosophie, Theologie) auf eine Analyse aller zwischen 1871 und 1932 erfolgten Berufungen zurückgegriffen werden kann. Neue Gesamtdarstellungen wie Sabine Mangolds Werk über die deutsche Orientalistik im 19. Jahrhundert haben Seltenheitswert.³⁹ Der Ansatz, um nur darauf zu verweisen, zu einer Geschichte der Theologie seit Albrecht Ritschl, liegt mit Eckard Lessings zweibändiger Monographie erst seit 2004 abgeschlossen vor, und seine Kritiker zeigen sich zu Recht enttäuscht darüber, daß diese Namen- und Zitateneiherung auf jede Einbettung in die politisch-sozialen „Zeitumstände“ verzichtet.⁴⁰

³⁵ Zu „Preußen als Kulturstaat“ vgl. die ersten Bände Neugebauer (Hg.) 2009 und 2010a. Zur kulturellen Daseinsvorsorge: Ders. 2010b; der preuß. Wissenschaftspolitik im 19. Jh. widmet Spenkuch 2010 lediglich ein Viertel seines dürftigen Überblicks, S. 135–176, davon entfallen auf 1866–1918 inklusive „System Althoff“ nur die S. 165–176. – Leider nur problematisierend zu den wissenschaftshistorischen Ressourcen der Wissenschaftssoziologie: Weingart 2003. – Alles in allem mit groben Rastern zur Wissenschaftspolitik im 19. Jh.: Pfetsch 1974; McClelland 1980 sowie die Beiträge in Bd. III der ‚Geschichte der Universität in Europa‘ von W. Rüegg (Hg.) 2004.

³⁶ Baumgarten 1997.

³⁷ Paletschek 2001; gegen die Überwältigung durch die Datenbatterien dieser Habilschrift wappnet die Erinnerung an eine maliziöse Reflektion Adornos (Minima Moralia, in: GS 4, 1997, S. 297) über die „Abdrosselung des Denkens“ durch empirische Sozialforschung: Deren Ergebnisse könne doch „selbst die bescheidenste Vernunft vorwegnehmen“. Dies gilt auch für streng sozialhistorisch verfahrenende Untersuchung von Olaf Willet (2000), die fast zweihundert Jahre Erlanger Professorenalltag erfasst und über weite Strecken sich in Belanglosigkeiten wie architektonische Grundrisse von Akademikervillen verliert.

³⁸ Dazu mit ausführlicher Bibliographie Sarasin/Tanner 1998.

³⁹ Mangold 2004. Für die erste Hälfte des 20. Jhs. die Fortsetzung dieser Arbeit vorwegnehmend: Hanisch 2003, allerdings gerade für die Zeit 1900 bis 1918 extrem exemplarisch verfahren. – Besser als um die Geschichte der kulturwiss. steht es um die Geschichte der naturwiss. Disziplinen, z. B. der Botanik: vgl. nur Mägdefrau 1992 für die Gesamtgeschichte oder etwa Schnarrenberger/Scholz 1990 für die ‚Geschichte der Botanik in Berlin‘.

⁴⁰ Lessing 2000/2004; vgl. zum ersten Band Graf 2001, sehr kritisch zur Aneinanderreihung von Lehrmeinungen: „Lessing hat vergessen, daß seine Theologen zu einer bestimmten Zeit in einer bestimmten Gesellschaft

Ziel einer Geschichte der letzten Jahrzehnte der deutschen Universität Königsberg kann angesichts soviel historiographischer Enthaltensamkeit nur sein, einen Beitrag zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in ihrer regionalen Konkretisierung zu leisten, was angesichts der schütterten Kenntnisse, die das nach 1945 ohnehin stetig geschrumpfte Häuflein ost- und westpreußischer Landeshistoriker gerade für die Geschichte der Provinz während des Zweiten und Dritten Reiches zutage förderte, kein leichtes Unterfangen ist.⁴¹ Im Mittelpunkt stehen dabei die Verflechtung von Wissensproduktion und Wissensvermittlung mit den von Staat und Gesellschaft formulierten Erwartungen und Bedürfnissen, den Abhängigkeiten von materiellen Ressourcen, der staatlichen Steuerung, Finanzierung und Organisation von wissenschaftlichem Wissen. Dem sind die weltanschaulich-politischen Leitvorstellungen und Werthaltungen der Hochschullehrerschaft, ihre politischen Präferenzen und insbesondere auch ihre im individuellen öffentlichen Engagement manifestierten Verhaltensdispositionen immanent. Daher ist dem Ineinander von vermeintlich „reiner“ Theoriebildung, scheinbar autonomer Entfaltung kognitiver Prozesse und weltanschaulicher Sinnstiftung in der Wissensproduktion, der Generierung wissenschaftlichen Wissens zusammen mit der Weltauslegung durch Wissenschaft besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wobei primär dem während des Ersten Weltkrieges von der preußischen Kultusverwaltung inaugurierten Ideal einer kulturwissenschaftlichen „Synthese“ bis in die berufungspolitischen Konsequenzen hinein nachzuspüren ist.⁴² Und zwar lange vor dessen offizieller Propagierung: denn schon in der Hochphase der Spezialisierung und Differenzierung der Wissenschaften wurde um 1900 der Ruf nach „zweckfreier“ Allgemeinbildung wieder lauter. Einen Niederschlag mußte dies in der Königsberger Personalauswahl, der Favorisierung des Generalisten vor dem bloßen Spezialisten, auch im Lehrangebot und den Publikationen gefunden haben.

Dem „Diskurs des Radikalen Konstruktivismus“ verpflichtet,⁴³ ist zunächst an dem Eingeständnis nicht vorbeizukommen, damit selbst nicht mehr als eine – wenn auch alternative – „Konstruktion“ oder, mit Hayden White zu sprechen, poetische „Erfindung“⁴⁴ bieten zu können.⁴⁵ Die setzt auf wissen-

leben und dachten. Seine Theologiegeschichte ist gar kein historisches Werk. Sie erfüllt alle Kriterien des ungeschichtlichen Denkstils, der um 1900 ‚die dogmatische Methode in der Theologie‘ genannt wurde.“

⁴¹ Speziell zur Vernachlässigung der regionalhistorischen Zeitgeschichte ab 1933 Kittel 2002, doch läßt sich dessen traurige Bilanz nach rückwärts bis auf die Reichsgründungsära ausdehnen. Hier stößt man für den stadthistorischen Rahmen der Universitätsgeschichte auch bei Gause 1968 und 1971 schnell an die Grenzen, die sich wegen des kriegsbedingten Verlustes an Zeitungen, Parteien- und Vereinsperiodica auch kaum mehr nennenswert überschreiten lassen werden. So dürfte sich z. B. das, wie aus allerlei Indizien zu schließen, hoch zu veranschlagende, kommunalpolitische Engagement vieler Dozenten zwischen 1871 und 1914 nicht mehr rekonstruieren lassen.

⁴² Daß wissenschaftliche Theoriebildungen stets von politisch-weltanschaulichen Überzeugungen infiltriert werden, ist die These von Paul Formans bekannter Studie über ‚Weimarer Kultur, Kausalität und Quantentheorie 1918–1927‘ (zuerst 1971, dt. 1994). Daran anknüpfend zur Geschichte der Physik nach 1918 Stefan L. Wolff 2008; allerdings wenig geglückt, da schon politische Klassifizierungen wie „reaktionär“ oder „völkisch“ denkbar unpräzise ausfallen. Nicht verwunderlich, wenn Wolff es dann mit seiner Unterstellung, „reaktionäre“ Physiker hätten quasi zwangsläufig „moderne Theorien“ bekämpft, nur zu einer extrem vagen Verknüpfung von politischen und wissenschaftlichen Präferenzen bringt.

⁴³ Vgl. Schütz 1932; Berger/Luckmann 1987; Hayden White 1992; S.J. Schmidt (Hg.) 1988.

⁴⁴ Neuerdings an die Grenzen historiographischer Erfindungskraft erinnernd: Langewiesche 2003.

⁴⁵ Daß freilich auch ein explizit der „Konstruktivität“ jedes historiographischen Zugriffs auf vergangene „Wirklichkeit“ sich bewußt sein wollender Versuch, die „Homologie von Wissenschaft und Politik“ nachzuweisen, in den Niederungen der Ideologiekritik landen kann, zeigt Th. Ertzmüllers Studie (2005, bes. S. 124f, 132–135) über die Königsberger „Rothfelsianer“: Das „Formatierungsprinzip ihrer Wahrnehmung“ sei dem „dominanten Ordnungsdiskurs“ ihrer Zeit entsprungen, Rothfels und seine Schüler seien auf „Ordnung“, „Einheit“, „Stabilität“, „Integrität“ fixiert gewesen – ein Befund, der auf Perikles wie auf Ludwig XIV. genauso zutreffen dürfte. Vernichtend zu Ertzmüller: Bahnert 2002.

schaftshistorischem Terrain, von geschichtspolitischen Vorgaben abstrahierend, bei dem Phänomen an, daß Wissensproduktion nichts anderes ist als ein „besonderer Typ des sozialen Handelns oder der Kommunikation“.⁴⁶ Wissenschaftler sind demnach beteiligt an der „gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit“ (Berger/Luckmann), sie konstituieren und konstruieren sozialen „Sinn“, strukturieren und formieren Erfahrungs- und Handlungswissen, das sich zu „Weltanschauungen“, zu „Weltbildern“ verdichtet. Wenn deutsche Professoren im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sich von englischen oder französischen signifikant unterscheiden, dann nicht dadurch, daß sie politische „Sonderwege“ beschritten haben, Gegner der pluralistischen Parteiendemokratie waren usw., sondern viel eher dadurch, daß sie stärker vom Ehrgeiz erfaßt waren, eine soziale Funktion als „Orientierungsweiser [und] Sinnproduzenten“ ausfüllen zu wollen, fest davon überzeugt, aus der Substanz wissenschaftlichen Wissens noch „aufs Ganze“ gehen zu können, um dem „Zerfall von Ganzheit und Wertkosmos“, um „Entfremdung, Fragmentierung, Pluralisierung, Relativismus“ Paroli zu bieten.⁴⁷ Dieses „deutsche Weltbildinteresse“, die Tendenz zu „einer einheitlichen Welterkenntnis“, der nach Thomas Nipperdey die deutsche theoretische Physik um 1900 ihre revolutionäre Kraft verdankt,⁴⁸ war mitnichten allein in den Naturwissenschaften allgegenwärtig.

Wissenschaftsgeschichte als Universitätsgeschichte jenseits einer Sozialgeschichte von Professoren und Studenten, jenseits auch ahistorischer Aufzählungen vermeintlich „autonomer“ Theorien in voneinander isolierten wissenschaftlichen Disziplinen, jenseits ideologiekritischer Reduktionen wissenschaftlicher „Weltbilder“ auf externe politisch-ökonomische „Interessen“, ist daher auf die staatlich institutionalisierte, regional relativ begrenzte kommunikative Sinnproduktion zu konzentrieren. Grundlage dafür sind primär die Veröffentlichungen professoraler „Orientierungsweiser“. Daß ihre zeitweilige Bindung an einen bestimmten Ort und „Kulturraum“ dabei keine vernachlässigbare Größe ist, die „Sinnproduktion“ also regionalen Eigentümlichkeiten unterliegt, ist vorab nur erst einmal eine Hypothese, die Jürgen Manthey allerdings kürzlich für hinreichend tragfähig erachtete, um in Königsberg eine „Weltrepublik“ „konstruierend“ anzusiedeln und die Stadt am Pregel als Hort gesteigerter Aufgeklärtheit und eines sonstwo in deutschen Landen kaum auffindbaren vorbildlichen Kosmopolitismus und Demokratismus zu verklären.⁴⁹

Fruchtbarer ist hingegen, sich der regionalen Besonderheiten der Wissensproduktion zu verge-wissern: der Entlegenheit des Standortes an der nordöstlichsten Grenze zu Rußland, deren Folgen für die studentische Frequenz, das Selbstverständnis des Lehrkörpers, das Prestige in der Liga der anderen 20 deutschen Universitäten, für die Berücksichtigung in den hochschulpolitischen Planungen des Kultusministeriums, die Versorgung mit Personal, Büchern, Apparaten. Folgt aus dem Rang einer von der Berliner Metropole weit entfernten Provinzuniversität eine Provinzialisierung der Wissensproduktion? Welche Weltbilder, als Königsberger Spiegel der Epoche, kristallisieren sich unter diesen Bedingungen heraus, stabilisieren vielleicht einen esprit de corps unter Anknüpfung an die lokale und an Festtagen beschworene Tradition, das „Erbe Kants“ zu verwalten, mehr vielleicht den „kategorischen Imperativ“ herauskehrend als den aufklärerischen Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen.

Sieht man einmal von leidigen Quellenfragen ab, so mag sich das geringe Interesse an der Königsberger Universitätsgeschichte der wilhelminischen Epoche auch mit einer Beobachtung von Hans Rothfels erklären lassen, der schon 1930 schrieb, es bestehe für die zweite Jahrhunderthälfte „kaum Anlaß, besondere Züge herauszuheben“, da sich ein „eigner Charakter der Universität im Rahmen des neuen Reiches“ nun einmal nicht herausgebildet habe, so daß sie nur ein „durchschnittlicher und respektabler Exponent für das Auf und Ab der Schulen und der allgemeinen Bewegungen, wie es in ganz

⁴⁶ Weingart 2003, S. 12.

⁴⁷ So die Ausgangslage für den „Eigenweg“ der „deutschen Professoren“ in der „deutschen Politik“ umreißend Nipperdey 1994, S. 590 f.; zur akad. Arbeit an der öff. Meinung ab 1890: v. Bruch 1980.

⁴⁸ Nipperdey 1994, S. 605–610.

⁴⁹ Manthey 2005.

Deutschland vor sich ging“, gewesen sei.⁵⁰ Und auch ein jüngerer Überblick konstatiert, gar seit Kants Tod habe die Albertina lediglich eine „unauffällige Rolle“ im Ensemble der deutschen Hochschulen gespielt.⁵¹

Ob die Albertina seit 1871 nicht doch einen „eigenen Charakter“ aufweist, nicht so sehr durch wissenschaftliche Prägnanz, als aufgrund besonderer hochschulpolitischer Förderung resp. Nichtförderung, ihrer Beachtung oder Nichtbeachtung als geistiger Mittelpunkt einer geographisch exponierten Grenzprovinz, in der bereits erste Vorzeichen jenes „Nationalitätenkampfes“ spürbar waren, der für die Universitätsgeschichte nach 1918 eine so wichtige Rolle spielte – diese von Rothfels ausgehende Frage muß unsere Untersuchung leiten.

Die Entdeckung eines *genius loci*, die Rekonstruktion der Geschichte der Albertina als Kernstück der ostpreußischen und als Variante der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte, dürfte ohne Ermittlung institutioneller und personeller Besonderheiten, gebündelt im Brennpunkt der Berufungspolitik einerseits, im Wechselverhältnis zwischen akademischer und städtisch-bürgerlicher Öffentlichkeit andererseits kaum gelingen. Auf Daten und Namen, auf das Faktengerüst einer traditionellen Geschichte von Lehrstühlen und Instituten ist deshalb schwerlich zu verzichten.

Was die dafür zur Verfügung stehende Literatur angeht, so muß man gegen den eingangs zitierten Helmut Heiber einwenden, daß er wohl etliches übersehen hat, und daß im übrigen seit 1993, bedingt durch das 1994 gefeierte 450jährige Gründungsjubiläum, mehrere Beiträge zur Geschichte einzelner Disziplinen unsere Kenntnis der Königsberger Universitätsgeschichte zumindest etwas erweitert haben.⁵² Doch ebenso wie der Verfasser des in deutscher Übersetzung veröffentlichten ersten russischen, so kühnen wie naturgemäß unzulänglichen Versuchs einer Gesamtdarstellung (von 1544 bis 1944!),⁵³ wollen auch die 1994 angetretenen Autoren jene weit verbreitete Schwellenangst nicht überwinden, die sie an einem Gang ins Archiv hindert.⁵⁴ Nicht verwunderlich daher, wenn der große Bestand an preußischen Ministerialakten, anhand dessen man die Königsberger Universitätsgeschichte bis in die Tage des Befreiungskrieges gegen Napoleon zurückverfolgen kann, bislang nicht ausgewertet wurde.⁵⁵

So groß die Verlockung auch war, dieser breiten Spur der unausgewerteten Akten so weit wie möglich zu folgen, zwingt arbeitsökonomische Begrenzung, erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts anzufangen. Und auch diese Jahrzehnte nach der Reichsgründung können, nicht zuletzt angesichts der schier erdrückenden Korrespondenz Friedrich Althoffs, des „heimlichen Kultusministers“ Preußens von 1882 bis 1908, angesichts der nur mühsam und zeitaufwendig zu erschließenden, zudem nur lückenhaft überlieferten Königsberger Presse, der größtenteils verlorenen „grauen“ Regionalliteratur (Pamphlete, Broschüren, Vereinsschrifttum) sowie der alles in allem denn doch empfindlichen Aktenverluste in manchen Teilen nur skizzenhaft dargestellt werden. Trotzdem ist nicht zu befürchten, daß

⁵⁰ Rothfels 1930, S. 287.

⁵¹ Titze 1995, S. 384.

⁵² Besonders einige Beiträge des Sammelbandes von Rauschnig/von Nerée (Hg.) 1995, sowie Richter 1994; Rothe/Spieler (Hg.) 1996; Komorowski 2000 und Jähning (Hg.) 2001. Mit Ausnahme einer Studie über polnische Studenten an der Albertina zwischen 1871 bis 1914 leider unergiebig für das 19./20. Jh.: Bamberger-Stemmann (Hg.) 1994; nur für die universitätshistoriographische Einordnung und zur Orientierung über den Forschungsstand anregend: Bockmann 1996; Komorowski 2008.

⁵³ Lawrynowicz 1999, s. o. Anm. 3.

⁵⁴ Vgl. Lawrynowicz 1999; meine Versuche zur Königsberger Universitätsgeschichte von 1918 bis 1945 stellen insoweit die ersten aktengestützten Überblicke dar, vgl. Tilitzki 2000, 2001 a, 2006a. Für die älteren Bestände des Königsberger Universitätsarchivs ist auf die 1990 dem Marburger Kant-Forscher Werner Stark geglückte Entdeckung im polnischen Staatsarchiv von Allenstein hinzuweisen, wohin ein bedeutender Teil der bis 1800 entstandenen Akten gelangt ist. Eine erste Auswertung, in Hinblick auf Kants Amtstätigkeit an der Albertina, haben Stark u. a. im Rahmen eines DFG-Projekts seitdem vorgenommen.

⁵⁵ Anhand der „Benutzerblätter“ in der Innenseite des Aktendeckels ist dies in den GStA-Beständen leicht zu verifizieren: schon ab 1900 rückwärts war Vf. weitgehend „Erstbenutzer“ – seit 1945!

die 400 für die Königsberger Universitätstheorie zwischen 1871 und 1914 benötigten Seiten als Prolog verstanden werden könnten für den im Fortgang dieser Forschungen aufgegebenen ursprünglichen Schwerpunkt der Arbeit, die Geschichte der Albertina von 1914 bis 1945, vom Ausbruch des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, bis zu ihrem Untergang und zur Zerstreuung der Universitätsangehörigen in den Wirren von Flucht und Vertreibung. Anstelle der geplanten Skizze der Universitätsgeschichte seit der Reichsgründung trat somit eine eigenständige Darstellung, an die ein bald folgender zweiter Band, einsetzend mit der Novemberrevolution 1918, anschließen soll.

Um den Stellenwert Königsbergs für das Berliner Kultusministerium zu ermessen, ist nicht nur generell auf die personelle und institutionelle Ausstattung zu achten. Es sind auch die Präferenzen zu analysieren, die am Ende des „Systems Althoff“ vom „europäischen“ Rang der Hochschule (Rothfels),⁵⁶ seit 1830 durch Naturwissenschaftler wie Mathematiker begründet, nichts mehr übrig gelassen, und die innerhalb der Philosophischen Fakultät das Schwergewicht auf die historisch-philologischen Fächer verlagert hatten. Allein die unter dem Dach dieser Fakultät bis 1936 angesiedelten Agrarwissenschaften scheinen – nach mühseligen Aufbau-Jahrzehnten – in dieser von der Landwirtschaft dominierten Provinz dank der seit 1910 verbesserten Berliner Förderung den Trend hin zu den Geisteswissenschaften etwas auszutariieren.

Der erste Eindruck konsequenter Vernachlässigung, der sich daraus ergibt, daß Naturwissenschaften und Mathematik an der Albertina sukzessive „abgebaut“ wurden, Theologie und Rechtswissenschaften auf niedrigem Niveau stagnierten, die Geisteswissenschaften offenbar nicht mehr leisten sollten als die Versorgung der Provinz mit Gymnasiallehrern – dieser im berufungspolitischen Detail noch zu prüfende Eindruck kontrastiert mit der erwähnten Pflege der Agrarwissenschaften, die 1910 endlich mit einer (teuren) Spitzenkraft, dem Tierzüchter Johannes Hansen, bedacht wurden, und mit der Berufungspolitik in einigen medizinischen Fächern, die sich erfolgreich um erstrangige Nachwuchskräfte bemühte. Allerdings korrespondierte solche glückliche Personalakquise nicht mit einem ähnlich massiven Ausbau der Institute und Kliniken, der etwa in Breslau, Göttingen oder Marburg bis 1914 medizinische Zentren von Weltrang schuf. Königsberg schien also auch als medizinischer Standort letztlich im Provinziellen zu verharren, wie die Universität als Ganzes eben Provinz- und, ungeachtet vieler, sich seit 1890 häufender rhetorischer Beschwörungen ihrer Aufgabe als „Bollwerk deutscher Kultur im Osten“, (noch) nicht „Grenzland-Universität“ gewesen ist – mit entsprechenden Auswirkungen auf das Selbstverständnis des Lehrkörpers und die Legitimierung materieller Ansprüche.

In einer Hinsicht war die Albertina aber gerade nicht „vor allem eine Provinzuniversität“: in der landsmannschaftlichen Zusammensetzung des Lehrpersonals. Die Professorenschaft war nämlich schon lange vor 1871 keineswegs „meist ostpreußischer Herkunft“.⁵⁷ Bei den Ordinarien und beamteten Nichtordinarien lag der Anteil der Ostpreußen zwischen 1870 und 1914 unter fünf Prozent. Bei den Studenten kehrt sich dieses Verhältnis indes um: durchschnittlich 90 % stammten bis 1914 aus Ost- und Westpreußen. Erst ein reger Zustrom jüdischer Studenten aus Russisch-Polen führte nach 1900 vor allem in den medizinischen und chemischen Fächern zu anderen Relationen. In den letzten Semestern vor dem Weltkrieg stellten sie hier knapp ein Drittel der Promovenden, ein Fünftel der Studierenden. Daß der Ausländeranteil in Königsberg damit weit über dem Reichsdurchschnitt lag,⁵⁸ trug dann schon zu dem von Rothfels vermißten „eigenen Charakter“ der östlichsten Universität bei und zeigt, in welcher Weise der exponierte Wissenschaftsstandort Entfaltungsmöglichkeiten besaß und nutzen konnte.

Für den Ersten Weltkrieg mag mit George F. Kennan richtig sein, ihn als die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts zu begreifen. Aber für Ostpreußen ist nicht zu übersehen, daß dieser Krieg auch

⁵⁶ Rothfels 1930, S. 285.

⁵⁷ So Titze 1995, S. 384.

⁵⁸ Ebd., S. 384.

ein Vater nicht aller, aber vieler Dinge war. Wie Hans Rothfels schon 1930 reflektierte, erhielt die Albertina einen „besonderen Charakter sehr bedeutsamer Art“ erst durch diesen Ersten Weltkrieg, da Ostpreußen die einzige deutsche Grenzprovinz war, „die den Feind im Lande sah“ und die dann 1919 den „Versailler Gewaltspruch am drückendsten erfahren“ habe.⁵⁹ Dieser Krieg und die durch ihn bedingte Abtrennung der Provinz vom übrigen Reich durch den „polnischen Korridor“ brachte der Albertina etwas von dem Glanz zurück, den sie im 18. Jahrhundert, vielleicht auch, soweit es die Naturwissenschaften betrifft, in den drei Jahrzehnten zwischen 1830 und 1860 genossen hatte. Erst die Furcht vor drohenden Territorialverlusten richtete die politische Aufmerksamkeit seit dem Ersten Weltkrieg von West nach Ost. Eine Wende, die sich wissenschaftspolitisch in Königsberg seit 1914 anbahnte: mit der Bewilligung eines slavistischen Extraordinariats, der Gründung des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft (IOW), eines Instituts für Rußlandkunde und dem Ausbau der „Auslandsstudien“, in deren Rahmen das Berliner Ministerium der Albertina „die Pflege der slavischen Welt in Lehre und Forschung“ zuwies.⁶⁰

Nur für die kurze Spanne von 1916 bis spätestens 1938, von der Gründung bis zur faktischen Auflösung des IOW, profilierte sich die Albertina – wie von Carl Heinrich Becker projektiert – als Zentrum zur Erforschung der „slavischen Welt“, als ein geistiger Mittelpunkt des nordosteuropäischen Kulturraums und auch als Motor im Prozeß der regionalen und zugleich nationalen Identitätsstiftung in Ostpreußen. Doch erst der Blick auf die Entwicklung der vermeintlich „unauffälligen“ wilhelminischen Jahrzehnte ohne „eigenen Charakter“ macht die Schärfe der Zäsur im Ersten Weltkrieg und das Ausmaß des Wandels von „sehr bedeutsamer Art“ verstehbar, der sich, getreu dem zwischen „Sonderung und Verbindung“ schwingenden „Rhythmus ihrer Geschichte“ (Rothfels), an der Albertina auf dem Weg von der Provinz- zur national wie international ausstrahlenden „Grenzuniversität“ vollzog.

⁵⁹ Rothfels 1930, S. 287.

⁶⁰ Dazu G. Müller 1991, S. 200–207. Zur weiteren Stärkung Königsberger „Ostkompetenz“ wurden 1918/19 noch ein Ordinariat für slavische Philologie (besetzt erst 1921) und ein Extraordinariat für russische Volkswirtschaftslehre (besetzt 1919) bewilligt.

II.

**Die Universität im Kaiserreich
von 1871 bis 1914**

1. Ostpreußen im politischen Gezeitenwechsel zwischen Verfassungskonflikt und Sozialistengesetz

Als Felix Dahn im September 1872 auf dem Berliner Ostbahnhof in den Nachtzug nach Königsberg stieg, wo an der dortigen Universität ein juristischer Lehrstuhl auf ihn wartete, wurde ihm „unbehaglich und unheimlich“. Der Anblick von pelzbewehrten Mitreisenden ließ ihn fürchten: „aha, jetzt beginnt – hier schon! – die Barbarei“. Auch sechzehn „im fernsten Ostmarkland“ verbrachte Jahre später, im Rückblick auf Dutzende von Bahnfahrten, die der Süddeutsche zwischen Pregel, Spree und Isar zurückgelegt hatte, stand für ihn fest: „Landsberg an der Warthe ist eine Culturgränze“.⁶¹

Und am Vorabend des Ersten Weltkrieges galt die Provinz Ostpreußen immer noch als der „Spinnenwinkel des Deutschen Reiches“: „Vergessenheit webte ihren Schleier über das Land dort oben, wo Rußland begann“⁶². Die mit der Reichsgründung einsetzende Verwandlung Deutschlands in eine moderne Industrienation schien an dieser östlichen Agrarregion spurlos vorübergezogen zu sein. Zwar nahmen die zwischen 1824 und 1878 in der Provinz Preußen vereinigten, danach wieder getrennten Provinzen West- und Ostpreußen am Wirtschaftsaufschwung des Reiches teil, kräftiger sogar als man angesichts der auf Danzig, Elbing, Graudenz und Königsberg beschränkten und auch dort eher bescheidenen Industrialisierung vermuten dürfte, stärker auch als das seit Max Webers denkwürdiger Stellungnahme gern mit diesen Territorien assoziierte Schlagwort „Landflucht“ erwarten läßt.⁶³ Trotzdem ist unbestreitbar, daß das einstige Ordensland ökonomisch Randzone des Reiches blieb. Und die preußische Regierung unternahm nur höchst unzureichende Anstrengungen zur strukturfördernden Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den west- und mitteldeutschen Industrieregionen und dem agrarischen Ostelbien. Der so in Kauf genommene Rückstand betraf nicht allein Industrie und Handel. Die gesamte soziale und kulturelle Infrastruktur litt unter der Vernachlässigung durch die Berliner Zentralbehörden.

Betroffen von dieser Politik war in besonderem Maß die älteste preußische Hochschule, die 1544 in Königsberg gegründete Albertus-Universität, die im Juli 1894 mit großem Pomp ihr 350jähriges Jubiläum feierte. Die zu diesem Anlaß von ihrem Neuhistoriker Hans Prutz vorgelegte Universitäts-geschichte vermittelt jedoch alles andere als den Eindruck, man sei von Berlin vergessen oder als Stief-kind behandelt worden. Stolz verwies Prutz auf die annähernde Verdopplung der Dozentenzahl seit 1862 (von 57 auf 98 im WS. 1893/94, wobei besonders die Zahl der Extraordinarien von 9 auf 21 und

⁶¹ Dahn 1895, S. 30–32. Im Gegensatz dazu, die sich selbst Mut machende poetische Verklärung seines ‚Aufbruch[s] an die Ostsee‘ (1872): „Es ruft zum Dienst in seinen Deutschherrn-Orden/Marienburg den jüngsten Ritter ein!“ (Dahn 1898, S. 277 f.)

⁶² Anschaulich präsentiert so der Königsberger Stadthistoriker Walther Franz das in spätwilhelminischer Zeit vorherrschende Wahrnehmungstereotyp „Ostpreußen“, in: Ders. 1936, S. 5. Kundige mögen dabei an den in Königsberg als Sohn des Kant-Forschers Rudolf Reicke geborenen, nebenher auch literarisch produktiven Berliner Bürgermeister Georg Reicke gedacht haben, der seinen ostpreußischen Kleinstadtroman ‚Im Spinnenwinkel‘ (1903) betitelte.

⁶³ Überblick bei Stefan Hartman 1997; Boockmann 1992.

die der Privatdozenten, von 15 auf 28, angestiegen war), auf die temporäre Verdopplung der Studentenzahlen (von 412 im SS. 1862 bis zum Maximum von 929 im SS. 1883, um dann wieder bis 1893 auf knapp 700 abzusinken).⁶⁴ Doch verschwie er – oder er wollte es nicht wahrnehmen –, wie wenig dieser Ausbau über die tatsächlichen Schwerpunkte der Berliner Wissenschaftspolitik besagte. Was der Albertina gewährt wurde, entsprach nur der Mittelzuweisung an andere preußische – Greifswald, Marburg, Breslau, Kiel – oder nicht-preußische Universitäten – Tübingen, Jena, Gießen, Würzburg, Erlangen oder Rostock –, die deswegen aber ebensowenig wie die Albertina die unteren Ränge in der akademischen Standorthierarchie verlassen und mit Berlin, Bonn, Göttingen, Leipzig, Heidelberg oder München konkurrieren konnten. Gemessen an der Größe des Lehrkörpers und den Studentenzahlen nahm Königsberg im letzten Jahrhundertdrittel unter den zwanzig deutschen nur den 14., unter den neun preußischen Universitäten den 6. Rang ein und muß sich in den jüngeren Universitätshistoriographie als „Durchgangs-“ oder „Zubringerhochschule“ klassifizieren lassen.⁶⁵ Wie zu zeigen sein wird, ist jedoch selbst diese Einstufung noch zu hoch gegriffen, da Königsberg dem Kultusministerium als Preußens preiswerte „Einstiegs-Universität“ diente.

Rasant steigende Studenten- und infolgedessen auch Dozentenzahlen, „Beschleunigung und Intensivierung des Wissenschaftsprozesses“, „Differenzierung, Spezialisierung und Arbeitsteilung in den Wissenschaften“ – das sind die wesentlichen Kennzeichen dieses seit 1871 von wachsenden Abhängigkeiten zwischen Wissenschaft und Industrie, von „Demokratisierung der Bildung“ und expansiver „Durchstaatlichung“ von Forschung und Lehre geprägten Abschnitts preußisch-deutscher Hochschulpolitik, die den größten Strukturwandel seit Humboldts Reformen zu organisieren hatte.⁶⁶ Als Zeitgenosse registrierte Prutz, wie sich dieser Wandel in seinen Grundzügen an der Albertina so vollzog wie an den übrigen deutschen Universitäten. Vor allem verfestigte sich die um 1850 bei den Medizinern und Naturwissenschaftlern einsetzende Tendenz zur Spezialisierung in einem Ausmaß, das sie neben den Geisteswissenschaftlern zu den Hauptgewinnern dieser Ausbauphase machte. Allein unter Falks Ägide, zwischen 1872 und 1879, entstanden acht Ordinariate für Kirchenrecht, Römisches Recht, Augenheilkunde, Agrikulturchemie, Mineralogie, Geographie, Sanskrit/Vgl. Sprachwissenschaft und Nationalökonomie, und sieben neue Extraordinariate für Gerichtsmedizin, Philosophie, Landesgeschichte/historische Hilfswissenschaften,⁶⁷ Geologie, Landwirtschaft (dazu ein Lektorat für Tierheilkunde), für Klassische Archäologie sowie für mathematische Physik. In den letzten Jahren seiner Amtszeit bewilligte Falks Vorgänger von Mühler ein neues Extraordinariat für englische/romanische Philologie, das 1872 zum Ordinariat umgewandelt wurde (1894 ergänzt durch ein neues anglistisches Extraordinariat). Ferner eine erste Landwirtschaftsprofessur, ein Ordinariat für pharmazeutische Chemie und ein drittes Ordinariat für Klass. Philologie.⁶⁸ 1887 kamen ein Extraordinariat für Klass. Philologie, sowie im selben Jahr ein 1890 in ein (persönliches) Ordinariat umgewandeltes Extraordinariat für Germanistik hinzu, 1889 ein Extraordinariat für Hygiene.

Die Nationalökonomie wurde durch die zweite Professur 1873 an der Albertina faktisch neu begründet, da Johann Karl Glaser seit 1863 beurlaubt war, um in Bismarcks Auftrag für die preußische

⁶⁴ Prutz 1894, S. 302–304.

⁶⁵ Baumgarten 1998, S. 252 f.

⁶⁶ So vom Brocke über die „Ära Althoff“ 1991, S. 16–18.

⁶⁷ Die Landesgeschichte war von Johannes Voigt (1786–1863) vertreten worden, der durch den Mediävisten Carl Hopf ersetzt wurde, der zugleich das Amt des Oberbibliothekars und Leiters der Universitätsbibliothek versah, und weder Interesse noch Zeit hatte, sich mit der Geschichte Ost- u. Westpreußens zu befassen. Um diese Lücke zu schließen, erhielt Karl Lohmeyer zum SS. 1873 ein besoldetes Extraordinariat, zu dessen Lehrgebiet auch die von Hopf vertretenen historischen Hilfswissenschaften geschlagen wurden, als der Mediävist im Sommer 1873 starb. Hopfs Lehrstuhl, nach der kurzzeitigen Verklammerung von Bibliotheksleitung und Ordinariat durch den Altphilologen August Wilmanns (1874/75), ging der Fakultät nach dessen Weggang verloren.

⁶⁸ Prutz 1894, S. 303; Aufzählung jedoch unvollständig und hier ergänzt.

Regierungspolitik Stimmung zu machen,⁶⁹ und sein Nachfolger Leopold Ilse nach dem Urteil von Fakultät und Kurator die Erwartungen dermaßen enttäuschte, daß er als Totalausfall galt.⁷⁰ Ganz neu eingerichtet wurde 1869 das Landwirtschaftsstudium, zunächst mit einem Ordinariat für den auf Betriebslehre und Agrarpolitik konzentrierten Theodor von der Goltz, dann 1870 mit dem Aufbau eines Instituts. Zwar nicht neu im Lektionskatalog, da seit den 1840ern durch zwei Privatdozenten vertreten,⁷¹ aber wie die Geographie⁷² erst durch ein etatisiertes Ordinariat in den Kreis der Hauptfächer aufgenommen, bekam die englische und romanische Philologie 1872 eine Stimme in der Fakultät.

Politisch lösten Einigungskriege und Reichsgründung in Ost- und Westpreußen Veränderungen aus wie nirgends sonst in den alten preußischen Provinzen. Was sich hier vollzog, war ein Bewußtseinswandel innerhalb einer Generation. Als nicht weiter auffällig, weil durch den Herrschaftswechsel bedingt, ergriff ein solcher, als „Borussifizierung“ oft beschriebener Austausch politischer Loyalitäten und kultureller Identitäten die 1864 und 1866 Preußen einverleibten Territorien Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen, ebenso das neue „Reichsland“ Elsaß-Lothringen.⁷³ Anders die Ausgangsposition im Osten: die Bevölkerung zwischen Weichsel und Memel hatte keinen neuen Herrscher bekommen, mußte sich aber politisch gleichwohl tiefgreifend neu orientieren. Denn noch im Jahrzehnt vor der Reichsgründung war dort, in einer vom Berliner Zentrum weit entfernten „kleinen Welt für sich“,⁷⁴ eine „merkwürdige Sonderlage“ vorzufinden, in „räumlicher, wirtschaftlicher und geistiger Hinsicht“: „Altererbe Traditionen aus den Zeiten des Ordensstaates, die auf Freiheit und Menschenwürde abgestimmten sittlichen Grundgedanken der Philosophie Kants, die in Ostpreußen begeistert aufgenommenen Freihandelslehren von Adam Smith, die aufwühlende [...] Wirkung der Reform des preußischen Staates unter Stein, alles das schuf gleichsam ein kulturelles und politisches Bewußtsein altpreußischer Prägung“, das die Provinz zu einer Hochburg des Liberalismus hatte werden lassen.⁷⁵ In Königsberg agierte weiterhin der „Radikaldemokrat“ Johann Jacoby, und im Nordosten der Provinz, unter den Gutsbesitzern und Bürgern in „Preußisch-Lithauen“, bildete sich eine ähnlich „unbedingte“

⁶⁹ Eine unzulängliche Vertretung erfolgte ab WS. 1865/66 durch den frisch habilitierten Friedrich Julius Neumann, der 1871 einem Ruf nach Basel folgte, s. u. Anm. 485.

⁷⁰ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 21, Bd. VIII, Bl. 148; JurFak – PrMK v. 12. 7. 1871: Ilse kündige Hauptfächer entweder nicht an oder halte die angekündigten Vorlesungen selten durch, da die Zuhörer fortblieben. Sein Lehrangebot habe daher mehr „fragmentarischen Character“, was nicht hingenommen werde könne, da die Staatswissenschaften zu den Pflichtfächern der juristischen Staatsprüfung zählen. Ebd., Bl. 205; Kurator – PrMK v. 3. 4. 1872 wg. Ilses Unfähigkeit, und ebd., Bl. 209f., Antrag der PhilFak auf Errichtung einer 2. ord. Prof. f. Staatswissenschaften v. 10. 7. 1872 und das umfangreiche Separatvotum Ilses v. 10. 7. 1872, das seinen ausgebliebenen Lehrerfolg teils bestreitet, teils auf die mangelnde Akzeptanz des Faches zurückführt, die angeblich an allen preußischen Universitäten festzustellen sei – eine Folge ministerieller Vernachlässigung, wie er andeutet, denn auf mittel- u. süddeutschen Hochschulen erfreuten sich alle staatswissenschaftlichen Fächer stärkster staatlicher Förderung.

⁷¹ Siehe unten S. 111 ff.

⁷² Geographische Veranstaltungen bot nach 1848 regelmäßig der Privatdozent Karl Friedrich Merleker (1803 Suwalki–1872 Königsberg; APB 432) an, 1831–1866 hauptamtlich Lehrer am Friedrichskolleg.

⁷³ Zuletzt für Schleswig-Holstein, dabei den Austausch des Geschichtsbewußtseins und den Anteil, den daran zwei Vermittlungsinstanzen, Kieler Universität und Volksschule, hatten, betonend: Jahnke 2005.

⁷⁴ v. Ernsthausen 1894, S. 217.

⁷⁵ Adam 1933, S. 149. Partiiell anschließend an Kehr 1929, S. 272–274, der die „Grundlagen für den ostpreußischen Adelsliberalismus“ rigide sozialökonomisch einengt: die adlige Oberschicht war freihändlerisch, weil der freie Handelsverkehr mit England und Russisch-Polen für diese Getreide produzierenden und exportierenden Rittergutsbesitzer eine Existenzfrage gewesen sei. „Der Getreideexport über See hat den ostpreußischen Adel zu liberalen Freihändlern gemacht, hat der Theorie von Adam Smith in Ostpreußen zur allgemeinen Anerkennung verholfen und damit die Atmosphäre geschaffen, in der Kants Moralphilosophie sich durchsetzen und auf die Führer der preußischen Reform hat wirken können.“ Erst in der Reaktion der 1880er Jahre, deren Repräsentant Robert von Puttkamer gewesen sei, sei dieser ostpreußische Liberalismus zu Grabe getragen worden.

Anhängerschaft des Linksliberalismus heraus, die Preußens Monarchie zu einem demokratischen Verfassungsstaat umbauen und sie im deutschen Nationalstaat aufgehen lassen wollte. So weit in Richtung Demokratisierung wagte sich das westpreußische Handelsbürgertum in Danzig und Elbing nicht vor, aber hier war man aus wirtschaftlichen Gründen ohnehin zu liberal, um nicht auch politisch mitzuziehen und für die Parlamentarisierung des Regierungssystems, mindestens aber für die „rechtliche Einbindung und Beschränkung der Staatsmacht“ einzutreten.⁷⁶ Der ostpreußische Adlige Leopold von Hoverbeck, der Elbinger Anwalt Max von Forckenbeck und der Danziger Kaufmann Heinrich Behrend zählten zu den Schrittmachern, die 1861 die Deutsche Fortschrittspartei gründeten – „die letzte große Zusammenfassung aller Kräfte, die irgendwie auf dem Boden des politischen Liberalismus im weitesten Sinne erwachsen waren“, die nach dem Scheitern der Revolution von 1848 „noch einmal den Versuch machte, unmittelbar vom Volke aus für das Volk Politik zu machen.“⁷⁷

Das Banner des „radikalen Liberalismus“, das über der Provinz Preußen flatterte,⁷⁸ wurde von der Bildungselite in der Universitätsstadt Königsberg, von den Beamten, Lehrern und Gutbesitzern in den Landstädten sowie von den Patriziern in Elbing und Danzig über die Reichsgründung hinaus hochgehalten. Einen farbigen Eindruck vom Lebensgefühl dieser bis 1866 tonangebenden Generation vermittelt der Königsberger Altphilologe Ludwig Friedländer mit seinen Charaktereskizzen über drei ostpreußische Gymnasiallehrer, „Alt-48er“, den Idealen der Fortschrittspartei ergeben, aber sehr langsam sich „realpolitisch“ zum Nationalliberalismus wendend, nämlich den Hoverbeck-Freund Karl Witt, 1848 in der Berliner Nationalversammlung in den Reihen des linken Zentrums, 1851 als eines der ersten Opfer der einsetzenden „Reaktionsperiode“ aus dem Lehramt entlassen, ferner den Geologen und Pionier der ostpreußischen Landeskunde Julius Schumann (ebenfalls nach 1848 vielfach zurückgesetzt)⁷⁹ sowie den Shakespeare-Forscher Alexander Schmidt.⁸⁰

Obwohl die Fortschrittspartei in den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1861 und 1863 in der Provinz Preußen triumphale Siege errang, entsprach ihre innere Kraft diesen äußeren Erfolgen schon nicht mehr. Um 1865 habe sie den „Todeskeim“ bereits in sich getragen.⁸¹ Nach Königgrätz, bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1867, zog kein einziger ostpreußischer Fortschrittler ins Parlament ein, außer einigen Altliberalen siegten überall die Konservativen. Der Krieg gegen Frankreich und die Reichsgründung habe diese „Umgruppierung der Parteiverhältnisse“ dann befestigt. Das liberale

⁷⁶ Nipperdey 1984, S. 725.

⁷⁷ Adam 1933, S. 173; zusammenfassend H. Obenaus, in: Opgenoorth 1997, S. 42–50.

⁷⁸ Adam 1931, S. 467.

⁷⁹ Vgl. die Einleitung seiner „Freunde“ zur posthum erschienenen Sammlung seiner ‚Geologischen Wanderungen durch Altpreußen‘ 1869, bes. S. XXX–XXXIII, über die „wunderbare Zeit“ von 1848, als Schumann hoffte, die Völker würden mit einem revolutionären Schlage aus dem „Elend verrotteter, beengender Verhältnisse herausgehoben und in eine neue Welt unbedingter Gerechtigkeit und Freiheit hinübergetragen werden“. Da aber dann nicht „Alles neu“ wurde, „die Reaction kein vorübergehender Spuk“ blieb, schloß Schumann „für eine lange Reihe von Jahren mit allen Hoffnungen auf diesem Felde“ ab, las kaum noch Zeitung, lehnte 1858 ein Wahlmannsamt ab, steckte am Altstädtischen Gymnasium die demütigende Nichtbeförderung weg und wandte sich als „Ersatz für seine zerronnenen humanen Ideale“ der ostpreußischen Natur- und Landschaftskunde zu. – Die „Freunde“, die ihn derart als Opfer der preußischen Reaktion porträtierten, aber auch 1869 lieber ungenannt bleiben wollten, dürften Karl Witt und Alexander Schmidt gewesen sein.

⁸⁰ Friedländer 1905, S. 125–143 (zuerst 1895). Ursprünglich Sammelrezension zu Sebastians Hensels Witt-Biographie, Schumanns ‚Geologischen Wanderungen ...‘ und den von Witt edierten, mit einer „Lebensskizze“ versehenen ‚Gesammelten Abhandlungen‘ (1888) Schmidts (dort S. 6f.), dort erwähnend, wie der Shakespeare-Forscher wegen publizistischer Parteinahme aus der 48er-Zeit 1854 um eine Anstellung in Königsberg bangen mußte und sich fortan ängstlich gehütet habe, „für liberale Unternehmungen oder Personen Sympathie blicken zu lassen“. Dazu noch Sebastian Hensels Autobiographie, 1903, S. 312–332. Vgl. zur Königsberger Zeitstimmung der 1860er Jahre auch die Autobiographie des Juristen und Schriftstellers Ernst Wichert 1902, bes. S. 128–153.

⁸¹ Adam 1931, S. 468, gestützt auf Parisius 1897 (Hoverbeck) u. Philipsson 1898 (Forckenbeck).

Ostpreußen, soweit es sich nicht 1867 von der Linken abgespalten und in der neugegründeten, Bismarcks Politik unterstützenden Nationalliberalen Partei organisiert hatte, ging in den siebziger Jahren zwar sehr langsam, aber unaufhaltsam unter, als die wirtschaftliche Entwicklung den Konservatismus beflügelte. Bismarcks Schutzzollpolitik zugunsten gerade der ostelbischen Landwirtschaft, zahlte sich in Stimmengewinnen für die Konservative Partei aus.⁸² Der innenpolitische Umschwung von 1878 bescherte den freihändlerischen Linkliberalen weitere Wahlniederlagen. 1879 errangen die Konservativen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus acht von dreizehn ostpreußischen Mandaten. In der Legislaturperiode 1880/82 saßen im preußischen Landtag nur noch zehn ostpreußische Abgeordnete der Fortschrittspartei, hingegen zwölf Konservative, drei Freikonservative und drei Nationalliberale. 1883 waren es nur noch zwei, 1894/98, unter dem neuen Dach der Freisinnigen Volkspartei, störte aus diesem Lager niemand mehr die absolute Dominanz von 22 konservativen Mandatsträgern. Deutsch-Konservative und Freikonservative beherrschten bis 1914 selbst die einstige linksliberale Hochburg in Preußisch-Litauen, den Regierungsbezirk Gumbinnen. Bei den Reichstagswahlen zeichnete sich eine ähnliche Tendenz ab: 1907 gingen vierzehn der siebzehn Wahlkreise an konservative Kandidaten.⁸³ „Nur die Stadt Königsberg blieb auch fernerhin ein Bollwerk des Liberalismus.“⁸⁴

Angesichts dieser Kräftekonstellation erscheint das Urteil anfechtbar, Ostpreußen sei um die Jahrhundertwende eine Provinz gewesen, deren innere Gegensätzlichkeiten eigentlich nur noch von denen der großen Industriebezirke im Westen übertroffen wurden.⁸⁵ Vielmehr zutreffend ist, daß der dominierende „innere Gegensatz“, der zwischen Konservativen und der erstarkten Sozialdemokratie, einen sich auftuenden, tieferen und für die Provinz langfristig weitaus gefährlicheren Konflikt verdeckte: den deutsch-polnischen. Betroffen war davon in erster Linie die Nachbarprovinz Westpreußen, die 1878 nicht zuletzt deshalb ihre Eigenständigkeit erlangt hatte, um der von Posen her sich nach Norden ausbreitenden, Mitte der sechziger Jahre erstmals Westpreußen erfassenden polnischen Propaganda und „Landnahme“ durch die Einrichtung eines Danziger Oberpräsidiums zu begegnen, das die „Abwehr“ effizienter organisieren sollte als dies im fernen Königsberg möglich war.⁸⁶ Aber 1882 bezogen polnische Aktivisten erstmals auch das ostpreußische Masuren in ihre zunächst noch erfolglosen Agitationskampagnen ein.⁸⁷ Bismarck, der den „Kulturkampf“ 1872 auch deshalb begonnen hatte, weil er den katholischen Klerus in den polnischen Siedlungsgebieten Preußens, vor allem in der Provinz Posen schwächen wollte,⁸⁸ den er als Hauptträger der polnischen Nationalbewegung ansah, nahm mit dem für Posen und Westpreußen erlassenen Ansiedlungsgesetz 1886 einen neuen Anlauf, um die deutsche, bäuerliche Bevölkerung zu stärken und den polnischen Einfluß einzudämmen.⁸⁹ Dem Ansiedlungsgesetz war, wie der 1908 im „Enteignungsgesetz“ mündenden, zugleich Bismarcks konfrontative Sprach- und Schulpolitik wieder aufnehmenden „Ostmarkenpolitik“ Reichskanzler von Bülow, wenig Erfolg beschieden.⁹⁰ Von Königsberg aus, einer „vollkommen deutschen Stadt“, in der

⁸² Ebd. und, anhand der Wahlergebnisse zu Reichstag und Abgeordnetenhaus bis 1912: St. Hartmann, in: Opgenoorth 1997, S. 58–62.

⁸³ Hartmann ebd., S. 59f.

⁸⁴ Adam 1931, S. 469.

⁸⁵ Weber-Krohse 1936, S. 65.

⁸⁶ So schon Schumacher/Wernicke 1925, S. 140 und Schumacher 1937, S. 263.

⁸⁷ Schumacher 1937, S. 266f.

⁸⁸ Zu Bismarcks rückblickendem Geständnis von 1892, man hätte des ganzen Kulturkampfes entbehren können, hätte die „polnische Frage“ nicht dran gehangen, vgl. den knappen Überblick zur preußischen Ostmarkenpolitik von Gustav Buchholz in W. Mitscherlich 1911, hier zit. S. 26.

⁸⁹ Huber Bd. IV, 1969, S. 489–493.

⁹⁰ Ebd., S. 500–511; dazu die Fallstudie von Spittler 1986, der das höhere Schulwesen im „Spannungsfeld der Nationalitätenpolitik“ in der „polnischen Ecke“ Westpreußens, in Strassburg, Neumark und Löbau, also an der Südgrenze Ostpreußens, zwischen 1870 und 1914 darstellt; sowie ausführlich zum polnischen „Schulstreik“ von 1906/07: Korth 1963.

„die Nationalitätenfrage keine Rolle“ spielte,⁹¹ nahm man diese Bedrohung aber kaum wahr, wie man sich dort überhaupt, ungeachtet häufiger festtagsrhetorischer Beschwörungen der Bollwerk-Funktion der Albertina, für dieses Konfliktpotential bis kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs bemerkenswert unempfindlich zeigte. Als beruhigend mag es die Königsberger Akademikerschaft dabei empfunden haben, daß die polnische Agitation, die um 1885 sich auch schon im katholischen Ermland rührte, keinerlei Wählerresonanz zeitigte. Anders als in einigen Kreisen Westpreußens, wo 1907 die „Polenpartei“ vier von dreizehn Reichstagsmandaten gewann,⁹² während die Germanisierung des litauischen wie masurischen Bevölkerungsanteils in Ostpreußen nach 1848 so rasch Fortschritte machte, daß Sprach- und Volkskundler wie Adalbert Bezenberger um 1890 glaubten, sich beeilen zu müssen, um die letzten Zeugnisse ihrer vermeintlich untergehenden Kultur zu retten.⁹³

⁹¹ So die Einschätzung v. Ernsthausens, komm. Bürgermeister von Königsberg und Regierungspräsident von 1865 bis 1870, in seinen Erinnerungen 1894, S. 220 f.

⁹² St. Hartmann, in: Opgenoorth 1997, S. 69 f.

⁹³ Zu Bezenberger s. u. S. 125. Von 336.000 ostpr. Schulkindern sprachen 15.200 (= 4,5 %) 1911 noch Polnisch, 9.500 Litauisch (knapp 3 %), dazu kamen 36.000 (11 %), deren Muttersprache „Masurisch“, also eine Variante des Hochpolnischen, war. Gerade in den Kreisen an der Binnengrenze Masurens, in Goldap, Angerburg, Rastenburg, näherte sich die Eindeutschung der Bevölkerung „der Vollendung“, ohne daß dies, wie von Seiten polnischer Historiker gern behauptet werde, „zwangsweise“ geschehen sei (St. Hartmann, in: Opgenoorth 1997, S. 132 f.).

2. Die Albertina bis zur Jahrhundertwende

2.1. Verwaltung und Selbstverwaltung

Die Statuten der Albertina, neu gefaßt in Geltung seit 1843, legten fern aller neuhumanistischen Idealisierung von Wissenschaft und Bildung in trockenem Beamtendeutsch fest, die „erste und nächste Bestimmung, welche die Universität in Königsberg mit anderen ähnlichen Anstalten gemein hat“, sei es, „gehörig vorbereitete Jünglinge“ zum „Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchendienstes, sowie für jeden Lebensberuf tüchtig zu machen, zu welchem eine höhere wissenschaftliche Ausbildung förderlich oder nützlich ist.“⁹⁴

Mit „wissenschaftlich“ vermitteltem Wissen sollten sich – bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausschließlich männliche – Studenten auf eine praktische, gesellschaftlich nützliche Aufgabe, auf einen Beruf als Pastor, Verwaltungsbeamter, Richter, Anwalt, Arzt oder Lehrer vorbereiten. Die Universität als „Lehranstalt“ erfüllte insoweit vor allem eine öffentliche Aufgabe. Sie war ein staatliches, zuvörderst staatlich finanziertes Unternehmen, und sie war daher konsequenterweise, wie in den Statuten gleichfalls unmißverständlich eingangs geregelt, „in allen Gegenständen [...] unter die unmittelbare Aufsicht Unseres Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und der dasselbe an Ort und Stelle vertretenden Behörde gestellt“.⁹⁵

Diese „vertretende Behörde“ war in Königsberg das Oberpräsidium, hier wie überall in Preußen die Verwaltungsspitze der Provinz. Dem Oberpräsidenten war als Kommissar der Staatsregierung eine Mittlerfunktion zwischen Staatsrat und Ministerien einerseits, den Interessen der jeweiligen Provinz andererseits zugeordnet, mit dem Recht zur Oberaufsicht über die dem Innenministerium unterstehenden Regierungspräsidenten und über die 1875 geschaffene provinzielle Selbstverwaltung. Daß ihm, in Königsberg wie in Breslau, als nebenamtlich bestelltem Kurator auch die Aufsichtsrechte über die Universität, die „unmittelbare Leitung ihrer ökonomischen und Kassenverwaltung“⁹⁶ sowie die Abwicklung des amtlichen Verkehrs zwischen Universität und Kultusministerium zufielen, ergab sich nicht zwingend aus seinen übrigen administrativen Aufgaben. In Halle, Kiel, Göttingen, Bonn und Berlin versahen nicht Oberpräsidenten, sondern hauptamtliche, vom Kultusminister ausgewählte Kuratoren diesen Dienst. In Greifswald und Marburg lag das Amt in Händen eines Professorenkollegiums. An beiden östlichen Hochschulen war das aus historisch nicht ganz zu klärenden Gründen anders. Hier erledigte eben der Oberpräsident die Aufgaben des Kurators nebenamtlich.⁹⁷

⁹⁴ § 1 des Statutes v.4. 5. 1843, in: Wollenberg, Handbuch 1908, S. 5 f.

⁹⁵ Statut § 2, ebd., S. 7.

⁹⁶ Statuten § 9, ebd., S. 9.

⁹⁷ Eine Untersuchung der hochschulpolitischen Bedeutung des Kuratorenamtes im 19./20. Jh. ist ein Desiderat. Wie lohnend die sein könnte, deuten die wenigen Absätze an, die Friedrich von Bezold 1920, S. 485 ff., in seiner Bonner Universitätsgeschichte dem Kurator Hartwig Beseler (1806–1884, Kurator seit 1860) gönnt, dem die Förderung der Geschichts- u. Staatswissenschaften besonders am Herzen lag, um den Gründungsaufrag der rheinischen Alma mater, Integration der neuen Provinz und „Hüterin des deutschen Geistes“ gegenüber dem Westen erfüllen zu können. Über den Marburger Kurator v. Hülsen vgl. Ewald 1977; neuerdings über die Kuratoren in

In auffälligem Gegensatz zum Trend der Wähler, die Fortschrittspartei im Stich zu lassen, den Nationalliberalen und Konservativen ihre Stimme zu geben, steht der 1869 verfügte Wechsel im Oberpräsidentenamte. Für Franz August Eichmann, einen Veteranen der Befreiungskriege gegen Napoleon, seit 1850 amtierenden, dem Kreis der Brüder Gerlach zugehörenden, ultrakonservativen typischen Repräsentanten der „Reaktionszeit“, schickte Bismarck, aus der schon unruhigen Provinz Posen, wo er die Polen zu scharf angepackt und gegen den katholischen Klerus einen „kleinen“ Kulturkampf geführt hatte, den Oberpräsidenten Carl von Horn (1869–1882) nach Königsberg. Was wie ein Zugeständnis an den Königsberger Liberalismus wirken mußte. Denn, sofern es sich nicht um Polen handelte, schien v. Horn ein Mann von „liberalen Anschauungen“ gewesen zu sein. Und er sei deswegen gerade in der Kaufmannschaft am Pregel „sehr beliebt“ gewesen – „von den politischen Ultras der rechten Seite stets beargwöhnt“, wie Ernst Wichert berichtet.⁹⁸ Um dieser Liberalität willen mußte er 1882 gehen, da er sich gegen Bismarcks konservative Wende und, im Interesse seiner kaufmännischen Klientel, gegen dessen Schutzzollpolitik sperrte.⁹⁹ Als Kurator harmonierte er bestens mit dem liberalen Kultusminister Adalbert Falk und dessen Hochschulreferenten Heinrich Goepfert. Falk wurde 1879 eines der ersten Opfer dieser Wende, Goepfert starb unerwartet im Frühjahr 1882, als von Horn selbst von Bismarck in den Ruhestand versetzt wurde.¹⁰⁰ Die staatlichen Aufsichtsrechte, die Minister und Kurator über die Universität ausübten, nutzten Falk und Horn, um auf die Personalpolitik, vor allem bei den Berufungen in der Philosophischen Fakultät, Einfluß im Sinne der Nationalliberalen Partei zu nehmen. Dabei besorgte von Horn seine kuratorialen Geschäfte noch weitgehend selbst, wie überhaupt diese Behörde ungeachtet ihrer Kompetenzen und Aufgaben noch 1914 mit einem Oberpräsidialrat, drei Regierungsräten und einem Rechnungsrat auskam.¹⁰¹

Von allen Kuratoren vor 1923 blieb v. Horn die längste Zeit im Amt, dreizehn Jahre. Nicht nur deswegen konnte er die Entwicklung der Albertina so stark prägen wie keiner seiner Nachfolger. Seiner eigenen Einschätzung zufolge lag dies an seinem grundsätzlich neuen Amtsverständnis. Horn fühlte sich nicht mehr als polizeilicher Überwacher im Metternich'schen Sinne,¹⁰² sondern als Wissenschaftsmanager, der für „seine“ Universität „sorgen“, der ihr „die lebhafteste und eifrigste Theilnahme“ widmen wollte. Er machte sich daher jeden auf den Ausbau der Institute und Kliniken gerichteten Vorschlag zu eigen. Da er mit der Mehrheit der der „gemäßigt liberalen Richtung“ angehörenden Professoren ebenso harmonierte wie mit Falk, entstanden aus politischen Gegensätzen keine Reibungsverluste. Auch berufungspolitisch war seine Stimme von Gewicht, gab in manchen Fällen sogar den Ausschlag. Nicht zu Unrecht durfte v. Horn in seinen Erinnerungen stolz festhalten, daß ihn der Internist Ernst von Leyden als „Ideal eines Universitäts-Kurators“ gerühmt habe.¹⁰³

Jena: Stefan Gerber, in: Jena 2009, S. 57–62; leider nur biographisch der Anhang: Kuratoren bei K. Th. Schäfer 1968, dessen umfangreiche Verfassungsgeschichte der Bonner Universität ihrem Wirken zu wenig Beachtung schenkt.

⁹⁸ Wichert 1902, S. 141.

⁹⁹ Zu v. Horns Posener Kämpfen, die den Kulturkampf präludivierten, ausführlich v. Selchow 1923, sowie im Überblick Laubert 1944, S. 124–134. Zur ostpreußischen Amtszeit knapp Hauf 1980, S. 23 f., gestützt auf die Erinnerungen v. Ernsthausens 1894, S. 231 f.: „Als Oberpräsident von Horn im Anfange der Schutzzollbewegung in einer Rede öffentlich aussprach, daß der Freihandel für Ostpreußen das Beste sei, wankte der Boden unter seinen Füßen. Es dauerte nicht lange, bis er halb freiwillig, halb gedrängt seinen Abschied nahm.“

¹⁰⁰ Zu Falk die bis heute unüberholte Monographie von E. Foerster 1927, die aber bei aller Abundanz auf ihren 800 Seiten kaum ein Wort für die Hochschulpolitik erübrigt, so daß hier weiterhin eine besonders schmerzliche Forschungslücke klafft.

¹⁰¹ Hauf 1980, S. 20.

¹⁰² Die Etablierung eines Kurators zur Überwachung von Professoren und Studenten ging auf die Karlsbader Beschlüsse von 1819 zurück.

¹⁰³ GStA, VI. HA, Nl. v. Horn, Nr. 4: (hs.) Autobiographie, Bl. 315–332, hier zit. Bl. 316.

In der Amtszeit seines konservativen Nachfolgers Albert von Schlieckmann (1882–1891), eines Verfechters Bismarckscher, Ostelbiens Agrarier privilegierender Politik, der wieder den ursprünglichen polizeilichen Charakter seines Amtes akzentuierte, kümmerte sich erstmals ein Oberpräsidialrat, Benno Tomasczewski, um die Wahrnehmung kuratorialer Aufgaben. Nach einigen vergeblichen Anläufen, gelang es dem Kultusminister von Goßler, dem Oberpräsidialrat für diese Mehrarbeit 1887 eine Stelle als Kuratorialrat mit festem Gehalt zu verschaffen, so daß der Haushalt seitdem zwei Etatsposten auswies, zum einen für den Kurator im Nebenamt, den Oberpräsidenten (2.400 M.), sowie für seinen Stellvertreter (1.500 M.).¹⁰⁴ Nach Tomasczewskis Versetzung (1890) nahm Eduard Maubach seinen Platz ein, der noch unter den oberpräsidialen Kuratoren Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode (1891–1895)¹⁰⁵ und dem älteren Reichskanzlersohn, Wilhelm von Bismarck (1895–1901) bis 1898 amtierte. Schnell einander ablösend wie die Oberpräsidenten Ostpreußens – nach Bismarcks frühem Tod folgten Hugo von Richthofen (1901–1903), Friedrich von Moltke (1903–1907, danach preußischer Innenminister) und Ludwig von Windheim (1907–1914), der wegen seines „Versagens“ in den ersten Kriegswochen im Herbst 1914 von Adolf von Batocki (1914–1916 und 1918/19) abgelöst wurde – bekleideten dieses Vize-Amt bis in die Anfangszeit der Weimarer Republik: Wilhelm von Waldow (1898/99), Hans Nikolaus von Werder (1899–1903), Friedrich Gramsch (1903–1908), Robert Graf Keyserlingk (1908–1910), Georg Graf von Lambsdorff (1910–1915), Friedrich von Bülow (1915–1917) und Karl von Hassell (1917–1920). Für fast alle von ihnen war das ostpreußische Oberpräsidium nur eine Stufe auf der Karriereleiter, die für sie, mit Ausnahme von Hassells, auf den Chefposten eines Regierungspräsidenten führte, und für von Waldow sogar noch höher hinaufreichte, da er es 1903 zum Oberpräsidenten von Posen, 1911 zum Oberpräsidenten von Pommern brachte, um unter dem 100-Tage-Reichskanzler Michaelis Adolf von Batocki als Staatskommissar für Volksernährung zu beerben und faktisch die Stellung eines Reichsministers einzunehmen.

Alle Kuratorialräte fallen wie ihre Chefs durch ein politisches Engagement entweder für die oder aber mindestens ein Bekenntnis zur Konservativen Partei auf. Tomasczewski saß als konservativer Abgeordneter eines masurischen Wahlkreises im preußischen Landtag. Maubach, der sich einige Zeit als Landrat im masurischen Kreis Johannsburg bewährte, vertrat, ebenso wie von Schlieckmann, die Konservative Partei im Reichstag. Von Bismarck jr. wich keinem Konflikt mit dem Königsberger Bürgertum aus, weil sich in dessen Reihen zu seinem Leidwesen der „Geist von 1848“ noch „auffallend frisch“ erhalten habe.¹⁰⁶ Sein Kuratorialrat von Werder strebte nach seiner Verabschiedung als Königsberger Regierungspräsident (1909) für die Konservativen ins Abgeordnetenhaus (1915–1917).¹⁰⁷ Ebenso der schneidige Neffe des „großen Schweigers“, Friedrich von Moltke, der als Ruheständler den Wahlkreis „Litthauen“ (Memel-Heydekrug) für die Konservativen im Reichstag erobern wollte, aber 1912 nicht reüssierte mit seinem „Versuch, die irreführte, brave, königstreue Bevölkerung des Memellandes noch einmal vor der verhängnisvollen, schiefen [sozialdemokratischen] Bahn zu retten, die zur Demokratisierung führt“.¹⁰⁸ Von Waldow, „Vorbild altpreußischer Beamteneigenart“, galt gleichfalls als „urkonservativ, schroff ablehnend gegenüber jeder demokratischen Gesinnung“.¹⁰⁹ In Posen um „die Stärkung des Deutschtums im Osten“ bemüht, „offen“ sympathisierend mit dem Deutschen Ostmarkenverein, von „unnachgiebiger Haltung“ gegenüber den Polen und deswegen 1911 abgelöst, war er

¹⁰⁴ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. II, Nr. 2, Bd. V.

¹⁰⁵ Hauf 1980, S. 25 f.; Stolberg mußte 1895 gehen, weil er eine erneute, im Handelsvertrag von 1894 fixierte anti-schutzzöllnerische Wende der Berliner Rußland-Politik nicht mitmachen wollte.

¹⁰⁶ Penzler 1902, S. 229.

¹⁰⁷ Hauf 1980, S. 48 f.

¹⁰⁸ v. Moltke nach der verlorenen Wahl an den damaligen Königsberger Regierungspräsidenten Robert Graf Keyserlingk, der ihn zur Kandidatur ermuntert hatte, zit. nach Hauf 1980, S. 29.

¹⁰⁹ Hauf 1980, S. 47 f.

seit 1918 Vorsitzender der Deutschnationalen Partei in Mecklenburg-Strelitz.¹¹⁰ Gramschs Posten als Königsberger Oberpräsidial- und Kuratorialrat war verbunden mit der Leitung der „Centralstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Provinz Ostpreußen“, die er mit großem Eifer wahrnahm. Keyserlingk, bevor er Windheims Oberpräsidialrat wurde, arbeitete als Referent im preußischen Landwirtschaftsministerium und rechnete, als konservativer Lobbyist des Bundes der Landwirte, zu den Kritikern einer einseitig auf Handels- und Industriebelange ausgerichteten Reichspolitik.¹¹¹ Lambsdorff, von 1915 bis 1919 Regierungspräsident in Gumbinnen, wollte als Konservativer und überzeugter Monarchist keinen Eid auf die Weimarer Verfassung leisten und reichte daher im Juli 1919 seinen Abschied ein – hierin dem Oberpräsidenten von Batocki folgend.¹¹² Batockis Kuratorialrat Friedrich von Bülow, seit 1917 Bromberger Regierungspräsident, entschloß sich als einziger aus diesem Kreis preußischer Spitzenbeamten, „der neuen republikanischen Regierung seine Dienste loyal zur Verfügung zu stellen“.¹¹³ Von Hassell schließlich, als weit rechts stehend im Kultusministerium bekannt, arrangierte sich 1918/19 als Kuratorialrat zunächst mit seinem neuen Vorgesetzten, dem sozialdemokratischen Kultusminister Konrad Haenisch, mußte dann aber demissionieren, weil er sich im März 1920 auf die Seite der Putschisten Kapp und Lüttwitz geschlagen hatte, um Haenisch und seine Genossen zu stürzen.¹¹⁴

Von Ernst von Horn zu Adolf von Batocki, von 1882 bis 1919, als mit August Winnig der erste und einzige Sozialdemokrat in den wuchtigen Regierungspalast am Mitteltragheim einzog, sah sich die Korporation der Königsberger Professoren also kontinuierlich monarchisch-konservativen Regierungsbeamten gegenüber. Deren Bestreben war die Wahrung des Status quo, die militante Verteidigung der über das Dreiklassenwahlrecht abgesicherten preußischen Herrschaftsstruktur. Gewöhnlich bedienten sie sich dafür eines gut gefüllten Arsenal strafrechtlich-polizeilicher Instrumente. Daß sie daneben die Albertina als ihr Betätigungsfeld ansahen, das es aufmerksam zu beobachten galt, um „korrigierend“ und „gefahrenabwehrend“ einzugreifen, belegen zahlreiche berufungspolitische Interventionen. Die widersprachen oft genug den Wünschen der Fakultäten, und häufig genug liefen sie auch den Personalplanungen im Kultusministerium zuwider, die von 1882 bis 1908 der Hochschulreferent Friedrich Althoff bestimmte, alle Register seines legendären Informantennetzwerkes ziehend, das auch von einem Dutzend Königsberger Professoren mit Neuigkeiten versorgt wurde.¹¹⁵

Unter den Oberpräsidenten von Schlieckmann, von Bismarck, von Richthofen und von Moltke, also exakt während Althoffs Amtszeit, war der Mitgestaltungswille der Kuratoren, ihr – freilich insgesamt nicht sehr erfolgsträchtiges – Bestreben, den Lehrkörper ihren politischen Auswahlkriterien gemäß homogen zusammensetzen, am schärfsten ausgeprägt. Anders als in der Ära von Horn spielte das Motiv der Wissenschaftsförderung bei ihrer hochschulpolitischen Einflußnahme aber kaum eine Rolle. Bei v. Schlieckmann & Co. überwog gänzlich das Interesse an konformen Staatsdienern, als die sie Professoren in erster Linie wahrnahmen und behandelten. Unter von Windheim und seinen während des Krieges ohnehin anderweitig in Anspruch genommenen Nachfolgern von Batocki und

¹¹⁰ Gey 1976, S. 20f.

¹¹¹ Ebd., S. 51.

¹¹² Stüttgen 1980, S. 60–63; v. Lambsdorff ließ sich allerdings von 1919 bis 1922 noch einmal als Reichs- und Staatskommissar für das Memelgebiet in die Pflicht nehmen.

¹¹³ Gey 1976, S. 41–43; v. Bülow schloß sich 1919 der DVP an und amtierte bis 1933 als Oberpräsident der 1922 gebildeten Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen mit Sitz in Schneidemühl. Mit ihm zusammen seit 1919 am Aufbau dieses neuen, aus den Restteilen der Provinz Posen gebildeten Verwaltungsbezirks beteiligt war sein Stellvertreter ORR Friedrich Hoffmann, von 1923 bis 1945 der erste und letzte hauptamtliche Kurator der Albertina (s. Bd. II).

¹¹⁴ Zum Kapp-Putsch an der Albertina vgl. Bd. II.

¹¹⁵ Zum „System Althoff“ v. Brocke 1991.

Friedrich von Berg (1916–1918) kühlte dann selbst dieses Interesse an der Universität und ihrer Personalpolitik noch weiter ab.

Eher eine Randfigur im Dreieck Ministerium, Kurator und Universität stellte der Universitätsrichter dar. In Königsberg war dieser Posten seit 1820 stets von einem Richter des Obertribunals (1879: Oberlandesgericht) im Nebenamt versehen worden.¹¹⁶ Da das wichtigste Selbstverwaltungsorgan der Universität, der aus dem Rektor, den Dekanen und einigen Ordinarien als gewählten Senatoren zusammengesetzte Akademische Senat auch die Disziplinargewalt über die Studenten ausübte, saß der dafür zuständige Universitätsrichter in diesem Gremium.¹¹⁷ Der Senat verwaltete die „gemeinsamen Angelegenheiten“ der Fakultäten und vertrat sie gegenüber Kurator und Ministerium, so daß der Universitätsrichter in jeder Sitzung Einblick in die Entscheidungsprozesse, in die Haltungen und Stimmungen der Professoren gegenüber den Aufsichtsorganen erhielt. Zudem gehörte er dem mit sämtlichen Ordinarien besetzten Generalkonzil an, das ebenfalls in einigen „allgemeinen Angelegenheiten“ der Universität entschied.¹¹⁸ Das weckte schon v. Schlieckmanns Begehrlichkeit, der genau wissen wollte, was im Senat gesprochen und verhandelt wurde, dies jedoch von einem OLG-Richter, der nicht sein Untergebener war, offenbar nicht in gewünschter Ausführlichkeit erfuhr. Darum hätte er dort gern seinen Kuratorialrat plazierte, was leicht gewesen wäre, wenn dieser in Personalunion auch Universitätsrichter hätte werden dürfen. 1883 scheiterte aber ein Vorstoß in dieser Richtung.¹¹⁹ Als nach vierzehn Jahren der OLG-Rat Theodor von der Trenck 1900 das ihm lieb gewordene Nebenamt aufgeben mußte, weil ihn sein Minister nach Insterburg versetzt hatte, fiel sein Posten erstmals an einen Verwaltungsbeamten. Zwar nicht an v. Bismarcks Kuratorialrat von Werder, sondern an den Verwaltungsgerichtsdirektor Gottfried Meyer. Aber auch der erwies sich den Kuratoren v. Bismarck und v. Richthofen bis 1902 in einem Maße gefällig, wie v. Schlieckmann sich das einst erträumt hatte. Meyer, so v. Richthofen, habe in Senat und Konzil viel größeren Einfluß als v. d. Trenck besessen. Einen Einfluß, den er als Kurator zu nutzen wußte, um „unter der Hand“ in beiden Gremien für das Kultusministerium in „gewünschtem Sinne“ zu wirken, sowie „über Meinungen und Absichten zuverlässig informiert“ zu werden.¹²⁰ Ein Minister v. Studt und seine Nachfolger offenbar überzeugender Pragmatismus, denn nach Meyers Ausscheiden blieb das Amt in den Händen der im Mitteltragheimer Regierungsgebäude tätigen Verwaltungsjuristen Ernst Wollenberg (1902–1913) und Albert Loeffel (1913–1923).

Keinesfalls unberücksichtigt darf bleiben, obwohl er eine Figur ist, die den Historiker bei seinen Entschlüssen nur selten über die Schulter schauen läßt, der preußische Finanzminister. In weit mehr als der Hälfte aller Entscheidungen über Personal und Ausstattung der Albertina quittierte das Finanzministerium die Anträge der Fakultät, die Befürwortungen des Kurators wie die darauf basierenden

¹¹⁶ Seit 1865: Senger, Singelmann, Hildebrand, v. d. Trenck (s. Catalogus).

¹¹⁷ Statuten § 6.

¹¹⁸ Statuten §§ 7, 34, 35, 37. Das Generalkonzil wählte alljährlich im Januar den Rektor, mußte vom Senat über den Stand der laufenden Geschäfte vierteljährlich informiert werden und entschied in Fragen, „welche die Verfassung [der Universität] oder die Wissenschaften überhaupt“ betrafen, soweit sie nicht in die Zuständigkeit der Fakultäten fiel, z. B. die Angelegenheiten der Universitätsbibliothek.

¹¹⁹ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. 2, Nr. 2, Bd. VI.

¹²⁰ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. 2, Nr. 2, Bd. VI, unpag.; Kurator v. Richthofen – PrMK v. 15. 5. 1902. Der Justizminister hatte zuvor interveniert und wollte die durch Meyer unterbrochene OLG-Tradition wieder durchsetzen. Einen Verbündeten dagegen hatte bereits Kurator v. Bismarck in dem Staatsrechtler Philipp Zorn gefunden, als nach v. d. Trencks Ausscheiden die OLG-Fürsprecher auf den Plan traten. So wie v. Richthofen einen Verwaltungsmann präferierte, so hatte auch Zorn Althoff versichert, die „Combination“ mit dem OLG habe sich nicht bewährt, zumal v. d. Trenck einst den Senat gegen sich mit der Bemerkung aufbrachte, er sei dazu ernannt, darüber zu wachen, daß in Senat und Generalkonzil „keine Dummheiten“ gemacht würden. Wenn die Lösung dieses Amtes vom OLG jetzt nicht gelinge, so Zorn, dann dürfe sich Althoff wieder einmal um die Albertina verdient machen und dieses völlig nutzlose Amt abschaffen (ebd., Bd. V, unpag.; Zorn – Althoff v. 15. 7. 1900).

Etatanmeldungen des Kultusministeriums mit immer demselben knapp ablehnenden Bescheid, demzufolge der Staatshaushalt derartige Ausgaben nicht zulasse. Insoweit wurde ein Großteil der Hochschulpolitik nicht im Kultus-, sondern im Finanzministerium entschieden. Und dort zeigte man sich vor allem gegen das nach 1900 immer öfter eingesetzte Standardargument harthörig, die Albertina sei als Außenposten des Deutschtums mindestens so exzeptionell förderungswürdig wie das die kulturelle „Westfront“ verteidigende Straßburg. Über die Motive des jeweiligen Berliner Kassenvwarts läßt sich schon deshalb nur rätseln, weil die Geschichte des preußischen Finanzministeriums nach 1870 wohl noch lange ein Forschungsdesiderat bleibt.¹²¹ Bis diese Lücke geschlossen sein wird, ist nur zu vermuten, daß die etwa bei Althoff eingegangenen Dicta des Finanzministers nicht allein den so brutalen wie banal-selbstzweckhaften Sparwillen des Ressortchefs widerspiegeln, sondern eine natürlich auch den allerhöchsten monarchischen Willen ausdrückende Setzung politischer Prioritäten. Daß sie zu Lasten der Kultur im allgemeinen, der Bildung und der Hochschulen im besonderen gingen, ist offenkundig. An der Geschichte der Königsberger Universität im Zweiten Reich wird das abzulesen sein.

2.2. Die Geschichte der Fakultäten bis 1900

Den „Geist“ der Landesuniversität konnte der eingangs skizzierte revolutionäre, mit der Vorherrschaft des Liberalismus brechende politische Bewußtseinswandel in Ostpreußen nicht unberührt lassen. Denn keinesfalls traf zu, was Fritz Gause der Dozentschaft im „neuen Reich“ attestierte: „Von den politischen Kämpfen der Zeit hielt sich die Professorenschaft wie auch früher [sic] im allgemeinen zurück.“¹²² Das genaue Gegenteil ist richtig. In den vier Fakultäten prägte die enge Beziehung zum politischen Leben höchst unterschiedliche Formen aus und spiegelte vielfach die „Klassenkämpfe“ der wilhelminischen Epoche im Gegeinander gelehrtenpolitischer Fraktionen wider. Politisch-weltanschauliche Geschlossenheit des Lehrkörpers ist daher nicht zu erwarten, allenfalls die hochschulpolitische Dominanz relativ stabiler Mehrheiten, die, um nur die Flügelpositionen zu nennen, in der Medizinischen Fakultät bis ins 20. Jahrhundert hinein von linksliberalen „Fortschrittlern“, in der Theologischen Fakultät von stockmonarchistischen Anhängern der Konservativen Partei gebildet wurden.

2.2.1. Die Theologische Fakultät

Bis kurz vor der Reichsgründung galt die Theologische Fakultät der Albertina als kirchenpolitisch „einheitlich“ besetzt. Die fünf Ordinarien, mehr sind es seit 1760 nie gewesen,¹²³ der Alttestamentler Johann Georg Sommer, der Systematiker Friedrich Sieffert (der einzige, der vor der „Reaktionszeit“ seinen Lehrstuhl erhielt), der Ordinarius für Systematik und neutestamentliche Exegese David Erdmann, der Homiletiker Karl Johannes Cosack und der Kirchenhistoriker Wilhelm Heinrich Erbkam, 1863 verstärkt durch den neutestamentlichen Extraordinarius Ludwig Theodor Schulze, waren nicht allein um ihrer ohnehin bescheidenen wissenschaftlichen Meriten willen nach Königsberg berufen worden, sondern als treue Anhänger und Verteidiger der preußischen „Union“, in der Lutheraner und Reformierte seit 1817 unter einem Kirchendach zusammenlebten.¹²⁴ Nicht zuletzt diese berufungspolitische

¹²¹ Die Edition der Protokolle des Staatsministeriums – Acta Borussica N.F. 2001–2004 – schließt diese Lücke natürlich nicht, sie ist bestenfalls ein brauchbarer Ansatzpunkt.

¹²² Gause II, S. 596. Ebenso pauschal wie falsch Opgenoorth 1997, S. 166, der für einen unbestimmten Zeitraum im 19. Jh. der Professorenschaft konzediert: „die politische Orientierung kann als gemäßigt liberal gelten“.

¹²³ Abgesehen von der kurzen Zeit 1837–1840 mit einem sechsten Ordinariat.

¹²⁴ Sieffert, Jg. 1803, reformiert, mit Ausnahme weniger Berliner Semester unter Neanders Einfluß, und eines Forschungsaufenthalts in Wien (1825/26), stets an der Albertina, 1827 habilitiert, 1834 ord. Prof., war zwar mit

Orientierung an den Vorgaben des Ev. Oberkirchenrats beschädigte für lange Zeit das wissenschaftliche Ansehen der Fakultät. Althoff sprach 1883 von „kümmerlichen Verhältnissen“.¹²⁵ Der Hallenser Kurator Wilhelm Schrader, als altdienstlicher Königsberger Schulrat intimer Kenner des Personals, stufte die Fakultät auch nach einigen Neubesetzungen 1884 weiterhin als „unbedeutend“ ein. Sie könne daher weder der in den anderen Fakultäten „überwiegenden Irreligiosität und fortschrittlichen Hetzerei“ Paroli bieten, noch außerhalb der Universität, wo sie „in geringer Achtung“ stünde, der Kirche und der um sie gescharten „idealen Bewegung“ einen „Halt von solcher Stärke und Lebenskraft“ geben, „wie dessen gerade Ostpreußen bedarf“.¹²⁶

Ohne daß sich das wissenschaftliche Niveau dadurch gehoben hätte, war 1866 mit der heftig umstrittenen Berufung Rudolf Graus zum Nachfolger des unbeliebten und offenbar regelrecht fortgeekelten Schulze¹²⁷ doch eine Bresche in die unionistische Front der Fakultät geschlagen worden. Grau kam aus der Marburger Fakultät, die ebenso einheitlich war wie die Königsberger, aber einheitlich lutherisch! Ausschließlich besetzt mit Gegnern der Union und kurhessischen Preußenfeinden, an deren Spitze Graus Förderer August Vilmar stand. Schon allein um dieser Herkunft willen, dachten die Königsberger Unionisten zu keinem Zeitpunkt daran, ihn in Vorschlag zu bringen.¹²⁸ Es war das Ministerium, der nach Gutsherrnart verfahrende Vortragende Rat und Berliner Hofprediger Rudolf Kögel, der Grau just aufs Tapet brachte, als preußische Truppen gegen Kurhessen aufmarschierten und seinem Wunschkandidaten rasch den Schluß aufdrängten, die militärische Niederlage Österreichs, die dessen kurhessischer Verbündeter mitzuerleiden hatte, bedeute wohl auch das Ende der „inneren und äußeren Politik Vilmars“.¹²⁹ Diese geschmeidige Distanzierung von seinem Mentor genügte dem Oberkirchenrat zwar nicht, doch Kögel verzichtete auf das von der Kirchenbehörde angeregte Reskript, mit dem

einer Bibelkritik von „epochemachende[r] Bedeutung“ („Ueber den Ursprung des ersten kanonischen Evangeliums“, 1832) bekannt geworden, stellte ab 1837 aber die wissenschaftliche Produktion infolge eines Augenleidens nahezu ein. Seine textkritische Studie über das Matthäus-Evangelium, obwohl „vom Standpunkt eines entschiedenen Offenbarungsglaubens“ aus unternommen, erregte in „Kreisen, mit denen S. durch einen biblischen Offenbarungsglauben verbunden war“ erheblichen „Anstoß“ und bewog ihn, hier nicht weiterzugehen, sondern sich von „radikaler Kritik“ zu distanzieren (*De singulorum librorum sacrorum auctoritate canonica*, Königsberg 1836); vgl. den Artikel seines 1867 für nt. Exegese von der Königsberger Fakultät habil. Sohnes Friedrich Sieffert in: RE³, XVIII, S. 317–320. – Ähnlich J. D. Sommer, der zum WS. 1850/51 von Bonn nach Königsberg berufen wurde, und der seine bis dahin kümmerliche Produktion ebenfalls einstellte. Ebenso wie sein Kollege Erbkam, der nach 1850 lediglich einige RE-Artikel sowie zwei akad. Reden über Melanchthon und Schleiermacher veröffentlichte.

¹²⁵ Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 18, Bd. IV, unpag.; PrMK – PrMF v. 18. 6. 1883 betr. Ersatzprofessuren für den alten Erbkam und für den 55jährigen Klöpffer, der wegen seines „angegriffenen Nervenzustandes“ im SS. 1883 nicht lesen konnte.

¹²⁶ Ebd.; Schrader – Althoff v. 28. 1. 1884 anlässlich der Besetzung einer kirchenhistorischen Ersatzprofessur für Erbkam.

¹²⁷ Ebd., Bd. III, unpag.; Votum betr. Ernennung Schulzes zum Ordinarius v. 12. 6. 1865. Da Schulze (1833 Berlin–1918 Rostock) weder durch „gelehrte Werke“ in einer Zeit, in der sein Fach, die Exegese des Neuen Testaments, „in lebendigster wissenschaftlicher Entwicklung begriffen“ sei, sich hervorgetan habe, noch, dieses Manko vielleicht kompensierend, „ungewöhnliche Lehrerfolge“ erziele, seine Hörer sich von ihm wissenschaftlich auch nicht angeregt fühlten, verneine man einstimmig seine Beförderung. Schulze zog daraus die Konsequenz und wechselte 1866 als Professor und geistlicher Inspektor ans Kloster Unser Lieben Frauen zu Magdeburg, kehrte 1874 aber mit der Berufung nach Rostock zurück ins akademische Leben (dort 1907 em.).

¹²⁸ Ebd., Bd. III, unpag.; TheolFak – PrMK, Liste Nf. Schulze v. 4. 6. 1866: 1. Bernhard Weiß (Kiel), den man schon 1864 vergeblich zum Nachfolger Erdmanns vorgeschlagen hatte (s. u. Anm. 138), sowie die damals ebenfalls schon genannten 2. Wilhelm Möller und 3. Hermann Meßner (s. u.).

¹²⁹ Ebd., Grau – Kögel v. 8. 7. 1866, kurz nach der Besetzung Marburgs.

Grau versichern sollte, treu zur Union zu stehen. Derart oktroyiert, trat Grau sein Königsberger Amt zum WS. 1866/67 an.¹³⁰

Kurz darauf, Grau hatte schon erkennen lassen, daß er nicht gewillt war, sich als kämpferischer Lutheraner zu verlegen, drohte mit der Nachfolge Cosacks ein weiterer Gegner der Union in die Fakultät einzudringen, eine Gefahr, die der EOK, der Ostpreußen vor „Störungen des confessionellen Friedens“, wie sie sich in Kämpfen gegen die Union in allen anderen Teilen Preußens ergäben, bewahren wollte, diesmal abwenden konnte. An Stelle des Elbinger Pfarrers Roderich Nesselmann, der an Graus *Beweis des Glaubens* mitarbeitete und von dem es hieß, er habe seit einiger Zeit der Union „seine Liebe entzogen“, kam der einwandfreie Unionist Hermann Jacoby.¹³¹

Aber es war dann doch Grau, dessen Stimme, fast dreißig Jahre, von 1866 bis 1893, bei den Königsberger Gottesgelehrten weltanschaulich den Ton angab.¹³² Im Ministerium und erst recht im preußischen Oberkirchenrat begann man zwar bald seine Berufung zu bedauern und hielt ihn wissenschaftlich für bedeutungslos, ärgerte sich auch darüber, daß er sein Versprechen nicht gehalten habe, die Union zu respektieren sondern dafür kämpfte, in der Provinz eine „anti-unionistische, lutherisch confessionelle Partei zu formieren“. Kurator von Horn, der ansonsten gut auskam mit der Fakultät,

¹³⁰ Ebd., EOK – Kögel v. 22. 6. 1866: Graus Schriften ließen ein klares Bekenntnis vermissen, doch aus den Marburger kirchenpolitischen Querelen sei er hinlänglich als „entschiedener Vilmar-Anhänger“ bekannt. Für „unsere Landeskirche und die Union“ sei von seiner Berufung kein Heil zu erwarten. Am 26. 7. 1866, als der EOK Graus Schreiben an Kögel v. 8. 7. 1866 geprüft hatte, brachte er dessen vernebelnde Wendungen zur Sprache: Grau bekenne sich zur „wahren Union“ und sehe in der preußischen nur eine „Vorstufe“ auf dem Weg dorthin. Ein stärkerer Vorbehalt lasse sich kaum formulieren! Man solle ihm seine Loyalität zur Union daher schriftlich abverlangen. Das geschah nicht. Am 6. August ging die Berufungsanfrage ab, am 11. 8. stimmte Grau freudig zu, am 3. 9. 1866 monierte der EOK zwar nochmals, man hätte ein Reskript „doch gern gesehen“, gab aber zähneknirschend sein Plazet. Ohne das geringste Zugeständnis gemacht zu haben, begann der extremistische Lutheraner Grau mit seinen Vorlesungen.

¹³¹ Zu Nesselmann (1815–1881) vgl. Boldt 1894, S. 173–177; er war ein Bruder des Königsberger Orientalisten Georg Heinrich N. Im „wüsten Jahr 1848“ gründete er in seiner Gemeinde Tiegenhof in der Danziger Niederung einen „conservativen Verein“, hielt seit 1852 als Kreisschulinspektor den „meist rationalistischen Lehrern“ Vorträge über den „christlichen Glauben“ und verfasste die bis 1868 in vier Auflagen verbreitete Polemik ‚Der christliche Glaube, dargestellt und vertheidigt in Briefen‘. 1855 bekam er die 3. Predigerstelle an St. Marien zu Elbing. Seine 1864 am Elbinger Gymnasium gehaltenen ‚Apologetischen Vorträge‘ erschienen 1866 in *Der Beweis des Glaubens*, ebenso ein Vortrag zu Schleiermachers 100. Geburtstag (1868). – Die Fakultät hatte für den seit 1865 beurlaubten, an einer 1868 tödlich endenden Luftröhrenverengung leidenden Cosack den wissenschaftlich nie in Erscheinung getretenen Pfarrer im samländischen Caymen, Kahl, 1849 Militärprediger in Frankfurt/M., danach in Danzig, seit 1862 Königsberger Dr. theol. h. c., vorgeschlagen (GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 18, Bd. III, unpag.; TheolFak-PrMK v. 25. 1. 1867). Voigt regte bereits Wochen vorher privatim bei Kögel, seinem Schwager (s. u. Anm. 137), an, doch Nesselmann ins Auge zu fassen (ebd., Schreiben v. 15. 12. 1867). Nachdem dessen Berufung offenbar schon in die Wege geleitet war, intervenierte der EOK unter Verweis auf die einheitliche Unionslinie der Fakultät, die einen so löblichen Anteil am confessionellen Frieden Ostpreußens habe. Schon Grau verursache Unruhe und dürfe nicht durch Nesselmann Sukkurs erfahren (EOK – PrMK v. 15. 2. 1868). Am 26. 2. teilte der Minister mit, er habe von dieser Berufung Abstand genommen. Am 9. 3. erfolgte die Bitte um Stellungnahme zu Jacoby, die begeisterungslos positiv ausfiel. Der Kandidat des Ministers erhielt zum SS. 1868 seine Bestallung. Darauf, daß Kögel auch zugunsten Jacobys Königsberger Berufungspolitik trieb, deutet eine Widmung im ersten Band seines Hauptwerks ‚Die Liturgik der Reformatoren‘ (1871a), den er Dorner sen. und Kögel „als Zeichen aufrichtiger Dankbarkeit und bleibender Verehrung“ dedizierte.

¹³² Zur Biographie: Kügelgen 1894; ADB, Knopf 1904. – Die Geschichte der Königsberger Theologischen Fakultät im 19. Jahrhundert ist kaum erforscht, speziell zur Fakultätsgeschichte zwischen 1871 und 1918 und zu den intellektuellen Biographien der wichtigsten Lehrer gibt es keine brauchbare Zeile. Unergiebig sind die spärlichen Angaben bei v. Selle 1944, ebenso karg noch Dembowski 2001. Nicht einmal mehr kursorisch zu nennen: Hubatsch 1968a, S. 404 f.; zum Forschungsstand vgl. Gundermann 1996.

an der er den „Geist der Milde“ schätzte, war rückblickend froh, daß Grau mit seinem „prononcierten Luthertum“ wenigstens keinen „Eklat“ provozierte.¹³³ Aber den Eiferer kümmerte nicht, was man in Berlin oder im Königsberger Schloß von ihm dachte.¹³⁴ Im Geist lutherischer Orthodoxie bekriegte er in der von ihm mitherausgegebenen Zeitschrift *Der Beweis des Glaubens* nicht nur unermüdet den aufkommenden „Kulturprotestantismus“. Diese von ihm gebrandmarkten „Verirrungen“ der unierten Kirche sah er unheilvoll verknüpft mit den politischen Bewegungen des Liberalismus und Sozialismus, die nach seinem Urteil die „Kulturentwicklung“ mit „der fortschreitenden Civilisation, mit der wachsenden Industrie, mit der steigenden Bevölkerung“, den „Mengen der Proletarier“, die den „Boden für die Lehren des Socialismus“ bildeten, auf den „unverhüllte[n] Materialismus“ zutreiben ließ. Bis eines nicht mehr fernen Tages auch die „Religion der Sinnenlust wieder erfunden und Babylons Hüttenfest wieder gefeiert“ würde.¹³⁵ Daß in diesem Prozeß, der eine Lebensordnung befördere, welche nur „das Diesseits als das wahre Arbeitsfeld des Menschen, als Inbegriff der Ziele seines Strebens“ kenne, „vaterlandslose Reformjuden“ zur Avantgarde der „kosmopolitische[n] Kulturströmung“ gehörten, die den „Unterschied der Völker“ aufzuheben bestrebt waren, um das „Weltreich“, das „irdische Paradies“ des „Genuß- und Erwerbsleben[s]“ zu errichten, ließ Grau fast beiläufig einfließen. Ebenso seine Sympathien für die „erbliche Monarchie“ der Hohenzollern und den Reichseiniger Bismarck, wenn er höhnerd vermerkte, daß schließlich nicht die „Theorien des Liberalismus“ die deutsche Einheit hergestellt hätten, sondern – ganz im Sinne der lutherischen Maxime, mit unserer Macht sei nichts getan – sie zustande gekommen sei „durch eine Offenbarung des Gottes der Geschichte unter den Donnern und im Blute der Schlachtfelder; und ein conservativer Staatsmann ist das Werkzeug gewesen“.¹³⁶

An solchem Glaubenseifer mochte niemand unter seinen Kollegen sich ein Beispiel nehmen. Was nicht zuletzt daran lag, daß Grau unter lauter publizistisch nur selten noch zu vernehmenden Senioren lehrte. Der Systematiker Heinrich Voigt, als Stader Hauptpastor 1864 ohne Promotion und Habilitation, nur mit einer Göttinger Ehrenpromotion geschmückt, trotzdem als „gelehrter Theolog“ geltend, von August Tholuck, dem Theologen der Erweckungsbewegung, empfohlen,¹³⁷ gegen den Willen der Fakultät ins Königsberger Amt des Hengstenberg-Anhängers David Erdmann gelangt,¹³⁸ feierte

¹³³ GStA, VI, Nl. v. Horn, Nr. 4: Autobiographie, Bl. 317.

¹³⁴ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 18, Bd. IV, unpag.; EOK – PrMK v. 15. 11. 1877, Beschwerde über den Union-Gegner Grau; ebd. 28. u. 30. 3. 1883, zwei Voten des Ministerialreferenten Bernhard Weiß über die Königsberger Theologen Grau, Sommer, Erbkam, Voigt, Jacoby, Klöpffer. – Einen „Unionsrevers“ habe Grau bei seiner Berufung keineswegs unterschrieben, so betont v. Kügelgen 1894, S. 9. Doch muß auch sein Biograph einräumen, daß der Erlutheraner in seiner Polemik wohl etwas übers Ziel hinausgeschossen sei, und ihn die Angriffe auf die Union spätestens Ende der 80er Jahre isoliert hätten. Zumal der kleine „Lutherische Verein“ in Ostpreußen, dem er „alsbald“ nach seiner Berufung beigetreten war, ihm keinen kirchenpolitischen Rückhalt bot.

¹³⁵ Grau 1875, S. 259. Ähnlich, gegen Renan und Strauß als Wegbereiter des Glaubens- und Kulturzerfalls gerichtet, die opulente Polemik ‚Semiten und Indogermanen in ihrer Beziehung zu Religion und Wissenschaft. Eine Apologie des Christenthums vom Standpunkt der Völkerpsychologie‘, zuerst 1864, 2. Auf. 1867.

¹³⁶ Grau 1875, S. 237, 253, 261.

¹³⁷ Seine Stimme gab formal den Ausschlag, wobei zu bedenken ist, daß Tholucks Hallenser Kollege, der gleichgesinnte Julius Müller (1801–1878), Voigts Lehrer und – Schwiegervater war. Die Wahl des völlig unbekanntem Stader Hauptpastors wird noch verständlicher, bedenkt man, daß eine zweite Tochter Müllers (eine „entschiedene Royalistin“, G. Kögel 1893, S. 153 ff.) seit 1855 mit dem Amanuensis Tholucks, Rudolf Kögel (1829–1896) verheiratet war, der wiederum 1862 zum Hofprediger und zugleich zum Vortragenden Rat im PrMK aufrückte. Und der es war, der Tholuck um ein Gutachten über seinen Schwager bat. Einer der peinlichsten Fälle von Nepotismus, der sich in der preußischen Kultusbürokratie nachweisen läßt (s. Anm. 138)! Über Kögels Wirken im PrMK findet sich leider nichts in der ausufernden dreibändigen Biographie seines Sohnes, s. G. Kögel 1901.

¹³⁸ D. Erdmann, 1821 Güstebiese/Neumark – 1905 Dresden, 1847 Dr. phil. FWU, 1850 Lic. Theol. ebd., 1853 Habil. ebd., 1856 ord. Prof. f. nt. Exegese u. Kirchengeschichte AUK, Januar 1864 als Generalsuperintendent der Provinz Schlesien nach Breslau berufen, ein „Pektoraltheologe, von Skepsis unberührt“, der „mit Sorge die

1881 seinen 60. Geburtstag und hatte außer seiner steifleinernen, „ermüdenden“ (Bernhard Weiß) ‚Fundamentaldogmatik‘ (1874) und einer Athanasius-Monographie fast nichts veröffentlicht.¹³⁹ Auf „positivem Glaubensgrunde stehend“ und „entschieden“ der preußischen Union angehörend, schien er dafür öffentlich lieber nicht streiten zu wollen und stellte stattdessen seine Fähigkeiten, jedoch erst seit 1886, dem ostpreußischen Konsistorium zur Verfügung.¹⁴⁰

Bejahrter als er waren der Kirchenhistoriker Wilhelm Heinrich Erb kam und der Alttestamentler Johann Georg Sommer, beide geboren 1810. Erb kam, Schüler Schleiermachers und Neanders, als Berliner Prediger an der Seite Hengstenbergs mit den „Lichtfreunden“ wie dem „rationalistischen Un-

Entwicklung der Theologie von A. Ritschl“ betrachtet (RGG Bd. II, 1927, Sp. 228) und „immer im Gegensatz zur liberalen Theologie“ gestanden habe, wenn ihn das auch nicht ins „Lager der Konfessionellen“ führte. Kirchenpolitisch zur „positiven Union“ gehörend (RE³, XXIII, S. 428–430). – GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 18, Bd. III, unpag.; TheolFak – PrMK v. 16. 1. 1864, Nf. Erdmann: primo et unico loco Bernhard Weiß, 1827 Königsberg–1918 Berlin, Lic. theol. AUK, 1857 ao. Prof. ebd., 1861 zugleich Divisionspfarrer, erst zum SS. 1863 als ord. Prof. f. nt. Theologie nach Kiel berufen, 1877 FWU, 1880 Vortr. Rat PrMK. Da der Fakultät schnell klar war, daß das PrMK eine Rückkehr von Weiß in die Heimat nicht zulassen würde, schlug Erdmann den jungen Martin Kaehler (Halle) vor, neben einigen Männern der Praxis, so den Seminardirektor Th. Schneider aus Neuwied, der einmal Privatdozent in Halle war, oder den von Isaac Dorner empfohlenen, bei Aachen tätigen Prediger Diedrich Harries, über den das PrMK ernsthaft Erkundigungen anstellte. Die mit ihrer Verstimmung nicht hinter dem Berg haltende Fakultät bot am 4. April 1864 schließlich eine neue, kirchenhistorisch orientierte Liste an: 1. Karl Albrecht Vogel, 1822 Dresden–1890 Wien, Neander-Schüler, Habil. Jena 1850: *De Bonizonis episcopi Sutri vita et scriptis*, Hauptwerk zur Aufhellung des saeculum obscurum der Kirche 1854: *Ratherius von Verona*, 1856 ao. Prof. ebd., 1861 ord. Prof. Wien, ältere u. mittelalterliche Kirchengeschichte, vertrat die „mild supernaturalistische Richtung in der Weise Neander’s ohne tiefer greifende Wirkung“ (ADB XL, S. 95). – 2. Wilhelm Möller, 1827 Erfurt–1892 Kiel, als Sohn eines Konsistorialrats schon Zeuge von dessen Kampf für die preußische Union und gegen die „anschwellende lichtfreundliche Bewegung“ in Thüringen, Neander-Schüler, „Vermittlungstheologe“, Patristiker, 1854 Habil. f. NT. u. Kirchengeschichte Halle über Origenes, als Verfechter einer „conservativen Beurteilung der Frage der Echtheit der Schriften des Neuen Testaments“ Widersacher der „Tübinger Schule“ Baus, 1860: *Geschichte der Kosmologie in der griechischen Kirche bis auf Origenes*, 1862 Pfr. Grumbach/Langensalza, 1870 nach Archivstudien am Pregel eine Biographie des Königsberger Theologen Andreas Osiander vorgelegt, die ihm 1873 eine Prof. f. Kirchen- u. Dogmengeschichte in Kiel eintrug, 1891 em. (ADB XXII, S. 443 ff.). – 3. K. F. Th. Schneider (Neuwied), Hg. der von Neander begr. *Zeitschrift für christliche Wissenschaft*. – 4. Hermann Meßner, 1824 Oebisfelde–1886 Berlin, von den Feinden Hengstenbergs 1860 zum b. ao. Prof. in der Berliner Theol. Fakultät gemacht, s. Lenz 1918, S. 325; seit 1858 Hg. *Neue Evangelische Kirchenzeitung*. – Das PrMK war aber inzwischen eigene Wege gegangen und ignorierte diese, Schneider ausgenommen, vertretbare Vierer-Liste. Stattdessen bat Referent Kögel am 26. 2. 1864 Tholuck um Gutachten zum württembergischen Garnisonspfarrer Klaiber wie zu Voigt. Für Königsberg suchte man einen Mann, der als nt. Exeget auch Systematik lehren mußte, um den schwächelnden Friedrich Sieffert sen. zu unterstützen, oder Kirchengeschichte, die Erb kam nicht mehr allein bewältigte. Tholuck sortiert Klaiber als zu alt (Jg. 1817) und wissenschaftlich bedeutungslos aus, und empfahl Voigt aufgrund der „reifen Frucht“ eines seit Studientagen nicht erloschenen wissenschaftlichen Feuers, seines Athanasius-Opus³, das von einer unter jüngeren [V. war 42!] Theologen „selten gewordenen Kraft des speculativen Denkens“ zeuge. Tholuck verschwieg aber nicht die Schattenseiten: eine „gewisse Steifheit“ lasse sich nicht übersehen, die ihn wenig befähige, auf konträre Standpunkte einzugehen und auf die Jugend einzuwirken, zudem sei er als Prediger „keine hervorragende Begabung“ (an PrMK v. 7. 3. 1864).

¹³⁹ Die umfangreiche, seinem Schwiegervater Müller gewidmeten Athanasius-Arbeit trug ihm 1861 den Göttinger Ehrendoktor ein, und darauf durfte, offenkundig von Müller beraten, Tholuck ihn als einen „gelehrte[n] Theolog[en]“ rühmen, eine Wendung, die auch den Bestallungsvorschlag zielt (GStA, Rep. 89, Nr. 21658, Bl. 230; PrMK – ZivK v. 6. 6. 1864).

¹⁴⁰ So die Würdigung Voigts, die den in diesem Sinne seit 1886 im Konsistorium tätigen Konsistorialrat zum Abschied für den Roten Adlerorden III. Kl. empfahl (ebd., Nr. 21661, Bl. 39f.; PrMK – ZivK v. 13. 3. 1891).

glauben“ ins Gericht gehend und dabei aus der „ganzen vollen Offenbarungswahrheit“ schöpfend,¹⁴¹ ebenso wie der Neutestamentler David Erdmann durch Hengstenberg nach Königsberg vermittelt,¹⁴² 1848 erst- und letztmalig mit einer voluminös-positivistischen Fleißarbeit zur ‚Geschichte der protestantischen Sekten‘ im 16. Jahrhundert auf den Plan tretend – Erbkam also erlitt 1883 einen Schlaganfall und mußte seine Vorlesungen einstellen. Sein zum SS. 1884 gegen den von der Fakultät deutlich favorisierten Reformationshistoriker Theodor Kolde¹⁴³ berufener Nachfolger hieß Paul Tschackert,

¹⁴¹ Durch familiäre Beziehungen fand Erbkam leicht Zugang zum Hause Schleiermachers, der auch als Theologe bestimmenden Einfluß auf ihn ausübte. Trotzdem schlug er sich auf die Seite Ernst Wilhelm Hengstenbergs (1802–1869), als Schüler Schleiermachers 1845 eine „Berliner Erklärung“ veröffentlichten, um dessen unchristliches Wüten gegen die „Lichtfreunde“ anzuprangern. Erbkam polemisierte dagegen in einer Flugschrift ‚Beleuchtung der Erklärung von 1845‘, die klar und bündig nachweise, „wie das ganze lichtfreundliche Treiben gegen die ewigen Fundamente des christlichen Glaubens, insbesondere gegen die Grundthatsachen und Grundwahrheiten des Evangeliums und gegen die positive Glaubenswahrheit des kirchlichen Bekenntnisses gerichtet sei“, sich damit an die Seite der angegriffenen *Evangelischen Kirchenzeitung* Hengstenbergs stellend. Überdies „ein kräftiges Bekenntnis von der positiven biblischen Heilswahrheit und von dem in den Symbolen bezeugten evangelischen Glauben“ ablegend, wie sein Königsberger Kollege Erdmann rühmt (RE³, Bd. V, S. 448–450).

¹⁴² Vgl. Lenz 1918, S. 280, über die Berliner Theol. Fakultät nach 1848, unter dem strengen Regiment Hengstenbergs: „Nur Männer, die dem öffentlich approbierten kirchlichen Bekenntnis gehorsam waren, gelangten zur Habilitation, und für sie standen bald Lehrstühle oder Kanzeln zur Verfügung“, wie für Erdmann, ord. Prof. AUK 1856 und für Erbkam, der 1847 als Extraord. nach Königsberg kam, aber erst 1855, als Nachfolger des Neander-Schülers und „Vermittlungstheologen“ Justus L. Jacobi (1815–1888, 1847 ao. Prof. FWU, 1851 AUK, 1855 Halle) zum Ordinarius aufrückte.

¹⁴³ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 18, Bd. IV, unpag.; TheolFak – PrMK v. 16. 12. 1883, Liste Ersatzprof. Erbkam: 1. Th. Kolde, 1850 Friedland/Schles.–1913 Erlangen, seine Mutter war die Tochter des Breslauer Theologen und dezidierten Anti-Rationalisten August Hahn, schon in der Schülerzeit „erstes politisches Interesse“, „frühzeitig auf dem Weg liberaler deutscher Politik“, daher „dauernd antiultramontan“, stetiger Polemiker gegen den „kulturellen Katholizismus“, aber auch großdeutsch, liberal, „antikonservativ“, hat „dem Luthertum als Partei dauernd ferngestanden“, 1874 Prom. Halle, 1876 Habil. f. Kirchengeschichte Marburg; Luthers Stellung zu Konzil und Kirche (eine zur Kulturkampf-Zeit entstandene Arbeit, getragen von einem „lebhaften Gegenwartsinteresse“, *DBJ*), Erforschung der geistigen Sozialisation Luthers, 1879 als „großer Wurf“ (Jordan): Die deutsche Augustinerkongregation und Johann von Staupitz. Ein Beitrag zur Ordens- und Reformationsgeschichte nach meistens ungedruckten Quellen; aufgrund dieser Leistung 1879 nb. ao. Prof. ebd., 1881 ord. Prof. Erlangen, im Vorfeld des Luther-Jubiläums erschienen: Friedrich der Weise und die Anfänge der Reformation (1881), *Analecta Lutherana*. Briefe und Actenstücke zur Geschichte Luthers (1883) sowie der erste Band seiner Luther-Biographie, 1890/91 Rektor; einer der führenden Reformationshistoriker seiner Generation, Vf. einer zweibändigen Luther-Biographie (1884/1893), vgl. Nachruf H. Jordan, in: *DBJ* XVIII, 1913, S. 142–147 u. Jordan 1914. – 2. Karl Müller, 1852 Langenburg/Württ.–1940 Tübingen, 1880 Habil. FWU, 1882 nb. ao. Prof. ebd., 1884 Halle (Nf. Tschackert), 1886 Gießen, 1891 Breslau, 1903–1922 Tübingen, Hauptwerk: Kirchengeschichte [bis zum 17. Jh.], Bd. I–II/2, 1892–1919 (BBKL VI, Sp. 294; autobiographisch K. Müller 1930, S. 1–44, mit schönen Belegen der Familiarität der (schwäbischen) Gelehrtenwelt des späten 19. Jhs.: Müllers Mutter war eine Nichte Schellings, sein ihm verwandter Lehrer Georg Waitz war in erster Ehe mit einer Tochter Schellings verheiratet, sein Lehrer Eduard Zeller war der Schwiegersohn Ferd. Chr. Baur, Müller selbst ehelichte die Tochter seines Lehrers, des Historikers Julius Weizsäcker; zu seinen Jugendfreunden zählte der nachmalige Lenker der wilhelminischen Außenpolitik, Alfred von Kiderlen-Wächter, und Familienbeziehungen verschafften ihm in Berlin Zugang zum Kreis des württ. Gesandten von Spitzemberg und seiner „bedeutenden Frau“, der „Freundin Bismarcks“). – 3. P. Tschackert (Halle, s. Catalogus). – 4. Victor Schultze, 1851 Fürstenberg/Waldeck–1937 Greifswald, 1879 Habil. f. christ. Archäologie u. Kirchengeschichte Leipzig; *De Christianorum veterum rebus sepulcralibus. Commentatio historico-archaeologica*, 1884 b. ao. Prof. Greifswald, 1888 oö. Prof. ebd., außergewöhnlich produktiver Gelehrter, fast ausschließlich auf dem Gebiet der christlichen Archäologie, Hauptwerke u. a.: Archäologische Studien über altchristliche Monumente (1880), Die Katakomben. Die altchristlichen Grabstätten. Ihre Geschichte und ihre Monumente (1882), Geschichte des Untergangs des griechisch-römischen Heidentums. Bd. I: Staat und Kirche im Kampf mit dem

geschätzt als Kenner spätmittelalterlicher Kirchengeschichte, „auf dem Boden des reformatorischen Bekenntnisses stehend“ und als „Anhänger der Union“ vom Berliner Oberkirchenrat mit einer kirchenpolitischen Unbedenklichkeitsbescheinigung für das Königsberger Amt versehen.¹⁴⁴ Tschackert hatte das historische Handwerk bei Georg Waitz in Göttingen erlernt, wo er auch die Anregung zu seiner Habilitation über Petrus de Alliaco erhielt. Der Verfasser rechtfertigte seine Themenwahl mit der „Zeitgemäßheit“ des Stoffes, den er im kulturkämpferischen Sinne aufbereitete, um die historischen Schattenseiten der „päpstlichen Kirche“ herauszukehren und vor dem ewigen „Wahn von einer persönlichen Unfehlbarkeit“ ihres Oberhauptes zu warnen.¹⁴⁵ Ohne halbwegs rücksichtsvolle historische Einkleidung ließ Tschackert sich in Königsberg zu einem Ausfall gegen Rom hinreißen, der der wütesten Kulturkampfpolemik zur Ehre gereichte. Obwohl dem Ministerium übersandt mit der auch im Vorwort zu findenden Selbstdeutung, die Schrift wolle „den Kampf mit Rom“ auf das „religiöse und geistige Gebieth zurückverlegen“, konnte davon wirklich nicht die Rede sein, und unglaublich klang die Beteuerung: „Mit dem sog. ‚Kulturkampfe‘ hat das Buch nichts zu thun.“ Die Königsberger Studenten, die ihm auf der Suche nach „Skandal“ und „Sensation“ in Massen zuliefen,¹⁴⁶ wie auch die Zentrumsparthei waren da anderer Ansicht, zitierte doch Peter Spahn im Preuß. Abgeordnetenhaus ausführlich die aggressivsten Passagen des stattlichen Bandes, um den akademischen Antikatholizismus anzuprangern.¹⁴⁷ Nicht ohne Effekt, denn anschließend versenkte sich Tschackert für fünf Königs-

Heidentum (1887, 1892 Bd. II: Die Ausgänge), Grundriß der christlichen Archäologie (1919), ausführl. Bibliogr. in der FS. der Greifswalder Fakultät: Von der Antike zum Christentum, 1931, S. 195–213. – Grau hatte dem befreundeten orthodoxen Greifswalder Apologeten Otto Zöckler, wohl im Vertrauen, diese Briefpassage finde (nicht allein mit Gottes Hilfe) ihren Weg ins PrMK, eindringlich mitgeteilt, Kolde werde von der Fakultät „vorzugsweise gewünscht“ (was Zöckler wie erwartet an Althoff weitergab, Brief v. 28. 1. 1884). Kolde scheiterte aber an der eher durchwachsenen Beurteilung seiner eilig zum Jubiläum 1883 produzierten Luther-Arbeiten. Adolf Harnacks „hohe Erwartungen“ seien dadurch, wie er Althoff am 28. 1. 1884 schrieb, nicht erfüllt worden, während der Marburger Reformationshistoriker Theodor Brieger auf die gleiche Anfrage sich ähnlich enttäuscht zeigte, da Koldes Schriften seit 1880 „Tiefe und Umsicht des Urteils“ vermissen ließen (an Althoff v. 28. 1. 1884). Richard Zoepffel gutachtete aus Straßburg (28. 1. 1884), daß Kolde zwar ein tüchtiger Luther-Kenner sei, sein Selbstbewußtsein aber unangenehm mit seinen Leistungen kontrastiere. Nur der Berliner Germanist Wilhelm Scherer lobte ihn ohne Einschränkung, da Kolde der erste sei, der Luther als „Sohn seiner Zeit“ begreife, jenseits konfessioneller Verengungen protestantischer wie katholischer Luther-Deutungen (an Althoff v. 5. 2. 1884).

¹⁴⁴ GStA, Rep. 89, Nr. 21660, Bl. 91 f.; Ernennungsvorschlag PrMK – ZivK v. 29. 2. 1884. Das Gutachten des Straßburger Kirchenhistorikers Zöpfel war da bereits unter den Tisch gefallen, das ihm zwar bescheinigte, dogmatisch auf dem Boden der Reformation zu stehen, doch „früher“ solle er sich zu Ritschl gehalten haben (s. Anm. 143). Harnack hatte die Ritschl-Nähe auch erwähnt, meinte jedoch zuverlässig zu wissen, die positiven Breslauer Prägungen hätten bei ihm die Oberhand behalten, so daß er nunmehr „in überzeugter Weise den Standpunkt der positiven Union“ vertrete, „mit einem Stich ins Pietistische, wie es dort [in Schlesien] üblich“ sei (s. Anm. 143). Der ursprüngliche Bestallungsvorschlag v. 22. 2. 1884 hob dann in einer wieder gestrichenen Passage hervor, wie streng Tschackert ein „Unionist“ sei, der den Staat als Kulturstaat begreife, der außer rechtlichen auch kulturelle und soziale Pflichten habe, was jede Trennung von Staat und Kirche ausschließe. Für ihn sei der Staat der Kirche zwar rechtlich übergeordnet, die Kirche ihm aber um der Kulturaufgaben willen unlöslich „beigeordnet“.

¹⁴⁵ Tschackert 1877, S. V–IX, 340 ff.

¹⁴⁶ Für eine Universität, die in 1880er Jahren durchschnittlich 800 Studenten zählte, waren 155 Hörer, die sich im SS. 1886 in Tschackerts „Geschichte der römischen Kirche seit der Wiedererstehung des Jesuitenordens“ drängten, wirklich sehr beachtlich.

¹⁴⁷ Tschackert 1885: ‚Evangelische Polemik gegen die römische Kirche‘ (2. Aufl. 1888). – GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. XIV, Nr. 12, Bd. I, unpag.; Tschackert – PrKM v. 14. 2. 1885 u. Auszug aus Verhandl. Preuß. HdA, 37. Sitz. v. 10. 3. 1886, S. 1040 f. Der Kirchenhistoriker scheint diese Attacke gegen die „schwarze Internationale“ und die „staatsgefährliche römische Kirche“ sowie ein schon zur Göttinger Amtszeit verfasstes Pamphlet zur „Jesuitenfrage“ (1891) bedauert zu haben. Doch erst zwanzig Jahre später gab er einem wohl lange in ihm nagenden

berger Jahre in die Akten des Staatsarchivs und schrieb die Geschichte der Reformation im Preußenland zu Zeiten Herzog Albrechts.¹⁴⁸

Der von ihm 1886 für Kirchengeschichte habilitierte, 1888 nach Breslau berufene Carl Franklin Arnold, bis zur Promotion ein Schüler Voigts,¹⁴⁹ danach sich an Tschackert haltend, tat es seinem Lehrer gleich und versuchte sich als kirchenpolitischer Polemiker. Arnold legte sich aber nicht mit Rom an, sondern nur mit dem vergleichsweise unbedeutend-sektiererischen „Baptismus“. Der aber war ihm wichtig genug, um die amtskirchlichen Lutheraner und Reformierten zu dessen „Bekämpfung“ aufzurufen. Arnolds Pasquill gegen die seit 1820 zahlreicher gewordenen Abtrünnigen der „evangelischen Volkskirche“,¹⁵⁰ die, trete man ihnen nicht entgegen, die „Einheit“ des kirchlichen und damit auch des nationalen Lebens bedrohten, zeugt auch vom immens „praktischen“ Wert, die der ältesten Kirchengeschichte nicht allein für den darauf spezialisierten Königsberger Privatdozenten zukam.¹⁵¹ Um die „Irrtümer“ des „baptistischen Radikalismus“ bezüglich Kirche, Taufe und Glauben aufzuzeigen, müsse man sie dort widerlegen, wo sie sich am stärksten fühlten: in ihrem Umgang mit der Bibel und den ersten Kirchenvätern. Was steht über die Taufe wirklich in den Evangelien, wie ist die Ablehnung der Kindertaufe bei dem von den baptistischen „Bilderstürmern“ gern reklamierten Tertullian im Licht der Geschichte der Alten Kirche einzuordnen?¹⁵² Arnold empfahl mithin, seine Disziplin für die Innere Mission einzuspannen und dabei gut aufklärerisch auf die Macht des rationalen Arguments zu vertrauen. Dabei war er sich wohl bewußt, daß die kirchenhistorische Delegitimation der Baptisten vielleicht nur Sekundäres träfe. Denn deren Attraktivität beruhe nicht auf einer überzeugenderen, authentischen Bibelauslegung, sondern auf der größeren Intensität des Gemeinschaftserlebnisses. Die Hilfsdienste des Kirchenhistorikers könnten also durchaus willkommen sein, aber entscheidend für die Zukunft des Protestantismus als „Volkskirche“ sei es, „die religiöse Geselligkeit nach Kräften zu befördern“. Von den Katholiken sei „hier viel zu lernen“.¹⁵³

Reuegefühl nach und schrieb zur „Wiedergutmachung“ einen Traktat „für das Zusammenleben der Konfessionen im Deutschen Reich“. Papst, Jesuiten und Zentrumsparterie sparte er dabei weitgehend aus, um der „Friedensarbeit“ zwischen den Bekenntnissen zu dienen (Tschackert 1908). Von lutherischer Seite ist diese Schrift deshalb als „wertlos“, da dem „Feinde“ gegenüber „einschläfernd“ wirkend, vernichtend rezensiert worden, so der Kolberger Pastor Bender 1908.

¹⁴⁸ Tschackert 1890; der erste der drei Bände bringt zu den beiden wichtigen Urkunden-Bänden eine bescheiden „Einleitung“ betitelte, 400 eng bedruckte Seiten umfassende Darstellung der Anfänge der Reformation im Herzogtum Preußen (1523–1549) und handelt im Rahmen der „Pfleger der gelehrten Bildung“ auch die Gründungsgeschichte der Albertina ab (S. 279–318). Gerade hier brechen aber auch antirömische Affekte Tschackerts wieder durch, da er betont, wie sich die Bildungspolitik Herzog Albrechts glänzend von der vorreformatorischen Öde des „geistigen Lebens“ im Ordensland abhebe (ebd. S. 9). Diesen Befund könne man auch nicht mit dem Verweis auf die welthistorische Gestalt des Frauenburger Domherrn Kopernikus widerlegen, denn der Astronom stehe völlig „isoliert“ im katholischen, kulturfeindlichen Umfeld da, wo „nichts für Wissenschaft und Kunst“ getan worden sei (ebd., S. 8). Ähnlich die Argumentation in zwei aus dieser ‚Einleitung‘ entnommenen biographischen, separat veröffentlichten Studien, Tschackert 1891 und 1894.

¹⁴⁹ Ohne kirchenhistorisches Interesse hatte Arnold in Erlangen und Königsberg Theologie studiert, 1878 sein Staatsexamen gemacht und während des Schuldienstes eine Voigt gewidmete Arbeit zur älteren Kirchengeschichte verfasst (1882). 1886 folgte unter Tschackerts Patronat die zur Erteilung der *venia* ausreichende Licentiatenarbeit, 1888 die Berufung zum b. ao. Prof. Breslau, s. *Catalogus*.

¹⁵⁰ Arnold 1887, S. 8 f., gibt für die 1834 gegründeten „Vereinigten Gemeinden getaufter Christen“ bis 1854 etwa 3.000 Mitglieder an. Zwischen 1860 und 1880 habe sich ihre Zahl europaweit verzehnfacht, davon lebten 16.500 im Deutschen Reich.

¹⁵¹ Vgl. seine quellenkritisch sondierende Studie zur „Neronischen Christenverfolgung“ (1888a).

¹⁵² Arnold 1887, S. 17 f., 26 f.

¹⁵³ Ebd., S. 36.

Gewiß tiefer als mit diesem Pamphlet schrieb Arnold sich in seiner Dozentenzeit in die Annalen der Königsberger Geistesgeschichte mit seiner Auswahllection aus den Schriften Johann Georg Hamanns ein, etwa gleichzeitig mit Graus regelmäßigen Lehrveranstaltungen über den „Magus in Norden“.¹⁵⁴ In einer ausführlichen Einleitung dazu antizipierte er, der als Pflegekind im Hause des Hamann-Forschers Karl Hermann Gildemeister aufgewachsen war,¹⁵⁵ die Kernthesen der Königsberger Hamann-Rezeption der 1920er und 1930er Jahre, die untrennbar mit Rudolf Unger, Fritz Blanke, Erwin Metzke, Arthur Warda und natürlich Josef Nadler verknüpft sind: Hamann, der Feind der „eudämonistischen“, der „jüdischen“ Aufklärung, des Universalismus der Vernunft, der Übervater der Romantik, der entschiedene „Partikularist“, der das Recht des Gefühls zur Anerkennung gebracht, den Sinn für Geschichte, „das charakteristisch Nationale und Provinzielle, ja auch das Individuelle“ geweckt habe.¹⁵⁶ Nadler rühmt diesen kundigen Lebensabriß als „das erste gültige Hamannbild des [19.] Jahrhunderts“.¹⁵⁷

Wie Erbkam entbehrte auch der Alttestamentler Sommer, wie es im Ministerium hieß, der „nöthigen Kraft und Frische“. Der „alte Herr“ fand endlich zum WS. 1886/87 in Carl Heinrich Cornill einen sehr jungen Ersatzmann. Doch über diesen Reformierten aus Westdeutschland hielt sich das Gerücht – obwohl „religiös kirchlich konservativ“ – ein „gemäßigter Wellhausianer“ zu sein, was sich durch einen Blick in seine Schriften leicht bestätigen ließ, und was aus Graus Sicht dem Einbruch radikalster Aufklärung in die Fakultät gleichkam.¹⁵⁸

¹⁵⁴ Nadler 1930, S. 144, erwähnt nur Graus Gedächtnisrede zum 100. Todestag Hamanns, gehalten am 21. Juni 1888 (nicht in der Universität sondern im Königsberger Landeshaus), ohne die im SS. 1879 einsetzenden, bis zum WS. 1893/94 sechs Mal wiederholten, meistens gut besuchten (20–50 Hörer) Vorlesungen „Über Hamann“ zu beachten. Daß Graus erzlutherische Vereinnahmung des Magus (vgl. ders. 1888), die Nadler aus der Rede herausliest, auch die (uns unbekanntenen) Vorlesungen geprägt haben dürfte, sie strikt „unter den theologischen Scheffel“ stellte (Nadler), ist indes anzunehmen.

¹⁵⁵ 1853 in Ohio/USA geboren, kam Arnold 1862 zu Gildemeister nach Bremen, s. vita zur Diss. 1882.

¹⁵⁶ Arnold 1888b, S. 30 f., 35–39.

¹⁵⁷ Nadler 1930, S. 144.

¹⁵⁸ Wohl unter Graus Federführung entstand die Liste, auf der Cornill erst an 3. Stelle rangierte, während, unter Betonung seiner konservativen Ausrichtung, der Berliner Bibelwissenschaftler und Parteigänger Adolf Stoeckers, der Extraord. Hermann Strack (1848 Berlin–1922 ebd.), der 1883 das Institutum Judaicum gegründet hatte, primo loco stand (GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 18, Bd. IV, unpag.; Liste Ersatzord. Sommer v. 22. 5. 1886). Strack versuchte als einer ersten christlichen Theologen die at.-jüd. Wurzeln des Christentums historisch-kritisch zu ergründen, gab jedoch nie die spezifisch christliche Position auf und bemühte sich eifrig um Judenmission, verhielt sich aber distanziert zur „antijüdischen Agitation“ Stoeckers (BBKL XI, Sp. 5–8). Wie aus Marginalien von Weiß zu schließen ist, stolperte der besonders von Dekan Jacoby gewünschte (lt. Althoff-Notiz über eine Inspektionsreise nach Königsberg v. 10. 1. 1886) Strack gerade über die so betonte Hebraisten-Kompetenz und seine „Vertrautheit mit jüdischen Schriften“, da dies für Königsberg „gleichgültig“ sei. Dort benötige man jemanden, der den Studenten die theologische Seite des AT nahebringe. Über den sec. loco genannten Leipziger Privatdozenten, den „vermittelnd-konservativen“ (so Jacobys Einstufung, lt. Althoff) Viktor Ryssel, 1849 Reinsberg/Sa.–1905 Zürich, in Leipzig im Bannkreis von Franz Delitzsch, ebd. Prom. 1872 mit einer „pentateuchkritischen Dissertation über den Elohisten“ (BBKL), Oberlehrer NikolaiG ebd., 1878 Habil., 1885 ord. Prof. Leipzig, 1889 ord. Prof. f. AT u. orient. Sprachen Zürich, ließ sich kein griffiges Urteil bilden; tatsächlich auch als „Alttestamentler wenig markant“, einen Namen hatte er hingegen als Kenner der syrisch-christlichen Literatur (BBKL VIII, Sp. 1121 ff.). – Bei 4. Friedrich Baethgen, 1849 Lachem/Hamelns–1905 Rohrbach/Heidelberg, 1878 Habil. f. AT, 1884 ao. Prof. Kiel, 1888 Halle, 1889 Greifswald, 1895 FWU, [Vater des Königsberger (1929–1939) Mediävisten Friedrich B., 1891–1972] war fraglich, ob er ein guter Dozent sei. – 5. Friedrich Eduard König, 1846 Reichenbach/Vogtland–1936 Bonn, Habil. Leipzig 1879, ao. Prof. ebd. 1885, oö. Prof. Rostock 1888, 1900–1921 Bonn; von Fakultät und PrMK grandios unterschätzt und verkannt, obwohl 1886 schon absehbar war, daß man es hier mit dem produktivsten Alttestamentler seiner Zeit zu tun hatte, der zu „fast allem Stellung bezog, was der Zeitgeist herausforderte“, u. a. der entschiedenste Kämpfer gegen die Babylonisierung des AT und der Hauptrufer im

Der Neutestamentler Albert Klöpfer, Jahrgang 1828, war beamteter Extraordinarius seit 1875 und galt als treuer Unionist. Grau schätzte ihn deshalb gering. Er verachtete ihn aber geradezu wegen seiner „exegetischen Selbstverleugnung“ als Paulus-Interpret, weil er wissenschaftlich derart „objectiv“ sein wolle, bis er den weltanschaulich unabdingbaren „Standpunkt“ verliere, und am Ende alles sich in die „Paulinische Subjectivität“ auflöse, „ohne alle objective Realität, wie sie der gemeine Christenglaube voraussetzt“.¹⁵⁹ Vor der Berufung des „Wellhausianers“ Cornill mußte Grau sich also in nächster Nähe bereits der textkritischen Unterminierung seiner heiligsten Überzeugungen erwehren.¹⁶⁰ Klöpfer entwickelte sich allerdings nicht zu seinem Widerpart, da der Neutestamentler erblindete und seit 1884 von Friedrich Zimmer als Ersatzordinarius vertreten werden mußte.¹⁶¹

Als Streiter gegen den Materialismus der Moderne und seine politischen Vollstrecker trat allein August Dorner in Graus Fußstapfen, 1889 als Extraordinarius für Systematische Theologie berufen, 1890 als Ordinarius den Dogmatiker Heinrich Voigt ablösend.¹⁶² Obwohl auch Dorner, anders als Voigt indes nur „milde positiv“,¹⁶³ von konservativer Seite wegen seiner starken religionsphilosophischen, aus der Enge des Lehrgebiets hinausdrängenden Neigungen verdächtigt wurde, sich gar den Anhängern von Egidys und seiner „Gesellschaft für ethische Kultur“ attachieren zu wollen,¹⁶⁴ war er, wie ein Nachrufer mit besserem Recht hervorhob, ein Fels in der Brandung der alles unterpülenden „Historisierung und Psychologisierung der Religion“,¹⁶⁵ wie sie von Albrecht Ritschl ausging, den auch Dorners späterer Fach- und Fakultätskollege Gustav Ecke für einen Zerstörer protestantischer Glaubensgewißheit hielt.¹⁶⁶ „Von all dieser Relativierung, Resignation, Labilität abgestoßen, warf sich Dorner ihr als tapferer und furchtloser Wahrheitskämpfer entgegen“. Doch der „Metaphysiker Dorner“ war Ende des 19. Jahrhunderts bereits „eine einsame Gestalt in der Theologie seiner Tage, die ihm auf die Höhen seiner Spekulation nicht zu folgen vermochte“.¹⁶⁷ Der „geschworene Feind des Historismus“ richtete sich im abgelegenen Königsberg als Epigone religionsphilosophischer Spekulation ein, die ihre

„Bibel-Babel-Streit“ (BBKL IV, Sp. 264–279). König hatte 1882 gerade zwei Bände über den Offenbarungsbegriff des AT vorgelegt, galt dem Referenten Bernhard Weiß aber für so gelehrt wie „langweilig“. – Es blieb also übrig 3. Cornill (s. Catalogus), auch weil er nicht nur auf textkritischem Gebiet zuhause sei.

¹⁵⁹ So Grau 1874, S. 179, in einer Rez. zu Klöpfers Kommentar zum 2. Korinther-Brief.

¹⁶⁰ Obwohl sein Nachrufer anerkennt, Grau, der die „große Gefahr“ der alttestamentlichen Textkritik Wellhausens und seiner Schule ebenso erkannt habe wie die der „Ritschlschen Theologie“, habe doch den Arbeiten des „geliebten jungen Kollegen Cornill“ zuletzt „immer mehr Anerkennung“ gezollt (v. Kügelgen 1894, S. 16 f.).

¹⁶¹ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 18, Bd. IV, unpag.; TheolFak – PrMK v. 14. 7. 1884, Vorschlag, Zimmer zum unbesoldeten ao. Prof. zu ernennen, was mit der Bestallung v. 21. 10. 1884 erfolgte. Aus einem Kurator-Schreiben v. 2. 8. 1886 geht hervor, daß Z. zu diesem Zeitpunkt das übliche Extraordinariensalar von 2.400 M plus 660 M. Wohngeld bezog. Klöpfer hatte im SS. 1883 seine Vorlesungen vorübergehend nicht wegen der fortschreitenden Erblindung eingestellt, sondern wegen seines „angegriffenen Nervenzustands“, ein Übel, das im heraufziehenden „nervösen Zeitalter“ Königsberger Professoren häufiger heimsuchte.

¹⁶² Voigt zog nach Eisenach und starb 1892 in Charlottenburg. Hintergrund der offensichtlich erzwungenen Emeritierung war eine „chronique scandaleuse“, in der Voigt und seine Tochter die Hauptrollen spielten und die „in weitesten Kreisen der Stadt große Erregung hervorgerufen“ habe. Näheres geht aus den Briefen des Kurators, Paul Tschackerts und Hermann Jacobys nicht hervor (GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 18, Bd. V, Bl. 70–75). Der Skandal verhinderte jedoch 1892 die Berufung von Voigts Sohn Heinrich (1860–1933). Voigt jr. war eine zeitlang Hauslehrer in der Familie Max Webers und Schloßprediger in Köpenick, bevor er sich an der AUK 1890 habilitierte. Erst zum WS. 1894/95 glaubte Althoff dessen Berufung auf das zwischenzeitlich von Friedrich Bosse (s. u. Anm. 184) vertretene und kirchengeschichtlich orientierte Extraordinariat riskieren zu können.

¹⁶³ Der Ernennungsvorschlag warb um Zustimmung mit der Versicherung, Dorner sei der „milden positiven Richtung seines Vaters“ zuzuordnen (GStA, Rep. 89, Nr. 21661, Bl. 33–35; PrMK – ZivK v. 17. 12. 1890).

¹⁶⁴ So Zorn – Althoff v. 24. 2. 1896 (GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 205, Bd. II, Bl. 63–65)

¹⁶⁵ Krueger 1920.

¹⁶⁶ Vgl. Ecke 1899.

¹⁶⁷ Krueger 1920.

Hochzeit im Gefolge des von ihm verehrten Schelling seit langem hinter sich hatte.¹⁶⁸ Dorner war sich dieser Randständigkeit durchaus bewußt. Schon seinen Vater, den Königsberger (1843–1847), seit 1862 in Berlin lehrenden Systematiker Isaac August Dorner, sah er in der „skeptischen Hochflut“ nach 1870 versinken. Auch Dorner senior habe „Gottserkenntnis für möglich“ gehalten und sei mit seiner „spekulativen Theologie“, die dem Glauben eine metaphysisch-rationale Basis geben und seine „Vernünftigkeit“ beweisen wollte, in eine Zeit des „banausischen Praktizismus“ geraten.¹⁶⁹ Lernen wollte der Sohn aus dem Schicksal des Vaters offenkundig nicht, da dessen Isolation ihm die einsame Richtigkeit des Unterfangens nur zu bestätigen schien, „die geoffenbarte Religion zugleich als die rationale“ erkennen, die „Vernünftigkeit des religiösen Inhalts“ erfassen zu wollen.¹⁷⁰

Ungeachtet der von Grau und Dorner gehaltenen Bastionen erschien die Fakultät aus dem verzerrenden Blickwinkel konservativer Zeitgenossen Anfang der neunziger Jahre inzwischen leider als „reichlich genug mit Kirchlichliberalen“ besetzt.¹⁷¹ An konservativen, im konkreten Fall völlig unverständlichen Maßstäben gemessen, stand der 1890 berufene, Paul Tschackert ablösende Kirchenhistoriker Karl Benrath (1890–1920) dabei in der ersten Reihe.¹⁷² Schnell bekam er fakultätspolitisch angeblich die Fäden in die Hand, was seine Gegner schon deshalb erboste, weil man ihn für einen Gelehrten und Lehrer kaum zweiter Güte, einen lutherischen Jesuiten und journalistisch ambitionierten „Hetzkaplan“ minnachte, dessen protestantistischer Rigorismus sich wesentlich im unversöhnlichen Anti-Katholizismus erschöpfte. Was die Wahl seines Forschungsschwerpunkts, die Geschichte der Reformation in Italien, ebenso motiviert haben dürfte wie seine Vorliebe für das an Glaubenseifer Wittenberg überflügelnde und daher von ihm so hochgeschätzte „Genfer Reformationswerk“.¹⁷³

Dabei hatte zwischen 1882 und 1901 die politische Führung der Provinz, in Gestalt der drei erkonservativen Oberpräsidenten Albrecht von Schlieckmann, Udo von Stolberg-Wernigerode und – der Sohn des Reichsgründers – Wilhelm von Bismarck, in ihrer Eigenschaft als Kuratoren der Universität, vielfach ihren Einfluß geltend gemacht, um die antiliberalen, „positive Richtung“ in der Fakultät zu stärken. Im oft mühsam zu erzielenden Einvernehmen mit dem im Ministerium für diese Personalien

¹⁶⁸ Vgl. Eilert Herms 1981.

¹⁶⁹ Dorner 1909b, S. 254 f., 311.

¹⁷⁰ Dorner 1907, S. 457.

¹⁷¹ GStA, Rep 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 18, Bd. V, Bl. 149; Pressemeldung aus der *Kreuzzeitung* v. 5. 4. 1894, derzufolge Gerüchte besagten, Graus Lehrstuhl werde an einen Ritschlianer fallen.

¹⁷² Das PrMK hatte Benrath als „maßvoll konservativ“ charakterisiert, in ihm gewinne die Fakultät einen „aufrechten und warmen Freund der Union“ (GStA, Rep. 89, Nr. 21661, Bl. 14–16; PrMK – ZivK v. 14. 3. 1890). Bei dieser Nachfolgeregelung bekam die Fakultät tatsächlich einmal ihren erstplazierten Wunschkandidaten auch genehmigt. Daß der Berliner Gymnasiallehrer und Abaelard-Forscher Samuel Martin Deutsch (1837 Warschau–1909 Berlin, Sohn eines Judenmissionars, von Haus aus altlutherisch, doch Wechsel zur unierten preuß. Landeskirche, seit 1864 Gymnasiallehrer in Berlin, 1885 ao. Prof. f. Kirchengeschichte FWU) sowenig ein ernsthafter Konkurrent war wie der 1887 nach Breslau berufene Königsberger Privatdozent Carl Franklin Arnold, oder der viertplazierte Experte für die Geschichte des Papsttums, Carl Mirbt (1860 Gnadendorf/Schles.–1929 Göttingen), 1888 Habil. Göttingen, 1890 b. ao. Prof. in Marburg, dürfte die Durchsetzung Benraths erleichtert haben (GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 18, Bd. IV, unpag.; TheolFak – PrMK v. 11. 1. 1890, Liste Nf. Tschackert).

¹⁷³ Vgl. Benrath 1900 und auch seine Geschichte der Gustav-Wasa-Stiftung in Ostpreußen, 1894, dort bes. die Darstellung über die Festigung der ev. Diaspora-Gemeinden im katholisch-polnischen Umfeld Westpreußens wie auch die Verdienste um die „Eindämmung“ der vom Ermland ausgehenden katholischen Mission. – Zu Benraths Autokratismus in der Fakultät viele Urteile über den „diabolischen Intrigant[en]“ in den Briefen Zorns an Althoff, bis hin zu der flehentlichen Bitte: „Können Sie uns nicht von Benrath befreien?“ (GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 205 Bd. II, Bl. 90, Zorn – Althoff v. 8. 5. 1897; auch ebd., Bl. 56f. und 63–65, Briefe v. 22. 12. 1895 und 24. 2. 1896).

zuständigen Theologen Bernhard Weiß.¹⁷⁴ Gerade die Nachfolge des im Sommer 1893 plötzlich verstorbenen Grau wollte der Kurator, überzeugt, den einzigen Widerpart gegen die Vertreter „mehr oder weniger negativer Richtung“ verloren zu haben, zwar „nicht speziell lutherisch“, aber unbedingt „positiv“ geregelt wissen. Eine Forderung, die die Mehrheit der Provinzialsynode, des ostpreußischen „Kirchenparlamentes“, mit einer „Massenpetition“ ans Ministerium unterstützen wollte.¹⁷⁵ Da die darauf erfolgte Berufung des Heidelberger orthodoxen Systematikers Ludwig Lemme scheiterte,¹⁷⁶ entsprach die interimistische Verwaltung des Lehrstuhls mit dem Greifswalder, vom „Bibliisten“ Hermann Cremer fürs Leben geprägten Privatdozenten Erich Schaeder (1894/95) dann noch ganz,¹⁷⁷ die Berufung des Marburger Neutestamentlers und Weiß-Schülers Ernst Kühl (1895–1910), Schwiegersohn des einstigen Königsberger Neutestamentlers David Erdmann, indes kaum halb den Wünschen dieser „positiven“ Lutheraner.¹⁷⁸ Tatsächlich rechneten Liberale wie sein späterer Göttinger Kollege Tschackert Kühl aber gar nicht zu den ihren, sondern reichten ihn unter die „Positiven“ milder Observanz ein.¹⁷⁹

¹⁷⁴ Den für die Theologischen Fakultäten zuständigen Referenten im Ministerium, dem aus Ostpreußen stammenden, an der Albertina habilitierten, seit 1877 in Berlin Systematische Theologie lehrenden Bernhard Weiß, verband ein, wie der amtliche Briefwechsel und viele Marginalien von Weiß dokumentieren, sehr „kurzer Draht“ mit Althoff: dieser legte vor, Weiß nahm Stellung, und Althoff führte entsprechend aus. Weiß gehörte von 1880 bis 1899 dem PrMK an, war Kollege und Referent Althoffs, dem als Juristen die „Personalien der theologischen Fakultäten fremd“ gewesen seien und der „meist meinem Urteil folgte“, wie Weiß in seinen Erinnerungen berichtet (1927, S. 182).

¹⁷⁵ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 18, Bl. 95; Kurator – PrKM v. 22. 10. 1893, gegen den ihm unbekannt, von der Fakultät unico loco gesetzten Kieler Neutestamentler Emil Schürer (1844 Augsburg–1910 Göttingen). Schürer, 1869 Habil. f. nt. Exegese Leipzig, 1878 oö. Prof. Gießen, 1890 Kiel, 1894 Göttingen, Begründer der *Theologischen Literatur-Zeitung*, habe schon in jungen Jahren die Förderung des Protestantismus freudig begrüßt, wie sie von Ritschls Theologie ausging, weil sie ihn kraftvoll auf seine einfachsten Elemente reduzierte – so sein Freund Adolf Harnack in einem Nachruf (1911, S. 343). Den Protest der Provinzialsynode formulierte deren im Herbst 1893 gerade neugewählter Präses, der Staatsrechtler Zorn, in einem Brief an Althoff v. 5. 11. 1893 (GStA w.o., Bl. 121). Zorn, Kurator v. Stolberg und ihr Anhang in der ostpreußischen Synode hätten zu gern den scharfen Ritschl-Kritiker, den Heidelberger Systematiker und Dogmenhistoriker Ludwig Lemme (1847–1927), nach Königsberg gezogen. Vgl. GStA, VI. HA, B Nr. 205, Bd. I, Bl. 80 f.; Zorn – Althoff v. 26. 12. 1893.

¹⁷⁶ GStA, Rep. 76Va, Sek. 7, Tit. IV, Nr. 23, Bd. I, Bl. 66 f.; dort Abschriften eines Briefwechsels zwischen Lemme und dem Königsberger Kirchenhistoriker Friedrich Bosse, Februar/März 1894. Lemme erwähnt die Ablehnung nur kurz und deutet an, daß er in der Königsberger Fakultät kein ihm genehmes Umfeld gesehen habe. Was nicht verwundert, da er seinerseits Bosse mit der Begründung nach Heidelberg ziehen wollte, eine „weitere gläubige Kraft in die Fakultät“ zu bringen, um „gegen den öden und geistlosen Liberalismus, der bei uns die Gemeinden verwüster, dem lebendigen Christusglauben zur Durchsetzung zu verhelfen“ (Brief v. 6. 3. 1894).

¹⁷⁷ GStA, Rep. 76Va, Sek. 7, Tit. IV, Nr. 23, Bd. I, Bl. 61; PrKM – EOK v. 12. 3. 1894: „Um die theologische Fakultät der Universität Königsberg nach der positiven Seite zu ergänzen“, sei beabsichtigt, Schaeder die Vertretung des Grau-Lehrstuhls zu übertragen. – Den großen Einfluß Cremers, ja die stets bewahrte „tiefste Verbindung“ mit dessen Theologie, bezeugt Schaeder in seiner Autobiographie, 1926, S. 208. Rückblickend schien er auch zu bedauern, daß er als junger Student in den 1880ern nicht wie Cremer Adolf Stoecker unterstützt hatte, obwohl er die politische Krisendiagnose der beiden konservativen Theologen offenbar teilte, derzufolge das „preußisch-deutsche Staatsgefüge“ vom „demokratischen Fortschrittswesens“ und „demokratischen Sozialismus“ mit einer „Skrupellosigkeit unterwühlt“ worden sei, wie man sie nur von der „Politik der vatikanischen Kurie“ kenne (Schaeder 1926, S. 199).

¹⁷⁸ Komme Schaeder von Königsberg fort? Und werde Kühl Nachfolger Graus? Sein flehentliches Bitten in dieser Sache sei dann vergeblich gewesen, wenn beide Fragen zu bejahen seien. So Zorn an Althoff, zugleich orakelnd, daß wohl ein neuer Wind im Ministerium wehe und Vermittlungstheologen wie Referent Weiß dort das Heft in die Hand bekommen hätten (GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 205 II, Bl. 18; Schreiben v. 13. 3. 1895).

¹⁷⁹ GStA, Rep. 76Va, Sek. 6, Tit. IV, Nr. 5, Bd. IV, Bl. 56–82; dokumentiert den Konflikt zwischen den Liberalen (Tschackert, Titius, Knoke) der Göttinger Fakultät und den von der hannoverschen Landeskirche unterstützten Orthodoxen (Bonwetsch, Althaus sen.) im Frühjahr 1910. Das PrMK berief den „positiven“ Kühl als Kompro-

Den stereotypen Forderungen der Kuratoren nach „positiven“ Theologen war allerdings 1885 mit der Berufung des Königsberger Pfarrers Friedrich Zimmer auf das neutestamentliche Extraordinariat Genüge getan worden.¹⁸⁰ Und als der 1890 die Leitung des Theologischen Seminars in Herborn übernahm, setzten sie sich mit der Wahl des aus Marburg geholten Adolf Link erneut durch.¹⁸¹ Link, der, wie schon Zimmer, auf seinem Posten den Ausfall des seit 1885 erblindeten Albert Klöpffer kompensieren sollte, war selbst infolge Krankheit bald nicht mehr voll einsatzfähig, ließ sich 1897 beurlauben und starb im Juli 1899. Aus der orthodoxen Cremer-Schule Greifswalds stammend, vertrat ihn Johannes Dalmer, an den Martin Schian sich noch nach einem Menschenalter als „sehr konservativ“ erinnerte.¹⁸² Dank passender Gesinnung auf dem „kleinen Dienstweg“ zwischen Althoff und Cremer rasch nach Königsberg delegiert, mußte er dort aber, wie Ministerialreferent Weiß auf einer Inspektionsreise festhielt, mangels „wissenschaftlicher Selbständigkeit“ zum Ende des WS. 1899/1900 wieder abgezogen werden.¹⁸³ Gleichfalls wohl, wie ausdrücklich im Fall Schaeders, um die Fakultät nach der „positiven Seite zu ergänzen“, erging ein Vertretungsauftrag für den erst 1891 in Greifswald habilitierten Kirchenhistoriker Friedrich Bosse, den Sohn des preußischen Kultusministers, der aber, in Königsberg kränkelnd, keine definitive Bestallung anstrebte und nach nur drei Semestern einem Ruf nach Kiel folgte.¹⁸⁴ Heinrich Gisbert Voigt, Sohn des 1890 überstürzt emeritierten Königsberger Systeme-

mißkandidaten, weil man weder die Liberalen mit deren Marburger Favoriten Heitmüller und Jülicher, noch die Konservativen, die sich den Ultra Alfred Seeberg (Rostock) als Nachfolger Emil Schürers wünschten, stärken wollte. – Zur dogmatischen Position Kühls vgl. seine Breslauer Habilschrift über die Heilsbedeutung Christi (Kühl 1890) sowie, mit schärferem Profil, die in Friedrich Kropatscheks Reihe „Biblische Zeit- und Streitfragen“ aufgenommene, gegen die religionshistorische Entwertung der Messianität Jesu gerichtete, ihre „Unableitbarkeit“ verteidigende Schrift über ‚Das Selbstbewußtsein Jesu‘ (Kühl 1907).

¹⁸⁰ GStA, Rep. 76Va, ... Nr. 18, Bd. V, Bl. 1 f.; TheolFak. zum Abgang nach Herborn zum SS. 1890, dabei rückblickend Zimmer, von 1884 bis 1888 als 2. Pfarrer am Diakonissenhaus des BarmherzigkeitsKHS in Königsberg tätig, würdigend als der „Ev. Union von Herzen zugetan“ und „biblisch positiv“; er sei Hg. der Reihe „Bibliothek theol. Klassiker“ und der kirchen-musikalischen Zs. *Halleluja. Organ für ernste Hausmusik* (1879–1886). – Zimmer knüpfte in Herborn enge Beziehungen zu Friedrich Naumann, setzte sich lange für die 1896 erfolgte Gründung des „National-sozialen Vereins“ ein und gehörte auch zum ersten Redaktionsausschuß von Naumanns *Hilfe*, um publizistisch das „Volk- und Gemeinschaftsbewußtsein“ zu heben, trennte sich dann aber von Naumann, weil sein „nationaler Sinn“ ihn hinderte, den Weg vom „Verein“ zur „Fortschrittlichen Volkspartei“ mitzugehen (M. Berger 2005, Sp. 1591 f.).

¹⁸¹ Ebd., Bl. 11; Berufung zum SS. 1890.

¹⁸² Schian 1940, S. 24 f., der bei dem damals jüngsten Greifswalder PD im WS. 1888/89 hörte. Dalmers Hochschulkarriere sei später an „mangelndem Lehrgeschick“ und der „Spärlichkeit der wissenschaftlichen Produktion“ gescheitert. Die einzige größere Arbeit war eine Studie über ‚Die Erwählung Israels nach der Heilserkündigung des Apostels Paulus‘ (1894), die sich darauf beschränkt, den „Gedankengang“ von Röm. 9–11 nachzuzeichnen. Dalmers wohl letzte Publikation ist eine Rez. zu Rudolf Ottos, *Leben und Wirken Jesu* (1902), die die Darstellung des liberalen Theologen als „billige Heldenverehrung“ verwirft (Dalmer 1903).

¹⁸³ GStA ..., Nr. 18, Bd. V, Bl. 262 f.; Weiß – Althoff v. 3. 11. 1899.

¹⁸⁴ Daß der junge Bosse sich bereits einen Ruf als Orthodoxer erworben hatte, ergibt sich aus Lemmes Bestreben, ihn in Heidelberg gegen den „öden und geistlosen Liberalismus“ in Stellung zu bringen (s.o. Anm. 176). GStA, Rep. 76Va, Sek. 7, Tit. IV, Nr. 23, Bd. I, Bl. 49; PrMK – Bosse v. 4. 7. 1892, Vertretungsauftrag zum WS. 1892/93. Es handelt sich um das systematische Extraordinariat Dorners, das fortan mit einem Kirchenhistoriker besetzt wurde. Ferner ebd. Bl. 63; PrMK – Kurator AUK, wo es heißt, man habe Bosse „aus Gesundheitsrücksichten“ zum 1. 4. 1894 vom Vertretungsauftrag entbunden. Bosse hatte im WS. 1893/94 gar nicht mehr gelesen, da man am 12. 10. 1893 im Ministerium vermerkt, er sei aus gesundheitlichen Gründen – sein Berliner Arzt hatte ihm das Königsberger Klima „verbotten“! – an der Lehrtätigkeit gehindert (GStA ..., Nr. 18, Bd. V, Bl. 92). Zum WS. 1894/95 erfolgte dann die Berufung nach Kiel als Nf. Otto Ritschls (GStA ..., Sek. 7, Nr. 23, Bd. I, Bl. 66 und ebd., Sek. 9, Tit. IV, Nr. 9, Bd. III, Bl. 101–109; Liste Nf. Ritschl). Bosse stand neben dem Leipziger Karl Thieme primo loco, vorgeschlagen als „kirchlich positive“ Kraft. Vielleicht auch als Trostpflaster für die nordelbischen Lutheraner

matikers, stand in ähnlich „positivem“ Ansehen wie Bosse, übernahm dessen Amt zum WS. 1894/95 und fand nach altkirchlichen Studien bis zu seiner Wegberufung nach Kiel (1899) Geschmack an der Frühgeschichte des Christentums im altpreußischen Raum.¹⁸⁵

Als Geländegewinn mußte im „positiven“ Kreis Zorns auch die Handhabung der Nachfolge des Alttestamentlers Cornill verbucht worden sein. Cornill, obwohl sich selbst als „alter Hugenott, streng confessionell reformiert“ bezeichnend, rechnete man in diesem Lager schon deshalb zu den Liberalen, weil er, zuletzt in der westpreußischen Provinzialsynode, leidenschaftlich für die Freiheit gerade seiner Wissenschaft gegenüber kirchlichen Lehrmeinungen eintrat.¹⁸⁶ Die Berufung seines Nachfolgers, des Greifswalder Wellhausen-Schülers Friedrich Giesebrecht (1898–1910),¹⁸⁷ den Althoffs Informant ihm als einen Dozenten „von entschieden altpreußisch-konservativer Richtung“ ans Herz legte, bedeutete darum nicht nur kirchenpolitisch wiederum einen Ruck nach rechts.¹⁸⁸ Auf der Linie der Berufung

gedacht, die soeben die Berufung Otto Baumgartens skandalisiert hatten, der ihnen als obsessiv Liberaler für Jahrzehnte ein Stein des Anstoßes blieb. – Von Kiel erfolgte zum WS. 1899/1900 Bosses Berufung nach Greifswald, wo er sich 1904 als „nervös leidend“ beurlauben ließ (ebd., Sek. 7, Tit. IV, Nr. 19, Bd. VI, unpag.). Aufschlußreich eine für Althoff bestimmte vita (ca. 1895), die in seine „innere Entwicklung“ Einblick gewährt. Demnach erlitt der Konfirmand Adolf Stoeckers, im Elternhaus religiös behütet aufgewachsen, „im Zeichen Tholucks“, während seines ersten Berliner Semesters 1882/83 unter dem Eindruck „der Lektüre von Eugen Dührings Schriften“ und der Beschäftigung mit John Locke seinen „religiösen Bankrott“. Er pflegte „Umgang mit Atheisten“, aber infolge „innerer Verwahrlosung“ keinen „Gebetsumgang“ mehr „mit Gott“, den er einige Zeit „in der That verloren hatte“. Wegen dieser Glaubenskrise gab er das theolog. Studium auf, wandte sich Treitschke zu, promovierte bei diesem 1887, tastete sich dann wieder an die Theologie heran. Unter dem Einfluß der Greifswalder Orthodoxie wurde die Krise überwunden. Nicht dauerhaft, da Bosse 1904 ja ausschied, vielleicht bedingt durch jene „Nervosität“, die der frühe, Glaubenszweifel wiederbelebende Tod seines Sohnes (1898) hervorrief (vgl. Vita u. Briefe von Bosse jr. 1892–1905, in: GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 16/I). Althoff versuchte, ihm durch eine Beschäftigung im PrMK neues „Selbstvertrauen“ zu geben und fädelte ihn 1904 in Marburg in den Bibliotheksdienst ein. Zum 1.1.1909 wurde er stellv. Direktor der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen, wo er bis zu deren Übernahme durch die neuen polnischen Herren im Frühjahr 1919 ausharrte. „Unabhängig von den Wolken, die so plötzlich über Volk und Staat heraufgezogen sind“, wie er im Oktober 1918 schrieb, hatte er das Posener Amt stets als „Qual“ empfunden und sich schon in der Vorkriegszeit weggesehnt (GStA, Rep. 76Vd, Sek. 23, Nr. 6b, Bd. I, unpag.; F. Milkau, Direktor UB Breslau – PrMK v. 20.9.1918 zu Person und Werdegang Bosses sowie Bosse – PrMK v. 16.10.1918).

¹⁸⁵ Vgl. seine erschöpfende Monographie über den 997 auf seiner ersten Missionsreise ins Samland getöteten Bischof Adalbert von Prag, Voigt 1898. In Kiel stand Voigt hinter Lezius sec. loco, wurde aber wie der Greifswalder Privatdozent von den ein Separatvotum einreichenden Liberalen Baumgarten und dem Kirchenhistoriker Hans v. Schubert abgelehnt (GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 9, Bd. III, Bl. 236–239; Liste Nf. Bosse v. 22.6.1899 u. Separatvoten).

¹⁸⁶ GStA ..., Nr. 18, Bd. V, Bl. 203; Sonderdruck seiner Rede aus den *DanzNN* v. 30.10.1896, die sich gegen eine Art „Maulkorbberlaß“ richtete, der Theologieprofessoren untersagen sollte, ihre Forschung in die Lehre umzusetzen und so den Nachwuchs zu „verderben“.

¹⁸⁷ Ebd., Bl. 219; Liste Nf. Cornill v. 5.8.1898: 1. Fr. Giesebrecht (s. Catalogus). – 2. Viktor Ryssel (s.o. Anm. 158). – 3. Heinrich Holzinger (1863 Langenburg/Württ.), 1889 Repetent am Tübinger Stift, seit 1893 im Pfarramt, 1910 Prof. KarlsG Stuttgart, 1917 I. Münsterpfr. Ulm, 1922 Prälat Ludwigsburg; obwohl außerhalb der Universität wirkend, wissenschaftlich sehr produktiv, 1893: Einleitung in den Hexateuch, 1898 gerade mit einem ‚Hand-Commentar‘ zur Genesis hervorgetreten. – Auf Ablehnung Jacobys und Dorners stieß der Vorschlag, Max Löhr auf die Liste zu bringen, weil man Giesebrecht für „weitaus bedeutender“ einstufte und ihn aus Greifswald herausholen wollte, wo er „unangebracht kaltgestellt“ worden sei. Die Breslauer hatten ihren Extraordinarius hingegen ohne Bedenken für das durch Rudolf Kittels Berufung nach Leipzig frei gewordene Ordinariat vorgeschlagen und ihm (2.) Cornill sowie (3.) Giesebrecht nachgeordnet. Berufen wurde dann aber zum WS. 1898/99 der Königsberger Ordinarius Cornill (GStA, Rep. 76Va, Sek. 4, Tit. IV, Nr. 32, Bd. V, Bl. 281 f.; Liste Nf. Kittel v. 4.7.1898).

¹⁸⁸ Ebd., Bl. 232; Friedrich Kropatscheck (1875 Wismar–1917 Breslau, seit 1904 ebd. b. ao., 1907 oö. Prof. f. Syst. Theologie) – Althoff undat. (Herbst 1898). Der Absender, habilitierte sich 1899 [!] in Greifswald. Mit Lezius

Giesebrechts lag dann 1900 auch die des Anti-Ritschlianus Gustav Ecke, der bald nach seiner Ankunft vom neustamentlichen Extraordinariat Links auf ein Ersatzordinariat rückte, um den vom ostpreußischen Klima gepeinigten Dörner zu unterstützen.¹⁸⁹ Der damit freigewordene NT-Lehrstuhl fiel zum SS. 1901 allerdings wieder an einen Liberalen, an den in der „Religionsgeschichtlichen Schule“ Göttingens erzogenen Kirchenhistoriker Hans Achelis, der vornehmlich die „christliche Archäologie“ abdecken sollte.¹⁹⁰ Mit ihm zusammen, auf Voigts kirchenhistorisches Extraordinariat, wechselte jedoch abermals ein Greifswalder, wenn auch nicht durch Cremer, sondern eher vom „vermittlungstheologisch“ eingestellten Alexander von Oettingen beeinflusst und ursprünglich von der Dorpater Theologie herkommender Dozent, Friedrich Lezius, an die Albertina.¹⁹¹ Kurz vor und während des Ersten Weltkriegs entpuppte er, der sich früh mit dem „politischen“ Luther befasst und der die „Aktualität“ des Reformators mit Blick auf die „soziale Frage“ überprüft hatte,¹⁹² sich als der rabiateste Alldutsche unter Königsbergs Akademikern – in offenbar zwangsläufiger Konsequenz seines Außenseitertums wie üblicher Erfahrungen mit der zaristischen Russifizierungspolitik im Baltikum.¹⁹³ Lezius ließ kaum Nei-

seit Greifswalder Studienjahren befreundet, ab 1905 Herausgeber der Broschüren-Reihe *Biblische Zeit- u. Streitfragen*, einem Sammelbecken des protestantischen Konservatismus. Sowie ebd., Bl. 233, an Althoff die Auskunft des Greifswalder Ord. für Syst. Theol. und NT, Hermann Cremer (1834–1903), eines bedeutenden Kirchenpolitikers der extrem „positiven“ Richtung, v. 15. 9. 1898, den Ministerialrat beruhigend: Giesebrecht stehe zum Christentum des NT „ganz anders“ als Wellhausen und beklage dessen „Entwicklung“, d. h. dessen Entfernung von Glauben und Kirche (vgl. zu Wellhausen: Smend 1989, S. 108). Im Vorschlag, Giesebrecht zum ord. Honorarprofessor zu befördern, war die Fakultät noch bedenklicher gewesen, da seine Jesaja-Arbeit von 1890 sich auf einen „ziemlich freien kritischen Standpunkt“ gestellt habe, mit dem die „streng positive Greifswalder Fakultät“ aber leben könne (GStA, Rep. 76Va, Sek. 7, Tit. IV, Nr. 19, Bd. VI, unpag.; an PrMK v. 22. 6. 1895). – Zu Cremer vgl. Hildebrandt 2006.

¹⁸⁹ GStA, Rep. 76Va, Sekt. 11 ..., Bd. V, Bl. 288 und Bl. 293; Anmeldung Ersatzord. v. 23. 8. 1900 und Mitteilung, dies bereits mit Ecke besetzt zu haben. Dies verwirrt, denn die einzige freie Stelle, in die Ecke bei seinem Wechsel im Februar 1900 einrücken konnte, war das beamt. Extraord. von Link, das seit 1898/99 krankheitsbedingt vertreten wurde von Johannes Dalmer. Seinen LA nicht zu verlängern, hatte das PrMK Ende 1899 entschieden (s. o. Anm. 183). Eine Berufungsliste findet sich nicht in den Akten. Ecke wurde also offensichtlich oktroyiert. Im Bestallungsvorschlag für das Ersatzordinariat Syst. Theol. (auch hierzu ist keine Liste der Fakultät vorhanden) heißt es, daß er Ritschl-Gegner sei, über Erfahrungen in der Inneren Mission verfüge, vornehmlich auch in „Arbeitergegenden“ und man in ihm einen „Theologen der positiven Theologie“ gewinne (GStA, Rep. 89, Nr. 21662, Bl. 119f.; Vorschlag Kurator AUK v. 16. 8. 1900). Die Ernennung erfolgte am 20. 8. 1900, die Anmeldung zum Ersatzord. erst drei Tage später (s. o.)!

¹⁹⁰ Ebd., Bl. 313; Vereinbarung mit Achelis zum 1. 4. 1901.

¹⁹¹ Ebd., Bl. 316; Vereinbarung mit Lezius zum 1. 4. 1901. Weiß hatte Lezius bereits am 27. 7. 1899 der Fakultät als Nachfolger empfohlen (ebd., Bl. 259). Die Vorschlagsliste v. 6. 10. 1899 ignorierte dies aber und nannte 1. H. Achelis (Göttingen, s. Catalogus). – 2. Karl Holl, 1866 Tübingen–1926 Berlin, seit 1891 Repetent am Tübinger Stift, 1894 an der PrAkW, 1896 Habil. f. Kirchengeschichte FWU, 1906 aus Tübingen wieder nach Berlin, der bedeutendste Kirchenhistoriker seiner Zeit, Inspirator der „Luther-Renaissance“. – 3a. Karl Gerold Götz (1865 Basel–1944 ebd.), 1898 Habil. Basel, 1915 ao., 1917 ord. Prof. ebd., 1896: *Das Christentum Cyprians*, 1904: *Die Abendmahlsfrage in ihrer geschichtlichen Entwicklung*. – 3b. Georg Grützmacher, 1866 Berlin–1939 Münster, 1893 Habil. Heidelberg, 1896 ao. Prof. ebd., 1893–1914 Repetent TheolFak. ebd., 1914–1935 öö. Prof. Münster, Hauptwerk: *Hieronymus. Eine biographische Studie*, 3 Bde., 1901/08. – Lezius, der 1899 primo loco als solider Lutherkenner, der es verstehe, Kirchengeschichte im „engsten Zusammenhang“ mit der allgemeinen Geschichte vorzutragen, auf einer Kieler Liste stand (GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 9, Bl. 236; Liste Nf. Bosse v. 22. 6. 1899), wurde also nach über einjähriger Vakanz einfach oktroyiert. Mit Benrath als Ordinarius, Achelis und Lezius als beamteten ao. Prof., war die Kirchengeschichte an der kleinen Fakultät damit zweifellos „überbesetzt“.

¹⁹² Vgl. Lezius 1891a+b und 1898b.

¹⁹³ Siehe Catalogus über die Verhinderung der akademischen Karriere in Dorpat. – Ungewöhnlich aggressive, alldutsche Töne schlug Lezius bereits in Greifswald an, wie dem PrMK zugeschickte Pressemeldungen über eine Versammlung von Professoren und Studenten vorwiegend der Theol. Fak. im August 1900 belegen. Vor 100 Zuhörern hatte der Kirchenhistoriker für „strengste Mittel“ im Kampf gegen die preußischen Polen plädiert – das

gung erkennen, als Kirchenhistoriker seine Erfüllung finden zu wollen, publizierte aufreizend wenig, nutzte die so gewonnene Zeit aber bis 1914 auch nicht, um sich etwa kirchenpolitisch, über gelegentliche Wortmeldungen als rechter Flügelmann im Evangelisch-Sozialen Kongreß hinaus, oder allgemein-politisch, außerhalb der Königsberger Ortsgruppe der Alldeutschen, kräftiger zu profilieren.¹⁹⁴

Walther Hubatsch glaubte, das „hohe Maß an Gediegenheit und Tüchtigkeit“ loben zu müssen, das die Theologische Fakultät um 1900 ausgezeichnet und ihr einen beachtlichen Rang unter den deutsche Universitäten gesichert habe. Da sich trotz personeller Verjüngung ihr wissenschaftliches Renommé nicht tiefgreifend verbesserte, mag man dieses Urteil für krass falsch halten. Aber auch eine derart abwegige Einschätzung wahrt einen Rest von Realitätsbezug, wenn Hubatsch zugleich unvermittelt eingesteht, daß die Fakultät ihre „einstmals führende Rolle ausgespielt“ habe. Säkularisierungstendenzen und der naturwissenschaftlich-technische „Positivismus“ hätten die Theologie nicht nur in Königsberg zu einer „exklusiven Beschäftigung“ gemacht.¹⁹⁵

2.2.2. Die Juristische Fakultät¹⁹⁶

Rückzugsstellungen im Kampf gegen die Moderne wie die Theologen bezogen auch die Juristen, obwohl sie als Verteidiger der 1871 geschaffenen politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse zeitgemäßer wirkten als manche der voraufklärerisch anmutenden Lutheraner, die sich zumal als Wis-

sei „moralisch berechtigter Barbarismus“. Die polnische Presse solle man verbieten, ihre Vereine auflösen, die Reichsverfassung sei zuungunsten der polnischen Bürger zu ändern, damit man sie auf das „Niveau von Heloten“ herabdrücken könne. Die *Schlesische Volkszeitung* (SPD) wollte darin eine „offene Verhöhnung christlicher Nächstenliebe“ erkennen (GStA, Rep. 76Va, Sek. 7, Tit. IV, Nr. 19, Bd. VII, unpag.; Presseauschnitt v. 12. 8. 1900).

¹⁹⁴ So wie dem Gelehrten Lezius die ununterdrückbare politische Leidenschaft im Wege stand, so behinderten den akademischen Lehrer charakterliche und selbst körperliche Eigenheiten/Anomalien, die ihn, neben dem Germanisten Uhl (s. u., S. 313 f.), in Königsberg schnell zum „Sonderling“ stempelten. Der Hofprediger Bruno Doehring erinnert sich seiner, ohne ihn namentlich zu nennen, daher – noch recht milde – als eines „köstlichen Original[s]“, als eines Gelehrten von „erstaunlichem Wissen“ und einer „gefährlich scharfen Zunge“, aber auch eines exzentrischen Junggesellen mit gesellschaftlich gerade noch tolerierten anarchischen Verhaltensweisen (Doehring 1952, S. 41–44). Als die Greifswalder Fakultät Lezius 1906 sec. loco für Bosses Extraordinariat vorschlug, vergaß man nicht den Hinweis auf seine „persönlich jedoch etwas auffällige Eigenart“ und, sehr höflich, seine „methodisch nicht ausgereifte Lehrweise“ (GStA, Rep. 76Va, Sekt. 7, Tit. IV, Nr. 19, Bd. VIII, unpag.; Liste Nf. Bosse v. 28. 2. 1906). Ministerialreferent Weiß, der 1895 persönlich seine „Lehrwirksamkeit“ überprüfte, war weniger zurückhaltend: Ein Balte mit prononciertem Dialekt, den Kopf in sein Heft vertiefend, stockend vortragend, ständig den Faden verlierend und sich selbst durch anti-päpstliche Seitenhiebe erfreuend (ebd., Bd. VI, unpag.; Bericht Weiß v. 14. 2. 1895).

¹⁹⁵ Hubatsch 1968a, S. 405.

¹⁹⁶ Von „Forschung“ zur Geschichte dieser Fakultät läßt sich kaum reden. Prosopographischen Wert hat Prutz 1894, während v. Selle 1944 nur Marginales beisteuert, ebenso Hubatsch 1964. Die Sammlung von Rauschning/v. Nerée 1994 enthält erstmals Beiträge, die über solche Kurzmitteilungen hinausgehen, nämlich die biographischen Aufsätze zu Sietze, v. Simson (G. Pfeiffer), Laband (W. Pauly) und Dahn (Willoweit 1995a). Die Skizze Willoweits zur Fakultätsgeschichte seit 1544 (auf 16 Seiten!) erübrigt für das 19. Jh. nur ein paar Zeilen, die sich zudem darin gefallen, Felix Dahn, den Verfasser eines „historischen Abenteuerroman[s]“, rechtsuniversalistisch zu schurigeln, weil die Nation bei ihm Ursprung und Maßstab „des Rechts“ gewesen sei, das nicht mehr „im vorgegebenen [von wem?] Normensystem“ wurzle. Dahn habe so mitgewirkt, jene Mentalität zu formen, „die das große Massensterben seit 1914 erst ermöglichte“ (1995b, S. 187 f.). Gegen solche ahistorische Geschichtsteologie: Viel 2009, S. 19 f., 334. Einiges Material zur Fakultätsgeschichte bis 1860 liefert Bernhard von Simsons Biographie seines Vaters Eduard von Simson (1900), konzentrierter dazu der Aufsatz Bernd-Rüdiger Kerns, 2001. Für die 1850er Jahre die akribische, bei B.-R. Kern entstandene Leipziger Diss. Bettina Scholzes über den Deutschrechtler Otto Stobbe (1831–1887), der der Fakultät von 1855 bis 1859 angehörte, 2001, S. 24–32, 42–50.

senschaftler von den drei anderen Fakultäten behandelt fühlten wie „Collegen zweiter Classe“ (Cornill) und die schon in den siebziger Jahren auf den Mediziner Naunyn den Eindruck einer „Sammlung merkwürdig unbedeutender Männer“ gemacht hatten, die als „minderwertig“ behandelt und über Jahrzehnte hinweg für unwürdig befunden worden seien, den Rektor stellen zu dürfen.¹⁹⁷

Dagegen schienen die Juristen im Aufwind. Gerade das öffentliche Recht wurde zum „Instrument nationaler und imperialer Politik“, seine Vertreter stiegen folglich auf als „Exzellenzen, Kronsyndici, nobilitierte Mitglieder der Ersten Kammern, gesuchte Gutachter der Regierungen und der Fürstenhäuser“.¹⁹⁸ Was nicht hieß, daß sich nach 1871 die enge Verbindung zwischen öffentlich-rechtlicher Literatur und der Tagespublizistik löste, die die Fachgeschichte vor und nach 1848 bestimmte.¹⁹⁹ Die spätkonstitutionelle Staatsrechtslehre war insoweit wirklich keine „positivistische Wüste“, in der Professoren nur als Notare des Gesetzgebers fungiert hätten.²⁰⁰ Auch als „Exzellenzen und Kronsyndici“ waren sie sich nicht zu vornehm, um im politischen Tageskampf mitmischen zu wollen.

Zwischen preußischem Verfassungskonflikt und Reichsgründung herrschte, wie überall in der Provinz Preußen, so auch in der kleinen Juristischen Fakultät der linksliberale „Freisinn“. Der fand seinen Wortführer in dem jungen Vertreter des „Criminalrechts“, Richard Eduard John, einem Westpreußen aus Marienwerder, der auf der Höhe des Verfassungskonflikts im Mai 1862 für die Fortschrittspartei ins preußische Abgeordnetenhaus einzog, dort sich aber 1866 zu den rechtsliberalen Abtrünnigen schlug, die sich in der Nationalliberalen Partei sammelten.²⁰¹ Dieser Positionswechsel war für die Verschiebung der politischen Gewichte in Preußen bezeichnend, die sich im personellen Wandel der Fakultät getreulich widerspiegelt. Auf John, der 1868 nach Kiel ging und der mit seinem ‚Entwurf nebst Motiven zu einem Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund‘ (1868) letztlich erheblichen Einfluß auf das Reichsstrafgesetzbuch (1871) nahm, folgte der Königsberger Stadtgerichtsrat Karl Eduard Güterbock, den der Oberpräsident und Kurator Eichmann mit Nachdruck auf den Lehrstuhl empfahl, um in Fakultät und Generalkonzil einen Ordinarius zu wissen, den er als Mann mit „correcten politischen Grundsätzen“ schätzte.²⁰² „Correct“ im Sinne der Politik des preußischen Ministerpräsidenten fiel auch die Ablösung des 1861 auf den deutschrechtlichen Lehrstuhl berufenen, schon in ihren er-

¹⁹⁷ Vgl. die Beschwerde des Alttestamentlers Cornill darüber, daß 1895 wieder einmal von den Juristen, Philosophen und Medizinern vereitelt worden sei, einen Theologen zum Rektor zu wählen. Mit Ausnahme Graus (1889) sei dieses Amt seit 1842 niemals mehr an einen Theologen gefallen (GStA w. o., Bl. 170 f.; Cornill – Althoff v. 12. 1. 1895). – Vgl. a. Naunyn 1925, S. 270, der unter den Mediokren Graus als Ausnahme sah. Doch der sei ein „arger Eiferer“ gewesen, der an den leibhaftigen Teufel geglaubt habe, dem er sogar persönlich begegnet sein wollte. – Zorn spottete, vor die Wahl gestellt, den Chirurgen Braun oder Jacoby, den Vertreter der praktischen Theologie, zum Rektor zu küren, brauche er mit sich nicht lange zu Rate zu gehen: „Jacoby kann ich nicht wählen, er ist mir wissenschaftlich und als Character zu kümmerlich“ (GStA, VI. HA, NI. Althoff, B Nr. 205, Bd. II, Bl. 1; Zorn – Althoff v. 7. 1. 1895).

¹⁹⁸ Stolleis 1992, S. 349 f.

¹⁹⁹ Ebd., S. 299, zur Kennzeichnung der „verfassungspolitischen Turbulenzen“ zwischen 1848 und 1866, die sich nachteilig auf die „wissenschaftliche Pflege“ des öffentlichen Rechts ausgewirkt hätten – ein Urteil, das eine recht naiv-idealistische Auffassung Stolleis' von der „Autonomie“ der Staatsrechtslehre wiedergibt.

²⁰⁰ Ebd., S. 350.

²⁰¹ John, 1853 in Königsberg habilitiert und per Hausberufung 1859 ord. Prof., gab 1867 sein Mandat auf. 1863 hatte er mit einer ‚Kritik des preußischen Gesetzentwurfs über die Verantwortlichkeit der Minister‘ in den Federkrieg eingegriffen, den 1862 Bismarcks Konflikt mit dem Abgeordnetenhaus ausgelöst hatte.

²⁰² GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 19, Bd. III, unpag.; Kur. – PrMK v. 31. 5. 1865 betr. den Fakultätsantrag, Laband und Güterbock zu Ordinarien zu befördern. Güterbock habe den wegen seiner parlamentarischen Verpflichtungen häufiger abwesenden John bereits in strafrechtlichen Vorlesungen vertreten. Zum SS. 1868 rückte Güterbock, 1861 von der Fakultät habilitiert, auf Johns Lehrstuhl, nachdem er zugesichert hatte, aus dem lukrativen Amt des Stadtrichters auszuscheiden, das ihn „neben“ seinen, fast alle zivilistischen und kriminalistisch-prozessualen Fächer umfassenden Lehrverpflichtungen in Anspruch nahm.

sten Anfängen für die Fortschrittspartei eintretenden Linksliberalen Albert Hänel aus.²⁰³ Ihm folgte nämlich der zunächst zivilrechtlich und rechtshistorisch ambitionierte, noch in Königsberg aber die Weichen für seine Karriere als Kronjurist des Zweiten Reiches stellende Paul Laband (1864).²⁰⁴ Und den wiederum, nachdem der von der Fakultät ungeachtet seines Judentums vorgeschlagene Berliner Handelsrechtler Jakob Friedrich Behrend dem Ruf nicht gefolgt war,²⁰⁵ ersetzte Felix Dahn (1872). Dahn bekannte, in Königsberg sich vom „Fortschrittmann“ endgültig zum Nationalliberalen, Bismarckianer und preußischen Patrioten gewandelt zu haben.²⁰⁶ In der Korrespondenz mit Falk findet sich Hochachtung vor des Ministers Liberalität und Respekt vor seinem 1878 drohenden, von kirchlich-konservativen Kreisen erzwungenen Rücktritt, den Dahn eine „Katastrophe“ nannte. Andererseits offerierte er eine „nationale Poesie höchsten Stils“, an jene adressiert, die Falk stürzten. Eine Kostprobe seiner Panegyrik lieferte er etwa mit einem lyrischen Versuch, den „Kaiser zu decken“, kurz nach den beiden Attentaten auf Wilhelm I., verfasst für den Tag von Königgrätz, den 3. Juli 1878. Noch aus Breslau, lange nach Falks Abschied, gab Dahn sich als „begeisterter Anhänger des Ministers Falk und Bismarcks“, der kulturpolitisch weiterhin Liberaler geblieben sei („wegen meines offenen Einstehens

²⁰³ Hänel folgte seinem Jugendfreund und wohl auch politisch mit ihm übereinstimmenden Otto Stobbe, der zum WS. 1859/60 einem Ruf nach Breslau angenommen hatte (s. Bettina Scholze über Stobbes Königsberger Zeit, 2002, S. 42–50, 107–122).

²⁰⁴ GStA, Rep. 89, Nr. 21658, Bl. 223; PrMK – ZivK v. 23. 2. 1864, Bestallungsvorschlag Laband, b. ao. Prof., Nf. des nach Kiel berufenen Hänel. Zur ersten Orientierung über Hänels bedeutende Rolle als linksliberaler Gelehrtenpolitiker nach 1870: Röhrich 1976; ferner über den Konnex zwischen Staatsrecht und Linksliberalismus: Friedrich 1971 und Vitzthum 1971. – Zu Labands Königsberger Zeit vgl. vor allem seine Lebenserinnerungen 1918; für seine deutschrechtlichen Interessen zeugt die heute bequem greifbare schmale Edition Magdeburger Rechtsquellen, Laband 1869.

²⁰⁵ Zunächst hatte die Fakultät eine „private Anfrage“ an den Deutschrechtler Viktor von Meibom (1821 Kassel–1892 ebd., 1857 Prof. Rostock, 1866 Tübingen, 1873 Bonn, 1875 Reichsoberhandelsgericht Leipzig, 1879 Reichsgerichtsrat) gerichtet, war aber mit der üblichen Floskel („klimatische Verhältnisse“) abgeblitzt. Dann war man sich einig, Behrend unico loco vorzuschlagen, zumal die Statuten seit 1867 geändert waren und die Berufung, ein dringendes Bedürfnis vorausgesetzt, nicht mehr an der „Confessionsfrage“ scheitern konnte. Bei Laband, der jüdischer Herkunft war, spielte das s. Zt. keine Rolle, weil er sich hatte taufen lassen. Behrend hingegen, wie v. Horn im Gegensatz zur Fakultät unumwunden aussprach, war von „jüdischer Religion“ (GStA ..., Nr. 19, Bd. III, unpag.; JurFak – PrMK v. 9. 2. 1872, Liste Nf. Laband und ebd., Stellungnahme des Kurators v. 18. 2. 1872). Aus Behrends (1833–1907, Habil. FWU 1863, ord. Prof. Greifswald 1873, 1884 Breslau, 1887–1900 Reichsgerichtsrat im Zivilsenat des RG in Leipzig) Oeuvre hob die Fakultät besonders hervor seine deutschrechtlichen Studien über ‚Die Magdeburger Fragen‘, 1865, ‚Das eheliche Güterrecht des Sachsenspiegels‘, 1867, und: ‚Ein Stendaler Urteilsbuch aus dem 14. Jahrhundert‘, 1867. Auch seine ‚Betrachtungen über die Verfassung des Norddeutschen Bundes‘ las man als Empfehlung, ebenso sein Engagement als Redakteur der *Zeitschrift für Gesetzgebung und Rechtspflege in Preußen*. Sein Hauptwerk, das ‚Lehrbuch des Handelsrechts‘ erschien erstmals 1880. Am 27. 3. 1872 informierte das PrMK den Kurator darüber, daß Behrend abgelehnt habe. Die Fakultät wußte offenbar vorher davon, denn am 22. 3. 1872 ging die neue Liste ab, die gleichrangig und ohne Begründung nannte: 1a. Rudolph Sohm, 1841 Rostock–1917 Leipzig, 1866 Habil. Göttingen, 1870 ord. Prof. Freiburg, 1872 Straßburg, 1887 Leipzig, zunächst Historiograph der Rechtsentwicklung des Frankenreiches, in Straßburg zur Geschichte des röm. Rechts und des Kirchenrechts übergehend, 1892: Kirchenrecht I: Die geschichtlichen Grundlagen; im Vergleich mit Dahn sicher der wirkungsmächtigere Gelehrte. – 1b. Felix Dahn (Würzburg, s. Catalogus). – 1c. Alfred Boretius (1836–1900), Habil. FWU 1864, 1868 ord. Prof. f. Dt. Recht Zürich, 1874 Halle.

²⁰⁶ Obwohl Dahn nicht die erste Wahl von Fakultät und Ministerium war, sicherte ihm Falk den Ausgleich der erheblichen Differenz zu, die zwischen dem stattlichen Würzburger Salär und dem mickrigen Königsberger Gehalt bestand (GStA, Rep. 89, Nr. 21659, Bl. 109; PrMK – ZivK v. 17. 6. 1872). – Vgl. Dahn 1895, S. 249 sowie ebd. das gesamte XII. Kapitel (S. 238–278), das seinen politischen Ansichten gewidmet ist. – Vgl. auch seine Briefe an Falk, GStA, VI. HA, Nf. Falk, Nr. 33, Bl. 35–43, v. 27. 11. 1876, 9. 6. 1878, 30. 7. 1893. Die Hohenzollern-Panegyrik findet sich reichlich in den Gedichtbänden seiner „poetischen Werke“, Dahn 1898.

[...] gegen das Schulgesetz in „äußerste Ungnade bei König, Minister und Althoff gerathen“), innenpolitisch hingegen unerschrockener Reichsverteidiger. Nicht von „Franzosen und Russen“ fürchte er „das Schlimmste“, sondern von „Socialdemokraten und Centrum“.²⁰⁷

Der Romanist Carl Salkowski spürte, daß sich der Wind „nach Königrätz“ zu drehen begann. Im Januar 1863, als er beschloß, der „hier nun neu entstehenden Konservativen Partei“ als Redner und Publizist beizuspringen, sei die „fortschrittliche Strömung“ in „Universitätskreisen“ und gerade in seiner Fakultät noch „ziemlich hoch“ gegangen, und nach der Wegberufung der einzig konservativen Ordinarien, des Romanisten Muther (1863)²⁰⁸ und des Deutsch- und Staatsrechtlers Baron Kaltenborn von Stachau (1864),²⁰⁹ habe er jeden Rückhalt verloren. Mit der Folge, daß er sich einer „mannigfachen Verhöhnung“ sowie der Verdächtigung ausgesetzt sah, heimlicher Chef des Parteiblatts *Ostpreußische Zeitung* zu sein. Zu der gesellschaftlichen Isolierung sei daher rasch der faktische Boykott seiner Lehrveranstaltungen getreten, da auch die „fortschrittlich liberale“ Studentenschaft es ablehnte, bei einem für die „Regierungspartei“ engagierten, somit „reaktionären“ Dozenten zu hören.²¹⁰ Nach 1866 sei die radikalliberale Welle dann zwar gebrochen worden, aber auf seine Lage sei dies ohne Einfluß geblieben, er stünde weiter vor leerem Auditorium.

Binnen eines Jahrzehnts endete auch die liberale Vertretung des Kirchenrechts, das seit 1836 Heinrich Friedrich Jacobson las.²¹¹ Nach dessen Tod (1868) übernahmen Adolf Wach, und nach seiner Fortberufung (1869) der deutschrechtliche, noch an der Albertina zum Staats- und Völkerrecht übergehende, wie Laband „bismarckisch“ gesonnene Privatdozent Ferdinand von Martitz sein Kolleg,²¹²

²⁰⁷ Vgl. Dahn 1892. – Daß nicht nur sein in Königsberg abgeschlossener, dem althilologischen Kollegen Ludwig Friedländer gewidmeter Bestseller ‚Ein Kampf um Rom‘ (1876), sondern auch seine rechtshistorisch-wissenschaftlichen Werke sich wie publizistische Kommentare, wie Leitartikel zu Kulturkampf, sozialer Frage, Schutzzoll, Darwinismus und zahlloser anderer „Zeitfragen“ lesen lassen und zugleich Beiträge zur „germanischen“ Identitätstiftung im „neuen Reich“ liefern, ist in der nicht sehr reichen Dahn-Literatur communis opinio, vgl. zuletzt Kipper 2002, S. 118–200 und Wahl 2002, S. 31–148, sowie, mitunter auf dem „ideologiekritischen“ Niveau der 1970er Jahre, Viel 2009. Auch der andere erfolgreiche Verfasser von „Professoren-Romanen“, der Leipziger Ägyptologe Georg Ebers, der „Erfinder des Ägyptens für höhere Töchter“ (Egon Friedell), scheute sich nicht, im kulturhistorischen Kostüm der altägyptischen „Priesterkaste“ den katholischen Klerus seiner Zeit aufs Korn zu nehmen, vgl. H. Fischer 1994, S. 261 ff.

²⁰⁸ Theodor Albert Muther (1826–1878) war 1856 auf das zweite Ordinariat für Römisches Recht berufen worden, das von 1833 bis zu seinem Tod Alexander August von Buchholtz (1800–1856) inne hatte. Muther ging 1863 nach Rostock.

²⁰⁹ Karl Baron Kaltenborn von Stachau (1817–1866) kam 1852 auf ein Ordinariat für Deutsches Privat- u. Staatsrecht, das 1829/30 von Eduard Albrecht, einem der „Göttinger Sieben“ bekleidet wurde, nach langer Vakanz 1847 an Otto Mejer, 1850 an Paul Johannes Merkel fiel. Der 1846 in Halle habilitierte Kaltenborn, 1852 b. ao. Prof., 1861 ord. Prof., wechselte 1864 ins hessische Ministerium des Äußeren nach Kassel, wobei wieder einmal das Königsberger Klima, die Sorge um die Gesundheit seiner Frau und ein ohnehin latenter Wunsch, möglichst rasch an eine südliche Universität zu kommen, den Umzug nahelegten (GStA ..., Nr. 19, Bd. III, unpag.; v. Kaltenborn – PrMK v. 11. 7. 1864).

²¹⁰ GStA, Rep. 76 Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 19, Bd. III, unpag.; Salkowski an den Kurator und Oberpräsidenten Eichmann v. 25. 7. 1868.

²¹¹ Jacobson, 1804 in Marienwerder geboren, habilitierte sich 1829 in Königsberg, wurde 1831 Extraordinarius, 1836 ord. Prof. – Der konservative Minister v. Mühlher sperrte sich 1865 gegen den Wunsch des EOK, Jacobson ins Königsberger Konsistorium zu berufen, unter dem offenbaren Vorwand, er werde als Gutachter keinen wirklich nützlichen Beitrag zur Bewältigung der administrativen Alltagsgeschäfte leisten. Der Kultusminister setzte sich damit durch und fand Jacobson mit der Ernennung zum GJR ab (GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 19, Bd. III, unpag.; PrMK – EOK v. 6. 1. 1865).

²¹² v. Martitz trat staatsrechtlich erstmals 1868 mit einer schmalen Betrachtung zur Verfassung des Norddeutschen Bundes hervor, die vorgab sich ihr „Urtheil unabhängig von den Meinungen unserer politischen Tagesparteien“ gebildet zu haben (ebd., S. III). Tatsächlich ist der junge Jurist durch seine unverhohlene Parteinahme für

während das Ordinariat offenbar in Wegfall kam,²¹³ bevor es 1873 neu begründet und mit dem Elbinger Georg Jakob Phillips besetzt wurde,²¹⁴ der 1877 mit 36 Jahren starb und so Philipp Zorn Platz machte. Der konzentrierte den Lehrauftrag auf das Staats- und Kirchenrecht und entfaltete sich bis 1900 an der Albertina zu einem der aktivsten Gelehrtenpolitiker konservativer Richtung, mit engsten Beziehungen ins Ministerium und zu den oberpräsidialen Kuratoren.²¹⁵

Dahns Nachfolger Karl Gareis (1888–1902)²¹⁶ entsprach noch viel stärker als der „Sänger des Neuen Reiches“ dem Idealtyp des zeitgeistkonformen politischen Professors, dessen „Zuverlässigkeit der nationalen Gesinnung“ über jeden Zweifel erhaben sei, wie das Kultusministerium seinen Bestallungsvorschlag begründete.²¹⁷ 1878 saß er als nationalliberales Mitglied im Reichstag, betätigte sich der Katholik

Bismarcks Lösung des preußischen Verfassungskonflikts leidenschaftlich gegen eine allzu „constitutionelle“, also parlamentarische Auslegung der Bundesverfassung eingenommen, wie sie die von ihm wenig geliebten „Liberalen“ als „verderbliche Liebblingsidee“ pflegten, derzufolge über die Budgetbewilligung eine „allgemeine Basis“ für die „Controle über die Thätigkeit der Staatsgewalt“ gewonnen werden solle (ebd., S. 130f.). Die politische Freiheit „auf dem Continent“ liege schließlich nicht in der „Erweiterung der parlamentarischen Rechte“, die nur die „unerträglichste Form einer Willkürherrschaft etablieren“ würde. Sie liege nicht in „constitutionellen Codificationen und der Ausschüttung von politischen Grundrechten“ (ebd., S. 139f.), sondern in rechtlicher Sanktion der „Beamtenverantwortlichkeit“. Ähnlich noch argumentierend in seiner Kaisergeburtstagsrede, v. Martitz 1903. Über ihn vgl. Nachruf Triepel 1922.

²¹³ Zur Nachfolge machte die Fakultät zwar noch einen Vorschlag, drang aber nicht durch, so daß 1868/69 Wach Kirchenrecht las, dann ab 1. 10. 1869 gegen Remuneration von Martitz, GStA, Rep. 89, Nr. 21659, Bl. 75; PrMK – ZivK v. 21. 12. 1869.

²¹⁴ GStA, Rep. 76Va ..., Nr. 19, Bd. III, unpag.; Liste Nf. für den nach Freiburg abgehenden v. Martitz v. 22. 6. 1872, unico loco Phillips, PD in Halle, der vor dem Abschluß einer umfangreichen Untersuchung zur Geschichte des Regalienrechts in Frankreich stand, das nach dem Zeugnis seines Ordinarius Ernst (1888: von Meier (1832 Braunschweig–1911 Berlin, 1856 Habil. Kirchenrecht u. Rechtszyklopädie, 1868 ord. Prof. Halle; nationalliberal engagierter Staatsrechtler, zählt zu den vielen, die bei Stolleis II, 1992, fehlen!; vgl. NDB XVI, S. 647–649) eine seltene rechtshistorische Gelehrsamkeit an den Tag lege. In weitem Abstand und nicht als Vorschlag gemeint, folgte die Nennung des Göttinger PD Ernst Rudolf Bierling (1841 Zittau–1919 Greifswald, ebd. 1873–1901 ord. Prof. f. Kirchen- u. Strafrecht, 1881–1885 für die Konserv. Partei im Preuß. Abgeord.haus, 1889 Herrenhaus; Hauptwerk: Juristische Prinzipienlehre, 4 Bde., 1894–1911; ausführlicher über ihn jetzt Funke in: Lege 2009, S. 93–112). – Phillips erhielt den Posten, ein mit 600 Thl. nicht üppig dotiertes Extraordinariat, aus dem 1873 ein Ordinariat für Kirchenrecht wurde. Sein ‚Regalienrecht‘, eine rechtshistorische Arbeit zum zeitgemäßen Thema: „Verhältnis zwischen Staat und Kirche“, verfolgt das Institut bis zu seiner Aufhebung nach 1789. Das V. Buch, immerhin fast die Hälfte des Werkes, steht unter Überschrift: „Ludwig XIV. wegen der Regale im Kampf mit Rom“, und der Verfasser läßt keinen Zweifel daran, daß auch ihn das Kulturkampfklima seiner Gegenwart dabei an die Seite des Sonnenkönigs drängt.

²¹⁵ Die Fakultät hätte Jacobson 1868 gern durch den Berliner ao. Prof. Paul Hinschius (1835–1898) ersetzt, der sich bereits nationalliberal profiliert hatte (GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 19, Bd. III, unpag.; JurFak – PrMK v. 30. 4. 1868, Liste Nf. Jacobson, primo et unico loco Hinschius). Der „vielversprechende“, 1868 frisch habilitierte Jacobson-Schüler Adolf Wach (1843 Culm–1926 Leipzig), jüdischer Herkunft, ev. getauft, schien der Fakultät noch zu jung; der westpreußische, nachmals berühmte Leipziger Prozessualist, folgte 1869 einem Rostocker Ruf. Hinschius hatte das Ministerium aber schon für Kiel ausersehen, wohin er zum WS. 1868/69 wechselte. Dort begann er eine bemerkenswerte politische Karriere: 1871/72 vertrat er die Universität im Herrenhaus, 1872–1878 und 1880/81 saß er als nationalliberaler Abgeordneter im Reichstag und 1872 bis 1876, in den Großkampffahren gegen „Rom“, arbeitete er, neben Professur und Mandat, unter Falk im Ministerium, wo er maßgeblich an der Gestaltung der Kirchengesetze mitwirkte. Über ihn immer noch aufschlußreich Ulrich Stutz' ADB-Artikel, Bd. 50, S. 344–360.

²¹⁶ Zu Leben und Werk die sehr komprimierte Studie von Schwab 1995, gestützt auf die für Königsberg leider unergiebig hs. Autobiographie von Gareis, UB München.

²¹⁷ GStA, Rep. 89, Nr. 21660, Bl. 169–171; PrMK – ZivK v. 18. 2. 1888, Bestallungsvorschlag zur Nf. Dahn.

als leidenschaftlicher, antirömischer „Kulturkämpfer“,²¹⁸ als um Zustimmung werbender Kommentator des Sozialistengesetzes, Agitator gegen die „Bestrebungen der Socialdemokratie“,²¹⁹ Publizist im Parteiorgan *Nationalzeitung*, und war schließlich, nach dem Ausscheiden aus dem Reichstag, seit 1883 als Kanzler der Universität Gießen in der Ersten Kammer der hessischen Landstände wieder politisch aktiv.²²⁰ Er verließ Königsberg mit einem Hymnus auf die „uneigennützigte Politik“ Kaiser Wilhelms II., der, selbstverständlich gestützt auf eine starke „Heeresmacht“, eine „Politik des Weltfriedens“ treibe, und sehr im Unterschied zu „Friedensligen und ähnlichen utopistischen Vereinigungen“ auch auf „ununterbrochene Fortschritte“ bei der Ausgestaltung des Völkerrechts verweisen könne.²²¹

1873 beantragte die Fakultät ein neues Ordinariat für Römisches Recht. Und zwar mit Rücksicht auf die höchst angeschlagene Gesundheit des 1800 in Königsberg geborenen Friedrich Daniel Sanio, der sein Gelehrtenleben, seit Promotion (1824), Habilitation (1828) und Berufung auf den romanistischen Lehrstuhl (1832) ohne Unterbrechung an der Albertina zugebracht hatte.²²² Noch vor Sanios Emeritierung bewilligte Falk den neuen Lehrstuhl, der zum WS. 1873/74 mit Paul Krüger besetzt wurde.²²³ Von Theodor Mommsen angeregt, dessen Einfluß auf die Berufung anzunehmen ist, hatte Krüger als Bonner Privatdozent mit Vorarbeiten zur Edition des Codex Iustinianus begonnen. Als er von Innsbruck nach Königsberg wechselte, war der erste Band seiner Codex-Edition gerade erschienen. Bis 1877 folgten ihm weitere vier. Danach schien seine „Hauptschaffensperiode“, die 1860 begonnen hatte, tatsächlich zu enden, wie Krügers Biograph meint.²²⁴ 1888 erhielt er einen Ruf nach Bonn. Zum Abschied legte er nach langer Pause noch einmal etwas Monographisches vor, eine ‚Geschichte der Quellen und Literatur des römischen Rechts‘, ein ebenso unentbehrliches wie unlesbares, den Stoff in „literaturgeschichtliche Einzelfragen“ zerlegendes Werk von „trockener Nüchternheit“.²²⁵

Krügers Wegberufung wollte die Fakultät nutzen, um das Römische Recht zurückzudrängen. Die Praxis werde seit 1877 durch die reichseinheitliche Zivilprozeßordnung bestimmt, die das Römische Recht immer weiter „in den Schatten dränge“, so daß man neben dem 60jährigen Schirmer und Salkowski „keinen Bedarf“ mehr nach einem Romanisten habe.²²⁶ Noch bevor die Fakultät, auch mit Rücksicht auf die Vorbereitungen zur BGB-Einführung, einen Germanisten vorschlagen konnte, oktroyierte Althoff den Berliner Privatdozenten Friedrich Endemann, der zunächst als Extraordinarius

²¹⁸ Gareis, Irrlehren über den Cultur-Kampf, Berlin 1876.

²¹⁹ Gareis 1877.

²²⁰ Gareis 1878a; ders. 1878b; dazu seine „Kulturkampf“-Polemik 1876; vgl. A. B. Schmidt 1930, S. 95 f. Als Gareis 1892 einen Ruf aus Erlangen erhielt, flehte Kurator Stolberg seinen Minister geradezu an, kein finanzielles Opfer zu scheuen, um den ohnehin bestbezahlten Ordinarius der Fakultät in Königsberg zu halten, bezeichnenderweise mit dem Argument, daß der Jurist „in politischer Beziehung einen Mittelpunkt für seine Kollegen“ wie für „andere Kreise“ in der Stadt bilde (GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 19, Bd. IV, Bl. 262 f.; Kur. – PrMK v. 3. 1. 1893). Althoff hingegen wollte Gareis ziehen lassen, was er ihm einige Tage zuvor mit der Ablehnung seiner Gehaltsforderung mitteilte (ebd., Bl. 267 f., Schreiben v. 30. 12. 1892). Kurator Stolberg und der Minister setzten sich indes durch und Gareis durfte sich seit 1. 4. 1893 über das Spitzensalar von 7.200 M. freuen.

²²¹ Gareis 1901, S. 29–33.

²²² GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 19, Bd. IV, Bl. 7 und 33 f.; JurFak – PrMK v. 6. 3. 1873 und v. 21. 7. 1873 wg. Errichtung eines neuen Ordinariats für Röm. Recht. Nachdem Paul Krüger zunächst abgelehnt hatte, schlug die Fakultät im Juli 1873 Lothar Anton Alfred Pernice (Greifswald), Ludwig Enneccerus (Marburg) und Karl Gareis vor. Pernice, 1841–1901 Berlin, Habil. Halle 1867, ord. Prof. Greifswald 1872, 1877 Halle, 1881 FWU. – Ludwig Enneccerus, 1843 Neustadt/Rüb. – 1928 Marburg, Habil. 1870 Göttingen, ord. Prof. Marburg 1873, 1887–1890 u. 1893–1898 MdR, Vertrauensmann Althoffs in der Berufungspolitik für die Jur. Fakultäten (ausführlich dazu: Jacobi 1999, S. 153–267).

²²³ Ebd., Bl. 43: Bestallung Krüger v. 21. 10. 1873.

²²⁴ Fritz Schulz 1927, S. XIX.

²²⁵ So zutreffend ders. a. o. O., S. XXI.

²²⁶ GStA ..., Nr. 19, Bd. IV, Bl. 210; JurFak – PrMK v. 29. 7. 1888.

und Nothelfer zur Ausfüllung von Lücken im Gesamtgebiet des Römischen und Bürgerlichen Rechts seine Bestallung erhielt.²²⁷

Politisch fügte sich der Vertreter der jüngsten Generation gut ins Kollegium ein. Endemann galt bis 1918 als Sympathisant der Reichs- und Freikonservativen Partei, die eine auf Bismarck fixierte Politik der forcierten inneren Reichsgründung betrieb und nach 1890 zu den Hauptbefürwortern einer auf Weltmachtambitionen gerichteten Flotten- und Kolonialpolitik zählte.²²⁸ Innere Stabilität als Basis außenpolitischer Handlungsfähigkeit und „Weltgeltung“ wiederum als Voraussetzung nationaler Existenzsicherung – in dieser einfachen Formel verdichtete sich die Weltanschauung Endemanns wie die der Nationalliberalen Dahn und Gareis. Sie strukturierte das gesamte rechtswissenschaftliche Werk des Zivilisten, zentriert es in „Volkseinheit und Volkserziehung“.²²⁹ Sein Familienrecht etwa, so Endemanns Schüler Eugen Ulmer in seiner Gedächtnisrede 1938, sei orientiert am Ideal des „einheitlichen, kraftvollen, an Leib und Seele gesunden, in Familie und Heimat gebundenen Volkes“. Das sei der „Leitstern, unter dem sein rechtliches Schaffen an den Ordnungen des Volkes“ gestanden habe. Daher auch seine Anteilnahme an ärztlichen-psychiatrischen Fragen, zu denen er sich erstmals in der Königsberger Juristischen Gesellschaft vernehmen ließ mit einer Untersuchung über die soziale Dimension des Alkoholismus.²³⁰ Frühe Ansätze fänden sich bei ihm auch zu einer erst ab 1933 realisierten Ehegesundheitsgesetzgebung. Wie auch sonst „Verbindungslinien“ kaum zu übersehen seien zwischen seinen rechtsdogmatischen Positionen im Familien- und Erbrecht und „wichtigen Grundforderungen nationalsozialistischer Rechtserneuerung“.²³¹ Volksgemeinschaft durch Rechtsgemeinschaft – so klang es in der Wortmeldung des Extraordinarius zur „politischen Frage“ der BGB-Einführung.²³² Einschränkung des Eigennutzes, Unterordnung unter das Ganze, Einbindung des Menschen in die Gemeinschaft, die seinen „Wert“ hebt – so formulierte Endemann sein unverändertes rechts- und sozialpolitisches Credo in einer Heidelberger Rektoratsrede von 1917, nachdem er selbst, nach freiwilliger Meldung zum Heer mit 57 Jahren, drei Jahre den „grauen Rock“ getragen hatte.²³³

Ähnlich volkserzieherisch fassten die Staatsrechtler der Fakultät ihren Beruf auf. Dahns und Zorns Schüler Eduard Hubrich, 1894 habilitiert und seit 1898 nb. Extraordinarius für Staats- und Kirchenrecht, tat sich bis zur Berufung nach Greifswald (1908) als fleißiger Agitator der Deutschen Konservativen Partei in Ostpreußen hervor – was die Bekämpfung des „zersetzenden jüdischen Einflusses auf unser Volksleben“ so einschloß wie den bärbeißigen Lobbyismus für die ostpreußischen Großagrarien, deren Wohlergehen allein den Bestand von „Christentum, Monarchie und Vaterland“ gegen „Sozialdemokratie und Anarchismus“ verbürgen könne. Und im Urteil des Bismarckianers Hubrich werde gerade diesen Feinden der Dönhoff&Dohna unter dem Regime Wilhelms II. so wenig energisch entgegengetreten wie der „Slawisierung“ der Ostprovinzen, die durch Landflucht ausbluteten.²³⁴ Daß Hubrich mit seinen politischen Optionen auch im engeren wissenschaftlichen Rahmen nicht hin-

²²⁷ Ebd., Bl. 218; Bestallung Endemann v. 18. 10. 1888.

²²⁸ Vgl. Fricke 1985, S. 745–772, bes. S. 752–756.

²²⁹ So Sybille Hofer 1993, S. 47, ebd. zum Politikverständnis Endemanns S. 45–55.

²³⁰ Endemann 1892. Monographisch daran später anschließend: ‚Die Entmündigung wegen Trunksucht [...]‘ (1904).

²³¹ Ulmer 1938, S. 11. Erwähnt in diesem Kontext wird auch die öffentliche Parteinahme des Heidelberger Emeritus für die NSDAP 1932/33.

²³² Endemann 1898.

²³³ Endemann 1917, S. 11.

²³⁴ Hubrich 1902a; in einem Vortrag in der Generalversammlung des konservativen Vereins in Königsberg, am Reformationstag 1901, das Parteiprogramm erläuternd: „Was ist konservativ?“ sowie ebd. gegen den seit 1890 gefahrenen „Neuen Kurs“, der politisch nur „Rückschritt“ gebracht und den Mittelstand als „Mittelpunkt kräftigen Preußentums“ vernachlässigt habe. Anstelle „fester Führung“, die dem „Parteitreiben“ steuere, sei überall die Verdrängung „starker Individualitäten“ und das Vordringen „geistigen Schlangenmenschentums“ zu beklagen (so auf einer Königsberger Versammlung deutscher Bürgervereine am 27. 4. 1900, Hubrich 1902a, S. 26f.).

term Berg hielt, belegen, nach dem Debüt zum ‚Recht der Ehescheidung in Deutschland‘ (1891),²³⁵ seine Abwägungen zwischen „Parlamentsdisciplin“ und „parlamentarischer Redefreiheit“ (1899) und seine „Vom Standpunkt eines Konservativen“ erörterte „Diätenfrage im Reichstag“ (1902b). Hubrich, eigentlich kein Freund der konstitutionellen Monarchie,²³⁶ aber Reichstag und preußischen Landtag bereitwilliger als notwendige Übel akzeptierend als Zorn, nahm die Redefreiheit und die verfassungsrechtlich verbürgte Immunität, die Parlamentarier einluden, ungehemmt strafrechtliche Grenzen zu überschreiten, als politisch nicht revidierbar hin. Er glaubte aber dringend empfehlen zu müssen, um die rhetorischen „Excesse“ vornehmlich sozialdemokratischer Abgeordneter in ihrer „aufwiegelnden“ Wirkung auf die „rohe Volksmasse“ einzudämmen, die Presseberichterstattung darüber in die Hände einer parlamentarischen „Kommission“ zu legen. Diese Zensurmaßnahme dünkte ihm effizienter als sitzungspolizeiliche Interventionen oder disziplinarrechtliche Maßregelungen etwa gegen höhere Beamte, die dem Reichstag angehörten.²³⁷

Auch Zorns Schüler Paul Schoen und Richard Weyl durfte ihr Meister Althoff reinen Gewissens empfehlen als „von gut konservativer aber nicht extremer Gesinnung“.²³⁸ Weyl war indes mehr Schüler von Dahn und Gareis, von beiden angeregt zu seinen Qualifikationsschriften über das fränkische Staatskirchenrecht während der merowingischen und karolingischen Zeit.²³⁹ Er thematisiert in diesen Arbeiten im rechtshistorischen Gewand das Lebensthema seiner Lehrer und das juristisch-politische Modethema seiner Zeit, das Verhältnis von Staat und (römischer) Kirche. In beiden Studien belegt er den Primat weltlicher Macht, die ungeachtet des päpstlichen Einflusses die „herrschende Rolle“ spiele, während sich die Kirche mit der „dienenden“ abfinden mußte.²⁴⁰ Weyl geriet mit diesem Befund in Gegensatz zum historischen Teil von Zorns ‚Lehrbuch des Kirchenrechts‘ (1888), wo der Kulturkämpfer, wie immer in politischer Absicht aktualisierend, die päpstliche Dominanz über die fränkische Staatsgewalt seit Karl dem Großen als warnende Lehre aus der Geschichte offerierte.²⁴¹ Dagegen relativierten Weyls rechtshistorische Studien die bei Zorn wie auch bei Dahn so beliebten Übertreibungen päpstlicher Machtambitionen und deren Konstruktion einer kontinuierlich dominanten römischen Machtpolitik. Von einem „päpstlichen Primat“ dürfe vom 7. bis zur Mitte des 9. Jahrhunderts jedenfalls nicht gesprochen werden.²⁴² Wer um 1890 aus der Geschichte also Lehren ziehen wollte, dem bewies Weyl für zwei Jahrhunderte die „Normalität“ der Unterordnung der Kirche unter den Staat.

²³⁵ Hubrich 1891, S. 270, im Kontext der Beratungen zum neuen Eherecht des BGB. Hier noch ganz Zorn folgend, warnt er den Gesetzgeber, doch bitte eingedenk zu sein der „umstürzlerischen Bestrebungen der Sozialdemokraten“, die sich auch und gerade gegen die Ehe richteten. Das Institut der Ehe als Grundlage des Staates müsse bei der Gesetzesreform gestärkt werden, um „die niederen Bevölkerungsschichten an eine edlere Auffassung der Ehe zu gewöhnen“. Daher sei auch zu erwägen, im Scheidungsfall den schuldigen Teil einer Strafsanktion zu unterwerfen. Geldstrafe genüge dabei nicht, es müsse schon die „empfindlichere Freiheitsstrafe“ sein. Hubrich knüpft dabei an Zorn 1888a an.

²³⁶ Diese Reserve vermittelt sein verfassungsgeschichtlicher Abriß, den er im WS. 1904/05 den Teilnehmern an den „volkstümlichen Hochschulkursen“ in Königsberg bot (Hubrich 1905, etwas erweitert unter anderem Titel ders. 1913). Der Verfasser gibt sich nur wenig Mühe, das Mißvergnügen am „parlamentarischen Regime“ zu verbergen, das dem „Geist preußischer Rechtsentwicklung diametral“ entgegenstehe (1905, S. 155). Entsprechend abfällig urteilt er über den „vulgären Konstitutionalismus“, den sich in der Vormärz-Zeit eine „unzufriedene Literatenkaste“ auf die Fahne geschrieben habe, als deren Exponenten Hubrich wohl nicht zufällig den Königsberger Juden Johann Jacoby nennt (1913, S. 97, 106 f., 108).

²³⁷ Hubrich 1899, S. 469–494.

²³⁸ GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 205, Bd. II, Bl. 51; Zorn – Althoff v. 3. 11. 1895.

²³⁹ Weyl 1888 (diese schmale Dissertation ist den „hochverehrten Lehrern“ Dahn und Zorn gewidmet), sowie die Habilitationsschrift (Gareis „als Zeichen aufrichtiger Verehrung“ dediziert), ders. 1892.

²⁴⁰ Weyl 1888, S. 78.

²⁴¹ Zorn 1888a, S. 95; dagegen „mit Entschiedenheit“ Weyl 1892, S. 206 f.

²⁴² Weyl 1892, S. 203 f.

Als Verfechter des sozialen Konservatismus stellte sich Weyl 1894 mit einem Lehrbuch zum Reichsversicherungsrecht vor²⁴³ und bot im Winter 1897/98 Königsberger Anwälten und Richtern seinen Vortragszyklus zur Einführung in das 1900 in Kraft tretende Bürgerliche Gesetzbuch an. Das BGB, so begeisterte Weyl sich, bedeute den „Sieg des Germanismus über den Romanismus“, die Ablösung des Römischen Rechts als des „Rechts für die Reichen“ zugunsten des BGB, das im „wirtschaftlichen ‚Kampf ums Dasein‘“ den schwächeren Teil der Bevölkerung, „in sehr ostentativer Weise die Armen protegirt“.²⁴⁴

Eine Spätwirkung der kirchenrechtlichen Interessen Zorns zeigte sich bei Paul Schoen, 1896 nach Jena, von dort 1900 nach Göttingen berufen, der sich mit seinen zwei Bänden über das ‚Das evangelische Kirchenrecht in Preußen‘ (1903–1910) zur maßgeblichen, freilich ganz positivistisch auf die Deskription des geltenden Rechts beschränkten Autorität auf diesem Rechtsgebiet aufschwang, sich dabei aber von den semi-absolutistischen Auslegungen seines Lehrers behutsam absetzend.²⁴⁵ Begonnen hatte Schoen bei Dahn mit einer handelsrechtlichen Dissertation. Erst als Regierungsreferendar wechselte er ins staatsrechtliche Fach und habilitierte sich 1894 mit einer Untersuchung zum ‚Recht der Kommunalbehörde‘. Ausgebaut hat er diese Arbeit noch in Königsberg, erschienen ist sie 1897 als Ergänzungsband zu Rönnes preußischem Staatsrecht. Es ist eine Sympathien für den „germanischen“ Selbstverwaltungsgedanken durchklingende Summa des gegen die „centralisierenden Bestrebungen des Polizeistaates“ glücklich zum „Durchbruch“ gelangenden Rechtes der preußischen Kommunalverbände, eine Darstellung, mit der sich Schoen auch auf diesem Terrain von dem strengen Zentralisten Zorn abgrenzt.²⁴⁶

Beileibe nicht weniger tagespolitisch als Hubrich involviert, tat sich die unumstrittene konservative Galionsfigur der Fakultät hervor, eben dieser staatsrechtliche Ordinarius Philipp Zorn, der ursprünglich im Milieu des süddeutschen Nationalliberalismus wurzelte, aber in dem Maße, wie die Nationalliberalen nach 1878 mit Bismarck brachen, sich im konservativen Lager beheimatete. Er galt, mit einer offenen Flanke zur junkerlichen Konservativen Partei, als eine der „Hauptstützen der gemäßigt [Frei-] Konservativen Partei der Provinz“ sowie als allseits geachteter Vormann der „positiv gesinnten Kreise“ der protestantischen Kirche Ostpreußens, die ihn zum Präsidenten ihrer Provinzialsynode wählten.²⁴⁷ Daß im Herbst 1888 die Königsberger Nationalliberalen zur preußischen Abgeordnetenhauswahl ein Bündnis mit den ihm widerlichen „Fortschrittlichen“ vom Typus der Lasker, Bamberger, Rickert und Richter eingingen, nahm Zorn zum Anlaß, seinem Namen alle Ehre zu machen, sich wieder einmal in die Niederungen der Regionalpolitik zu wagen und gegen die reichsfeindlichen Kräfte im „altradikalen Königsberg“ derart ungestüm zu Felde zu ziehen, daß deren mit gleicher Münze heimzahlender publizistischer Gegenstoß ihn bewog, bei seinem Minister Trost zu suchen, da er „in seinem ganzen Leben seelisch noch nie so gelitten“ habe wie unter solcher Polemik.²⁴⁸

²⁴³ Weyl 1894, S. 3–13, mit klarer Akzentuierung des „socialpolitischen“ Gewichts der Arbeiterschutzgesetzgebung.

²⁴⁴ Weyl 1898, S. 57–59.

²⁴⁵ Schoen 1903, S. 442f., gegen Zorns Festlegung der Synoden auf eine rein beratende Funktion, ganz nach seinem Verständnis des Konstitutionalismus, demzufolge im monarchischen Staat das Parlament im Verhältnis zur Regierung auch nur eine „beratende Körperschaft“ sei (Zorn 1888a, S. 364, 376). – Schoens rigider Positivismus wird bei einem Vergleich mit Günther Holsteins, für die Zeit nach 1918 typisch „geistes- und ideengeschichtlich“ orientierten ‚Grundlagen des evangelischen Kirchenrechts‘ besonders deutlich (Holstein 1928).

²⁴⁶ Schoen 1897, S. 7.

²⁴⁷ So die Würdigung, mit der das PrMK seinen Vorschlag, Zorn zum GJR zu ernennen, begründete, GStA, Rep. 89, Nr. 21661, Bl. 116–120; an ZivK v. 9. 7. 1894.

²⁴⁸ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. XIV, Nr. 12, Bd. II, unpag.; Zorn – v. Goßler v. 27. 10. 1888. Dort auch das Konzept für v. Goßlers Antwort v. 31. 10., die Zorn bestätigt: es sei nur zu begrüßen, daß er das Zusammengehen der „sog. Liberalen“ mit den „Fortschrittsjuden“ ins öffentliche Bewußtsein gehoben habe. Der postwendend gedruckte Text der Königsberger Wahlrede v. 16. 10. („Das Kartell mit besonderer Rücksicht auf Königsberg“, Zorn

Wie die Fortschrittlichen, denen er nie verzieh mit „Polen und Socialdemokraten“ gegen die Verfassung des Norddeutschen Bundes wie gegen die Reichsverfassung gestimmt zu haben, war ihm natürlich die Arbeiterpartei stets „Gegenstand heftigen Kampfes, ja heißen Hasses“ gewesen. Von den Konservativen grenzte sich der in seiner Bismarckvergötterung unübertreffliche Zorn lediglich in einem „Kardinalpunkt“ ab, dem „Antisemitismus“, der ihn kirchenpolitisch zum Gegner der Stoecker-Bewegung werden ließ,²⁴⁹ obwohl er auch im Lebensrückblick von 1927 gestand, tief durchdrungen zu sein von der Überzeugung der „weltvergiftenden Gefahr des internationalen, insbesondere amerikanischen kapitalistischen Judentums“, dieser „Pest der Menschheit“, auf deren baldige Vernichtung am „Tag des Weltgerichts“ er hoffte.²⁵⁰ Mit Verblüffung mußte Zorn wahrnehmen, daß der Mommsen-Schüler Otto Gradenwitz, dessen Berufung als Nachfolger des von Zorn hochgeschätzten Romanisten Friedrich Endemann er 1895 noch hatte verhindern wollen, ihn als Judenfeind bei weitem übertrumpfte, so daß er dessen mit „einer gewissen Ostentation zur Schau getragene[n] Antisemitismus“ als peinlich empfand.²⁵¹

Unter den Staatsrechtlern seiner Zeit fiel Zorn durch manche „extreme“ Mindermeinung auf. Von der vorkonstitutionellen Macht des Monarchen versuchte er in seiner Auslegung der Reichs- und der preußischen Verfassung so viel wie möglich zu verteidigen. Die Reichsgründung war für ihn ein Akt monarchischer Gewalt, die Verfassung nichts als eine generöse Selbstbeschränkung, die die Krone sich auferlegte. In einem wissenschaftlichen Dauerstreit über den „doppelten“ Gesetzesbegriff, den Zorn ablehnte, war sein Bestreben, den Radius des Verordnungsrechts der Krone auszudehnen und somit das Mitwirkungsrecht des Parlaments einzudämmen. Wie unanfechtbar ihm der Monarch der alleinige Träger der Staatsgewalt war, ergibt sich aus seiner Ablehnung der üblichen Auffassung vom Monarchen als „Staatsorgan“. Folglich nimmt in seiner Verfassungsinterpretation der Bundesrat als „monarchisches Organ“ der Dynastien des im Bundesstaat zusammengeschlossenen Reiches eine starke Stellung ein, so daß das Reich bei ihm auf Monarchien beruhte. Das Volk war für Zorn allein Objekt der Herrschaft. Der Bürger ist nicht Träger vorstaatlich subjektiver, sondern Empfänger staatlich gewährter Rechte, ein „Unterthan“, dem der Staatswille gesetzt werde.²⁵² Zorns ostentativer Reichspatriotismus, seine ungebremste Verehrung für Wilhelm I. und vor allem für den „Größten der Großen“, den Reichskanzler Bismarck, seine unverhohlene Sehnsucht nach vergangenen absolutistischen Zeiten, sein „übertriebener Cultus gegenüber dem Souveränitätsbegriff“ gingen selbst dem Hohenzollern-Panegyriker Felix Dahn zu weit.²⁵³

1888b) gereiche also ihrem Autor zur Ehre. Auf dem Papier von Zorns Antwortbrief v. 3. 11. sucht man unwillkürlich nach Spuren eingetrockneter Tränen des Absenders, so gerührt fällt sein „aus tiefster Seele“ empfundener Dank „für die gestern empfangenen Zeilen“ aus. Kollege Gareis glaubt sich noch zwei Monate später für diese moralische Aufrüstung seines Freundes Zorn beim Minister bedanken zu müssen (ebd., Gareis – PrMK v. 1. 1. 1889).

²⁴⁹ GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 205, Bd. II, Bl. 60; Zorn – Althoff v. 6. 2. 1896: „politisch und kirchlich kämpfe ich seit Jahren gegen Stoecker, allerdings nicht im Sinne des Liberalismus, und mein Lohn dafür ist, daß man mich [...] als Hauptführer der Partei Stoeckers bezeichnet!“

²⁵⁰ Zorn 1927, S. 66f.

²⁵¹ GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 205, Bd. II, Bl. 63–65; Zorn – Althoff v. 24. 2. 1896.

²⁵² Dazu vor allem Zorn 1880/83; ders. 1884; ders. 1885; ders. 1889; sowie seine verfassungsrechtlichen Aufsätze in dem Band ‚Im Neuen Reich‘, Zorn 1902. Sehr gut nachgezeichnet und systematisiert werden seine Positionen in der Dissertation von Julia Schmidt 2002, S. 74–111.

²⁵³ Die Fakultätskollegen trieb die Frage nach der Durchsetzbarkeit zwischenstaatlichen Rechts, damit nach der Möglichkeit von Völkerrecht und den Chancen schiedsgerichtlicher Beilegung internationaler Konflikte, Mitte der 1880er Jahre an den Rand des Zerwürfnisses. Ausgerechnet durch den linksliberalen Althistoriker Rühl, der Zorn als Königsberger Lokalpolitiker so verhaßt war wie als Gegner seiner universitätspolitischen Strippenzieherei, ließ sich Dahn unterstützen. Rühl hatte sich in einer anonymen Rezension von Dahns ‚Bausteinen‘ dem juristischen Kollegen mit einem Seitenhieb gegen Zorn empfohlen, dazu J. Schmidt 2001, S. 95f.

Anders als bei den Medizinern mußte Zorn sich in seiner Fakultät nicht vor „radicalen“ Liberalen und materialistischen Agnostikern fürchten. Gerade dank seines unermüdlichem Einsatzes sahen die Verhältnisse in der Juristischen Fakultät aus seiner Sicht besser aus als bei den Medizinern, obwohl Althoff dem Staatsrechtler nicht immer nachgab, wenn dieser es für „dringend erwünscht“ erachtete, daß „das semitische Element keine Verstärkung“ erhalte.²⁵⁴ Zwar blieb sein Konservatismus auf ihn und seine Habilitanden beschränkt, doch links neben ihm wirkten nur Nationalliberale wie Freund Dahn und dann Gareis, der die Universität seit 1892 im Herrenhaus vertretende Straf- und Prozeßrechtler Güterbock sowie der Senior der Juristen, der Romanist Theodor Schirmer, während der noch bis 1898 lehrende einstige konservative Jingo Salkowski nach 1870 aller Politik zugunsten seiner Pandekten und seines stetig neue Auflagen erfordernden ‚Lehrbuchs der Institutionen‘ entsagt hatte²⁵⁵ – sieht man einmal ab von ihm quälenden Sorgen um das abrutschende Niveau des nach einer Reform schreienden juristischen Studiums.²⁵⁶

Hielte man sich allein an den Akteninhalt, schien Salkowski die meiste Energie aber dafür verbraucht zu haben, sein persönliches Fortkommen zu sichern. Da ihm das über zehn lange Jahre mißglückte, bevor er 1883 den Lehrstuhl Sanios ergatterte, spiegeln seine Anstrengungen die Macht- und Rangverhältnisse in der kleinen Fakultät ebenso wider wie die komplexe Mannigfaltigkeit der Faktoren, die darauf und auf das individuelle akademische Schicksal einwirkten. Als Konservativer durfte Salkowski nach 1870 nicht auf politisch motivierte Unterstützung durch die tonangebenden nationalliberalen Ordinarien Schirmer, Güterbock und Dahn hoffen. Als es 1873 ein drittes, neubegründetes Ordinariat für Römisches Recht zu besetzen galt, schlossen sie ihn daher ostentativ aus und schlugen, wie erwähnt, allein den jüngeren Paul Krüger im fernen Innsbruck vor. Salkowski, den Verdacht hegend, die Kollegen ließen sich immer noch von Ressentiments leiten, die in seiner „politischen Parteistellung“ lägen, wandte sich deswegen an Falk. Und der nationalliberale Minister begann tatsächlich mit dem Votum seiner Königsberger Parteifreunde zu rechten und forderte sie auf zu begründen, warum Salkowski als *Rechtswissenschaftler* und Dozent ihren Ansprüchen nicht genüge.²⁵⁷ Darauf reagierte die Fakultät, sekundiert von Kurator v. Horn, eher ausweichend, da man die Unzufriedenheit mit Salkowskis didaktischen Fähigkeiten betonte. Er bringe den Anfangssemestern nicht bei, die Rechtsbegriffe in erforderlicher Schärfe zu erfassen, was Güterbock und Dahn bei ihren Veranstaltungen für Fortgeschrittene schmerzlich hätten erfahren müssen.²⁵⁸ Trotzdem setzte Falk

²⁵⁴ GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 205, Bd. II, Bl. 45; Zorn – Althoff v. 7. 1. 1895.

²⁵⁵ Zuerst 1868. Die 7., seinem Gönner v. Goßler „in freundschaftlicher Ergebenheit und aufrichtiger Verehrung“ gewidmete Aufl. konnte Salkowski 1898 kurz vor seinem Tod hinausschicken, unerschütterlich daran festhaltend, daß nur „auf der Grundlage des römischen Rechts“ ein „fruchtbares Studium des neuen Gesetzbuches“, des 1900 eingeführten BGB, möglich sein werde. „Juristische Schulung“ ohne Kenntnis des in den ‚Institutionen‘ dargebotenen römischen Privatrechts erschien Salkowski undenkbar, da das bürgerliche Recht der Neuzeit überhaupt römischen Ursprungs wäre und zum „Gemeingut der Kulturvölker“ geworden sei (1898, S. XI, 1 f.).

²⁵⁶ Salkowski 1873, 1875b, dazu auch ders. in der Vorrede zur 2. Aufl. seiner ‚Institutionen‘, 1875a und in allen folgenden Auflagen beschwörend, was er zur Erreichung des „Hauptziels des Universitätsstudiums“ leisten wolle: „korrekt und methodisch“ denken, „Gesetze und Rechtsgeschäfte richtig interpretieren“ zu lehren.

²⁵⁷ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 19, Bd. IV, Bl. 8–9; JurF – PrMK v. 3. 3. 1873, Liste III. Roman. Ord. primo et unico loco Paul Krüger (Innsbruck), ebd., Bl. 5–6; Salkowski – Falk v. 4. 3. 1873 und ebd., Bl. 12, Aktenvermerk PrMK zur Ausfertigung v. 1. 5. 1873, der fragt, ob Salkowski wirklich als Wissenschaftler und Lehrer so schlecht sei wie sich ex negativo aus dem Fakultätsvorschlag ergebe. Seine Hörerzahlen sprächen eine andere Sprache. Falk reflektierte zudem über die Folgen dieser Personalie und führte seine dienstherrliche Verantwortung ins Feld: Entschiede er sich für Krüger, würde dies die Karriere des Übergangenen, den die eigene Fakultät derart in Mißkredit bringe, praktisch beenden, ein Ordinariat außerhalb Königsbergs sei danach für ihn nicht mehr erreichbar.

²⁵⁸ Ebd., Bl. 10–11, 15–18; Kurator – PrMK v. 12. 4. u. 6. 5. 1873, zugleich darum bittend, man möge der Fakultät eine nähere Begründung ihrer Entscheidung ersparen.

durch, daß ihm eine zweite Liste präsentiert wurde, die aber wiederum Salkowski ignorierte.²⁵⁹ Zu einem Oktroi kam es deshalb nicht, weil Krüger bald darauf annahm.²⁶⁰ Aber schon bevor Sanio 1882 starb, erklärte die Fakultät ihre „früheren Bedenken“ gegen Salkowski für gegenstandslos.²⁶¹ Krüger opponierte in einem schonungslosen Separatvotum, das Salkowskis ‚Lehrbuch der Institutionen‘ mehr als Kompilation denn als „rechte wissenschaftliche Arbeit“ abwertete, und betonte, daß der eigentliche Grund für die permanente Nicht-Beachtung seines Verfassers schlicht in der fehlenden Produktivität zu suchen sei. Nicht politische Aversionen, sondern sein fachliches Unvermögen hätten den Aufstieg in Königsberg und anderswo verhindert.²⁶² In der Fakultät dachte man genauso, war im übrigen auch davon überzeugt, bei sinkenden Studentenzahlen und zurückgehender Bedeutung des Römischen Rechts, kein drittes romanistisches Ordinariat zu benötigen. Aber, so ließ Krüger Althoff vertraulich wissen, am Ende überwog das Mitleid.²⁶³

2.2.3. Die Medizinische Fakultät²⁶⁴

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wußten nur zwei Mediziner über Königsberg hinaus sich einen Namen zu machen: der Anatom und Physiologe Karl Friedrich Burdach (1776–1847) und der Anatom und Zoologe Karl Ernst von Baer (1792–1876). Ihnen, so urteilt Hans Prutz 1894, sei es allein zu danken gewesen, daß für die „bisher arg vernachlässigte Medicin an der Albertina“ in den 1820er Jahren ein „neues Zeitalter“ begonnen habe.²⁶⁵ Das galt aber nur für die nicht-klinischen Fächer, die sie auf ein solideres naturwissenschaftliches Fundament stellten, obwohl Burdach noch viel romantisch-naturphilosophischen Ballast mitschleppte. Für eine Umwälzung in den klinischen Fächern reichte ihre Kraft allerdings nicht. Durch ein Ordinariat vertreten waren dort nur die Chirurgie und die Innere Medizin. Erst 1844, später als an anderen preußischen Universitäten, kam ein Lehrstuhl für Gynäkologie hinzu, den Albert Hayn (1801–1863) bis 1863 inne hatte. Zeigten sich in den 1840er Jahren anderswo Ansätze zur Fächerdifferenzierung in der Inneren Medizin, wurde dieser

²⁵⁹ Ebd., Bl. 33 f.; JurFak – PrMK v. 21. 7. 1873, Ergänzungsliste III. Roman. Ordinariat.

²⁶⁰ Ebd., Bl. 35; Krüger – PrMK v. 5. 9. 1873.

²⁶¹ Ebd. Bl. 122 f.; JurFak – PrMK v. 29. 6. 1881, Antrag, S. zum ord. Prof. zu ernennen.

²⁶² Ebd., Bl. 140–142; JurFak – PrMK v. 13. 3. 1882, Liste Nf. Sanio u. Bl. 143 f.; Sep.votum Krüger v. 13. 3. 1882.

²⁶³ GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 103 I, Bl. 61 f.; an Althoff v. 17. 5. 1882. Zugleich Antwort auf das Angebot, nach Greifswald zu wechseln, da Althoff wegen Krügers Separatvotum vermutete, der Freund fühle sich in der Fakultät nicht mehr wohl. Der Romanist versicherte ihm darauf – eine im Vergleich mit der „Westsehnsucht“ vieler seiner Kollegen seltene Stimme! –, daß seine persönlichen Beziehungen „durchaus angenehm“ seien und er sich außer Berlin und Straßburg keinen Ort vorzustellen vermöge, „wo ich bessere erwarten könnte“. Salkowski, „der uns allen nicht sehr nahe steht“, den er aber „nicht gerade unsympathisch“ finde, sei aber „absolut“ kein Grund, „mich von hier wegzusehen“.

²⁶⁴ Um die Königsberger Medizingeschichte des 19. Jahrhunderts steht es schlecht. Kaum mehr als Prutz 1894, im Eilgang durch die Fakultätsgeschichte des 19. Jhs. hastend, bieten Samter 1910 und O. Weiß 1910. Unbefriedigend kursorisch Scholz/Schröder 1970, S. 6–114. Wenige Fächer und Kliniken sind mit löchrigen, meist zu Jubeltagen verfassten Rückblicken bedacht worden, so Lichtheim 1910 zur Medizinischen, Kirschner 1922 zur Chirurgischen Klinik, Winter 1930 zur Univ.-Frauenklinik. Bargmann, im letzten historischen Moment glücklich aus den Instituts- und Fakultätsakten schöpfend, konnte 1943 noch seine gut dokumentierte ‚Geschichte der Anatomie in Königsberg (Pr.)‘ veröffentlichen, die leider aber 1860 endet. Brauchbare Miszellen enthält das allerdings schwer zugängliche, von Bibliotheken nicht gesammelte Mitteilungsblatt der Ostpreußischen „Arztfamilie“, die sich nach 1945 zusammenfand. Ein Querschnitt aus diesem Rundbrief, der zweimal jährlich erschien, bei J. Hensel 1996. Von recht unterschiedlichem Wert sind die biographischen Mediziner-Artikel in der APB. Verwiesen sei zudem auf die biographischen Beiträge zu Rauschning/v.Nerée 1995.

²⁶⁵ Prutz 1894, S. 170 f.

Prozeß in Königsberg durch den Ordinarius Ludwig Wilhelm Sachs (1826–1848) erheblich verzögert. Getaufter Jude und zeitweise Anhänger, dann rabiatere Verfolger des religiösen Schwärmers Johann Wilhelm Ebel,²⁶⁶ gab sich Sachs bis 1840 dem politischen Leben hin, „während man von seinen wissenschaftlichen Leistungen urtheilte, dass sie durch seine ausgesprochenen metaphysischen Neigungen beeinträchtigt worden seien“.²⁶⁷

Als er im Juni 1848 starb, übernahm, per Hausberufung, Georg Hirsch (1799–1885) die Medizinische Klinik. Hirsch praktizierte seit 1820 in seiner Vaterstadt und stand dem wissenschaftlichen Betrieb fern; nach zehn Jahren als Klinikchef war er vorzeitig gealtert und mußte sich krankheitsbedingt immer häufiger vertreten lassen. Die Medizinische Poliklinik, die Sachs in Personalunion geführt hatte, übernahm der Bonner Privatdozent Karl Berthold Heinrich, der sich aber dem „tollen Jahr“ 1848 so hemmungslos in die Arme warf, der sich „mit Leidenschaft in [den] hochgehenden Wogen der politischen Kämpfe“ tummelte, daß der Katzenjammer von 1849 ihn mit ganzer Wucht traf. Darob „in tiefe Melancholie verfallen“, beging er im April 1849 Selbstmord.²⁶⁸ Sein Nachfolger Julius Möller, 1859 den unpäßlichen Hirsch auch in der Medizinischen Klinik beerbend, schockierte nach Ende der Reaktionszeit mit ähnlich politischer Militanz und verlor 1864, während der „Konfliktzeit“, sein Amt im Zuge eines Disziplinarverfahrens. Zu diesem Zeitpunkt – und daran änderte sich bis 1873 fast nichts mehr – gab es in der Fakultät drei klinische Ordinariate für Chirurgie (Karl Ernst Albrecht Wagner), Innere Medizin (Möller, Nachfolger 1865: Ernst von Leyden) und Gynäkologie (Adalbert Hayn, im Herbst 1863 plötzlich verstorben, 1864 an seine Stelle tretend ein Vorreiter der operativen Gynäkologie, Otto Spiegelberg aus Freiburg, den die Fakultät aber rasch infolge eines Breslauer Rufes verlor, ihn 1865 mit der Hausberufung des gebürtigen Königsbergers Hugo Hildebrandt ersetzend) sowie drei ordentliche Professoren für die theoretischen Fächer Physiologie (Wilhelm von Wittich, seit 1855 Nachfolger von Hermann von Helmholtz), Anatomie (1861 als Nachfolger Martin Heinrich Rathkes: August Müller) und Pharmakologie (seit 1844 als erster Ordinarius des Faches Karl Wilhelm Friedrich Cruse). Eine „besonders hervorragende Kraft“ vermochte v. Wittichs Assistent, der spätere Berliner Anatom Wilhelm von Waldeyer-Hartz, aber auch unter den Ordinarien von 1864 nicht wahrzunehmen.²⁶⁹ Erst nach Möllers Entlassung habe sich das geändert, mit Leydens und Spiegelbergs Berufung und der Bewilligung eines neuen beamteten Extraordinariats für Pathologie und pathologische Anatomie, das 1865 Friedrich Daniel von Recklinghausen besetzte, der aber schon 1866 nach Würzburg ging und den Platz für Ernst Neumann räumte, den Sohn des Physikers Franz Ernst Neumann, einen Zögling der Fakultät, 1859 habilitiert. Bei seiner Bestallung, die erst nach Absagen mehrerer Konkurrenten erfolgte, betrachteten ihn Fakultät und Kurator als Verlegenheitslösung, trotzdem stieg er 1869 zum Ordinarius auf und beendete seine ausschließlich an der Albertina verbrachte Amtszeit, die mit der Entdeckung des Knochenmarks als Blutbildungsorgan begann, der aber keine vergleichbar innovativen Forschungen mehr folgten, 1903 mit dem posthumen Ehrentitel eines „Virchow des Ostens“.²⁷⁰

²⁶⁶ Vgl. Gause II, S. 499 f.

²⁶⁷ Prutz 1894, S. 209.

²⁶⁸ Ebd., S. 269 f.

²⁶⁹ v. Waldeyer-Hartz 1920, S. 124.

²⁷⁰ GSStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 20, Bd. IV, Bl. 7 f.; MedFak – PrMK v. 8. 3. 1866, Nf. v. Recklinghausen: primo et unico loco: Arthur Boettcher, 1833 Babern/Kurland–1889 Dorpat, nach Medizinstudium u. Prom. Dorpat 1856: *Observationes microscopicae de ratione qua nervus cochlae mammalium terminatur*, von 1856–1858 zur weiteren Ausbildung zu v. Brücke nach Wien u. Virchow FWU, 1858–1861 Dozent, 1861 ao., 1862 ord. Prof. f. Pathologie u. Anatomie Dorpat, 1877 an Tabes dorsalis erkrankt, 1883 Ruhestand; Pathologie mit stark anatomisch-entwicklungsgeschichtlichen Neigungen, 1868: *Ueber die Entwicklung und den Bau des Ohrlabyrinths*, nach Untersuchungen an Säugethieren (DBBL 1970, S. 85 f.). – Ernst Neumann berechtige allenfalls zu Hoffnungen, komme aber nur als interimistischer Leiter des Path.-Anatom. Instituts in Frage, wenn Boettcher ablehne – so wie eine Reihe anderer Kandidaten, bei denen man schon vorgeföhlt hatte. Auch der Kurator

Jedes dieser sieben Ordinariate war mit der Leitung eines Instituts oder einer Klinik verbunden, die, ausgenommen die 1864 neu erbaute Chirurgie, um 1870 sämtlich als zu klein, zu alt und zu schlecht ausgestattet galten. Neben den ordentlichen Professoren, die exklusiv die Fakultät bildeten und ihre Geschäfte führten, lehrten nur zwei beamtete Extraordinarien, der gesundheitlich defekte Anatom Ernst Burdach, Jahrgang 1801, 1848 zu den „Radikalen“ zählend,²⁷¹ in den 1860er Jahren „fortschrittlicher“ Stadtverordneter, sowie Heinrich Bohn, linksliberal wie sein Schwager, der Universitätsbibliothekar Rudolf Reicke, seit 1868 der erste Vertreter eines klinischen Spezialfaches, der Kinderheilkunde.

Unter diesen Medizinern, vom Historiker Nitzsch neben den Naturwissenschaftlern seiner eigenen Fakultät als „reine Materialisten in allen Stücken“ gescholten,²⁷² taten sich der Anatom und den „eitelen Glauben“ an „hohe [göttliche] Ahnherrn“ des Menschengeschlechts befehdende Darwin-Anhänger August Müller,²⁷³ der „geistige Funktionen“ an „materielle Vorgänge“ bindende Physiologe Wilhelm von Wittich²⁷⁴ sowie der Internist Möller hervor, dieser dermaßen als politischer Heißsporn, daß er, wie erwähnt, wegen seiner „Agitation gegen Bismarck“ den Lehrstuhl einbüßte.²⁷⁵ Möllers Nachfolger, der Danziger Ernst Leyden (1865–1872)²⁷⁶, „ganz radical und ein entschiedener Verehrer Gambettas und der Republik“,²⁷⁷ sowie – ungleich eifriger – der durch verwandtschaftliche Bezie-

(ebd., Bl. 6, 12.3.1866) meinte zu wissen, daß Neumanns Leistungen zu „ungenügend“ seien, um ihn für v. Recklinghausens Nachfolge zu qualifizieren. Trotzdem erfolgte nach Boettchers Ablehnung die Berufung, ebd., Bl. 85, PrMK-Kurator, Bestallung zum ord. Prof. v. 9. 1. 1869. – Zu Neumann die Monographie seines Nachkommen E. Neumann-Redlin 1987, darin, S. 22f., die wichtige Beobachtung, daß dem jungen Königsberger Pathologen früh in Virchow ein Gegner erwuchs. In dessen *Archiv für Pathologische Anatomie*, dem Zentralorgan des Faches, veröffentlichte er nach 1862, abgeschreckt durch eine Kritik des Herausgebers oder vielleicht auch aufgrund von dessen Weigerung, weitere Manuskripte Neumanns für das *Archiv* zu akzeptieren, nichts mehr (bis 1886). Da der kantisch-bodenständige Neumann es vermied, an Kongressen teilzunehmen und viele Studien eher zweitrangigen Redaktionen anvertraute, blieb dieser „Virchow des Ostens“ der scientific community nicht nur „persönlich unbekannt“, sondern wurde auch mit seinen Forschungen nicht wahrgenommen.

²⁷¹ Esau 1935, S. 98.

²⁷² So über die „Fortschrittsmediciner“ an Chr. P. Jessen, Pfingstdienstag 1864, in: Below (Hg.) 1911, S. 23f.

²⁷³ A. Müller 1866, S. 45, ferner zu den „Glanzseite[n] der Darwinischen Theorie“ ebd., S. 7, 19–22. Beachtlich auch seine „Bohnenrede“ vor dem Kreis der Kant-Freunde, über ‚Die Grundlage der Kantischen Philosophie, vom naturwissenschaftlichen Standpunkte gesehn‘, 1869, dort bes. S. 416ff. Müller nimmt darin, Kant und Darwin verknüpfend, Auffassungen der 1940 von Konrad Lorenz in Königsberg konzipierten „Evolutionären Erkenntnistheorie“ vorweg.

²⁷⁴ v. Wittich 1868, S. 28.

²⁷⁵ Prutz 1894, S. 257; Naunyn 1925, S. 263; Scholz/Schroeder 1970, S. 45. Dazu Möller, Actenstücke der wider mich geführten Disciplinaruntersuchung, 1864.

²⁷⁶ Leyden, auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn nobilitierter Berliner Ordinarius und gern von europäischen wie orientalischen Herrschern konsultierter Arzt, bekannte in seinen ‚Erinnerungen‘, als Gymnasiast in Marienwerder 1848 vom „Freiheitsfieber“ gepackt worden zu sein. In Königsberg sei er 1865 noch in die „alte streitsüchtige Stimmung vergangener Zeiten“ geraten, wo sich „Reaktion“ und „Fortschritt“ als „zwei feindliche Lager“ gegenüberstanden. Er selbst habe sich „dem politischen Treiben fern“ gehalten, doch ist nicht zu übersehen, daß für die Wahl des gesellschaftlichen Umgangs die jugendlichen März-Hoffnungen des Virchow-Schülers ausschlaggebend blieben. In Königsberg rief er mit dem anatomischen Prosektor Friedrich Goltz und dem Virchow-Schüler Heinrich Jacobson einen Debattierzirkel ins Leben, dessen „Versammlungen“ schnell vor allem bei den meisten Vertretern naturwissenschaftlicher Fächer „großen Anklang“ fanden. Leyden heiratete Marie Oppenheim, Tochter des freisinnig orientierten Königsberger Bankiers Rudolf Oppenheim, dessen Sohn wiederum mit einer Enkelin eines Wortführers der adligen Liberalen Ostpreußens, Ernst von Saucken-Tarputschen (1791–1854), verheiratet war. v. Leyden 1910, S. 46f., 93f., 102f., 106.

²⁷⁷ So Nitzsch am 26. 1. 1871 an seinen Bruder über Leyden, dem er gerade, mit nur einer Stimme in der Minorität, bei der Rektorwahl unterlegen war, v. Below (Hg.) 1911, S. 92f.

hungen eng mit den ostpreußischen Linksliberalen liierte Bernhard Naunyn (1872–1888), bekannten sich zur Fortschrittspartei.²⁷⁸ Als Prorektor trat Naunyn frühen jüdenfeindlichen Tendenzen in der Studentenschaft entgegen, mußte aber enttäuscht erkennen, bei den meisten Kollegen dafür keinen Rückhalt zu finden.²⁷⁹ Dem wegen seines politischen Engagements entlassenen Gesinnungsgenossen Möller, der ungeachtet persönlicher Nachteile die Fahne seiner Überzeugung verteidigt habe, widmete Naunyn einen warmherzigen Nachruf.²⁸⁰ Für „unsere vielgeschmähte moderne Zivilisation“ brach er beim Rücktritt vom Rektorat fortschrittsfroh eine Lanze, zugleich sich gegen kulturkritisch-konservative Idealisierungen der „einfachen, festen Lebensgewohnheiten“ von ehemals stemmend, da er als Arzt und Klinikchef gerade bei Patienten, die noch in solchen Strukturen wurzelten, der katholischen Landbevölkerung des Ermlands oder besonders bei der in „uralter Weise weiterlebenden jüdischen Bevölkerung“ Russisch-Polens in „wahrhaft erschreckender Häufigkeit alle möglichen Nervositäten“ angetroffen habe, die als vermeintliches Signum moderner Hast und „Lebensintensität“ gelten.²⁸¹ Naunyn, in seiner Straßburger Zeit und als Emeritus gern mit der Medizingeschichte des 19. Jahrhunderts befasst, begrüßte daher auch die Ausweitung sozialer Kompetenzen der Ärzte, mit der Tendenz, einer Theorie des „Volkskörpers“ das Wort zu reden. Zudem als alter „Fortschrittler“ daran glaubend, daß sich die Politik der Führung vernunftgeleiteter Wissenschaft anvertrauen müsse, die, soweit es die medizinischen Fächer betreffe, ihren triumphalen Weg ganz selbständig und unabhängig von der nationalen Entwicklung nach 1870 beschritten habe, als Erzeugnis des deutschen „Volksgeistes“ quasi von unten gemacht und nicht von oben verordnet.²⁸²

Vor 1870 war Naunyns Philosemitismus noch verbreiteter, als die Fakultät wegen der Habilitation des jüdischen Pathologen Simon Samuel offensichtlich geschlossen den Konflikt mit dem Kultusminister von Mühler riskierte und ihm nach Jahren der Beharrlichkeit 1866 das Zugeständnis abrang, auch nicht-evangelischen Dozenten die *venia* verleihen zu dürfen.²⁸³ Mit Leyden, Naunyn und dem Ophthalmologen Julius Jacobson (1873–1889), dem Schwiegervater des pazifistischen Historikers Ludwig Quidde, und dem Chirurgen Carl Schönborn (1871–1886) bewahrten die Mediziner jedoch

²⁷⁸ Naunyn 1925, S. 283f.; dort über seinen Onkel Karl Haebler, Mitglied im preußischen Abgeordnetenhaus und Führer der Deutschen Fortschrittspartei in der Provinz Preußen, zusammen mit anderen „Junglitauern“ Initiator des Budgetkonflikts. Haebler führte Naunyn in „freisinnige Kreise Königsbergs“ ein, vermittelte auch die Freundschaft mit dem freisinnigen Parteiführer Leopold von Hoverbeck. Folglich lautete Naunyns politische Selbsteinschätzung: „[Ich] war liberal vom linken Flügel und ständig Wahlmann für die Fortschrittspartei“, daher habe er sich in den „offiziellen [konservativen und nationalliberalen] Kreisen Königsbergs“ nicht wohl gefühlt. Zu Oberpräsident von Horn sei zwar nach anfänglicher Distanz ein engeres Verhältnis möglich gewesen, nicht aber mehr zu dessen Nachfolger von Schlieckmann (ebd., S. 326, 395).

²⁷⁹ Naunyn 1925, S. 384; Naunyn weigerte sich 1884, die jüdenfeindlichen Statuten des „Vereins Deutscher Studierender“ zu bestätigen, wurde aber vom Senat desavouiert, der nichts dabei fand. Nach den Erinnerungen des Diplomaten Rudolf Nadolny (1955, S. 15), der dem VDSt an der Albertina angehörte, lag das Hauptgewicht dieser der Stoecker-Bewegung entsprungene Vereinigung in Königsberg nicht so sehr beim „Antisemitismus“ – man sei eher „national“ und „sozial“ gewesen.

²⁸⁰ Zuerst 1887, wieder in: Naunyn 1909, Bd. II, S. 1193–1196. Vgl. dazu Möller 1890.

²⁸¹ Zuerst 1885, wieder in: ebd., Bd. II, S. 1243–1258: Anschauungen der modernen Wissenschaft über die sogenannte Nervosität, hier zit. S. 1247.

²⁸² Zuerst 1900, wieder in: ebd., S. 1280–1292: Die Entwicklung der inneren Medizin mit Hygiene und Bakteriologie im 19. Jahrhundert, hier zit. S. 1291f.

²⁸³ Dazu Prutz 1894, S. 281–287; gegen den heftigen Widerstand der Historiker Drumann und Voigt fand sich bereits im Januar 1848 eine Mehrheit, die für die Änderung der Statuten stimmte, um Juden an der Albertina den Weg zur Habilitation freizumachen. Darauf beriefen sich die Mediziner 1860, als sie Samuels ersten Antrag unterstützten. Daß der Pathologe den „Fortschrittsmedizinern“ unter den Ordinarien nahe stand, ergibt sich aus seinem Erfahrungsbericht aus dem Krieg von 1866, der bei allem verhaltenen Patriotismus doch pazifistische, kosmopolitische, „völkerbündliche“ Präferenzen erkennen läßt (Samuel 1867).

länger den Geist ostpreußischen Fortschritts als ihre Nachbarfakultäten. So ist in Jacobsons ‚Briefen an Fachgenossen‘ unter specialistischem Wust zur „Stauung in den Choroidalvenen“ oder „Extractio lentis in der Kapsel“ immer wieder von dem Zeitgeistwandel nach 1866 die Rede, der bei ihm häufige „Sonntags- und Alltagsmelancholien“ auslöste, und der sich für ihn nahezu traumatisch in der Person Bismarcks verkörperte, dessen Politik ausschließlich dem Maßstab des Erfolgs gehorche, während er, wie zumindest „die gesammte Intelligenz“ bis 1848, „n u r von Ideen animirt“ worden sei.²⁸⁴ Bis dahin hätten die „materiellen Interessen“ nur eine „höchst untergeordnete Rolle“ gespielt, „Idealismus, politischer Freisinn waren die selbstverständlichen Glaubensbekenntnisse aller hervorragenden Geister, unter denen die Universität Bessel, Lobeck, Lehrs, Jacobi, Neumann, Burdach, Rosenkranz und Andere aufzuweisen hatte“. Was dann folgte, die „unerhörte Reaction“, nährte, verstärkt seit 1866 – „mit Sadowa“, mit dem Sieg der preußischen Armeen in der Schlacht von Königgrätz –, Jacobsons Gefühl, einer „unwiderstehliche[n] Gewalt des Zeitgeistes“ weichen zu müssen, der ihn seit der Reichseinigung endgültig zu isolieren drohte: „[...] seit 1870 befinde ich mich mitten in einer Gesellschaft, mit der ich Nichts gemein habe, als das Animalische“.²⁸⁵

Ungeachtet solch resignativer Rückzugsstimmung, die nicht allein politisch sondern auch durch eine ihn seit 1865 plagende Trigemimusneuralgie bedingt war,²⁸⁶ führte Jacobson in der Fakultät keineswegs das eremitische Dasein eines Dozenten, der im augenärztlichen Spezialismus sein Genügen fand. Gerade unmittelbar nach 1870 setzte dieser nichtbeamtete Extraordinarius alle Hebel in Bewegung, um zu beenden, was er in drei bis ins preußische Abgeordnetenhaus hineinwirkenden, einen überaus bissigen Ton anschlagenden Broschüren als einen „Nothstand im Cultus“ geißelte – das Fehlen ophthalmologischer Ordinariate und Kliniken an preußischen Universitäten.²⁸⁷ Mit seinem 1873 bewilligten Aufstieg zum Ordinarius und mit der im Mai 1877 eröffneten neuen Universitäts-Augenklinik erreichte sein von den ostpreußischen Matadoren der Fortschrittspartei (v. Hoverbeck, v. Saucken-Tarputschen jr.) unterstützter publizistischer Feldzug für die aus der Umklammerung der Chirurgie befreite selbständige Stellung der Augenheilkunde ihre wichtigsten Ziele.²⁸⁸

Mit Eintritt des getauften Juden Jacobson in die Ordinarienriege nahm, wie der Anatom Ludwig Stieda rückblickend konstatierte, das „jüdische Element“ an Bedeutung zu. 1873 ging der pharmakologische Lehrstuhl Cruses an den ungetauften Juden Max Jaffé, der bis 1911 in Königsberg amtierte. 1883 trat mit dem Physiologen Ludimar Hermann ein weiterer Mediziner jüdischer Herkunft, ebenfalls nicht konvertiert, in die Fakultät ein. Zwar ohne die hochschulpolitischen Gestaltungsrechte der Ordinarien, aber gleichwohl nicht einflusslos waren Salomon Pincus und Julius Schreiber. Pincus, erst

²⁸⁴ Jacobson 1894 (posthum hg. von seiner mit L. Quidde verheirateten Tochter Margarethe), S. 144–146, an einen Kollegen in Paris v. 10. 7. 1886; ebd., S. 189–194 v. 28. 1. 1887, bes. S. 192f.: „Mein politisches Leben beginnt mit dem Jahre 1840 in einer Zeit, in der alle Gebildeten, die Universität an der Spitze, fühlten, es könne mit dem Absolutismus auf die alte Art nicht weiter gehen ...“. Aber: „Alles was wir vor 40 Jahren mit Begeisterung für den Freiheitsgedanken schwer errungen, wofür wir Hab und Gut, selbst unsre bürgerliche Freiheit eingesetzt haben, ist für die gegenwärtige Generation werthlos geworden.“ Ähnlich an Dr. Wentscher in Thorn v. 17. 2. 1887, S. 228–230. – Karl Holl, der Biograph seines Schwiegersohns Ludwig Quidde, sieht in den „schlimmen Erfahrungen der Jugendzeit Jacobsons“, der habe erleben müssen, wie seinem Vater, einem „hochgeschätzten Königsberger Orthopäden und Chirurgen“, aus konfessionellen Gründen die venia verweigert worden sei, das wesentliche Motiv für die frühe politische Orientierung am Liberalismus und die Begeisterung für die Toleranz verheißenden Ideen von 1848 (Holl 2007, S. 52f.).

²⁸⁵ Jacobson 1894, S. 144f.

²⁸⁶ Sein Schüler Adolf Vossius sprach dies Leiden in seiner Gedächtnisrede an Jacobson bekämpfte den Schmerz zwanzig Jahre lang mit Morphium, seit 1885 mit Kokain. Die Drogensucht verursachte eine Herzschwäche, der er 1889 während eines Sommeraufenthalts im Seebad Cranz mit nur 61 Jahren erlag (Vossius 1889, S. 4f.).

²⁸⁷ Erschienen 1868, 1869, 1872, wiederabgedruckt im Anhang zur posthumen Briefausgabe, Jacobson 1894, S. 519–572

²⁸⁸ Ebd., S. 573–580, Rede zur Einweihung der Königsberger Universitäts-Augenklinik am 3. 5. 1877.

1872 habilitiert, erhielt 1875 das neu gegründete, besoldete Extraordinariat für Staatsarzneikunde und wurde damit der erste etatisierte Vertreter der Gerichtsmedizin in Königsberg.²⁸⁹ Der gleichfalls jüdische Internist Schreiber, durch und durch Kliniker und wie der Chirurg Egbert Braatz tüftlerisch an der Verbesserung des diagnostisch-therapeutischen „Werkzeugs“ arbeitend,²⁹⁰ kam 1888 bei der Besetzung des neuen Extraordinariats für medizinische Poliklinik und klinische Propädeutik zum Zuge.²⁹¹ 1888 intervenierte Stieda daher bei Althoff, als zu fürchten stand, mit dem für die Naunyn-Nachfolge genannten, von der Fakultät allerdings hinter dem Kieler Internisten Heinrich Quincke (der den Ruf ablehnte)²⁹² und dem von den Gutachtern des Ministeriums sehr unterschiedlich beurteilten Erlanger Neuropathologen Adolf Strümpell nur tertio loco vorgeschlagenen Ludwig Lichtheim (1888–1912) werde die Grenze des Zuträglichen überschritten. Nachdem Neumann und Jacobson mit ihrem Sondervotum für den geborenen Ostpreußen Hermann Eichhorst (Zürich), ehemaliger Naunyn-Assistent und der „tüchtigste Mediziner“, der seit 1860 an der Albertina studiert habe,²⁹³ nicht durchgedrungen waren und auch eine zweite Liste in Berlin auf Ablehnung stieß, entschied Althoff sich für Lichtheim.²⁹⁴ Dabei hatte sich Minister von Goßler, ob mit oder ohne Althoffs Zutun, ist nicht zu eruieren,

²⁸⁹ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 24, Bd. I, Bl. 113, 117; Kur. – PrMK v. 28. 12. 1872, Meldung über Habil. Pincus u. PrMK – Kur. v. 12. 8. 1875 betr. Verleihung des Extraord. an Pincus, s. u. Anm. 322.

²⁹⁰ Typisch, daß eine seiner wenigen monographischen Arbeiten der Rektromanoskopie von Darmerkrankungen gilt, die er mit einem selbst konstruierten Endoskop vornahm, Schreiber 1908.

²⁹¹ Der aus der Provinz Posen stammende Schreiber war schon 1886 zum Direktor der Med. Poliklinik ernannt worden, zum SS. 1888 berief ihn das PrMK, ohne die Fakultät zu konsultieren, auf das neu etatisierte Extraordinariat (GStA ..., Nr. 21, Bd. VIII, Bl. 97; PrMK – Kurator v. 19. 4. 1888). Mit diesem Schreiben wurde der MedFak mitgeteilt, daß Hermanns Assistent, der nb. ao. Prof. Oscar Langendorff, gleichfalls jüdischer Herkunft, fortan eine Besoldung von 1.800 M. erhalte.

²⁹² Ebd., Bl. 78; Althoff – Kurator AUK v. 29. 2. 1888: Quincke habe abgelehnt, fraglich, ob die beiden anderen Genannten, Strümpell und Lichtheim, für Königsberg geeignet seien. Daher solle die Fakultät neue Vorschläge einreichen und sich zu Hoffman-Leipzig, Schultze-Dorpat und Eichhorst-Zürich äußern.

²⁹³ Ebd., Bl. 136–138; Separatvotum Neumann/Jacobson v. 12. 3. 1888, zuvor zur I. Liste schon Separatvotum Jacobson v. 19. 1. 1888 zugunsten von Hermann Eichhorst, 1849 Königsberg–1921 Zürich, med. Studium AUK 1869–1873, Prom. mit einer von Leyden angeregten Arbeit über Nervenregeneration und Nervendegeneration, wie Quincke Frerichs-Schüler (1874–1876 an dessen Med. Klinik FWU), ohne Habil. b. ao. Prof. f. Hautkrankheiten Jena, 1878 f. spez. Pathologie Göttingen, oö. Prof. f. spez. Pathologie u. Therapie Zürich 1884–1921, Verfasser eines vierbändigen, bis 1909 in sechs Aufl. verbreiteten Lehrbuches der inneren Medizin, aber nach Einschätzung seines Biographen Fasolt 1983, S. 35, ein reproduktives Talent, der „nichts wirklich Neues entdeckt“ habe.

²⁹⁴ GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 181, Bd. II, Bl. 38 f.; Stieda an Althoff v. 14. 1. 1888: „[...] ob es nun zweckmäßig ist, das jüdische Element gerade hier in Königsberg zu vermehren, möchte ich bezweifeln.“ Lichtheim sei ihm zwar persönlich nicht bekannt. Aber: „Nebenbei höre ich, daß Lichtheim getaufter Jude ist (er stammt aus Schlesien), ist in Breslau geboren, und zwar soll er sich erst kürzlich haben taufen lassen. [...] Unsere beiden Kollegen Jaffé und Hermann sind durchaus ehrenwerte Männer, vortreffliche Mediciner und jede Fakultät muß glücklich und zufrieden sein, sie zu besitzen [aber eben Juden], Jacobson ist ein getaufter Jude. Von den 11 Extraordinarien sind 4 Juden (Samuel, Pincus, Caspary, Schreiber). Langendorff [Hermanns Assistent] hat sich kürzlich taufen lassen, von den neun Privatdozenten sind drei Juden (Falkenheim, Minkowski, Treitel). Unter 28 Dozenten demnach 9 Juden – die getauften nicht mitgerechnet, denn die getauften Juden sind eben doch nur getaufte!“ – Liste Nf. Naunyn v. 25. 1. 1888 in: GStA ..., Nr. 20, Bd. VIII, Bl. 70–73: 1. H. Quincke, 1842 Frankfurt/O.–1922 Frankfurt/M., Schüler von Frerichs, Habil. FWU 1870, oö. Prof. f. Innere Medizin Bern 1873, 1878–1908 Kiel, 1915 Reaktivierung als Prof. MedFak Frankfurt, Lungenforschung, Pionier der Lumbalpunktion. – 2. Adolf Strümpell, 1853 Gut Neu-Autz/Kurland–1925 Leipzig, Prom. u. Habil. Med. Klinik Leipzig, 1886 oö. Prof. f. Innere Medizin Erlangen, 1903 Breslau, 1909 Wien, 1910 Rückkehr nach Leipzig, Begründer der Neurologie als medizinisches Lehrfach in Deutschland (Kreuter), sein Lehrbuch der speziellen Pathologie und speziellen Therapie der inneren Krankheiten (1883/84) erlebte bis 1934 stolze 32 Auflagen; autobiographisch: Aus dem Leben eines deutschen Kliniklers (1925). Über ihn hatte Althoff den Marburger Physiologen Eduard Külz (1845–1895)

bereits 1884 alle Mühe gegeben, um die Berufung des von der damals „fortschrittlich“-homogenen Fakultät einstimmig zunächst allein, dann *primo loco* vorgeschlagenen Züricher Physiologen Ludimar Hermann zu verhindern,²⁹⁵ weil auch er aufgrund seines „mosaischen Glaubens“ für Königsberg

befragt, der die wissenschaftliche Herkunft Strümpells aus der „Leipziger Schule“ als „nicht gerade bedeutend“ bemäkelte, nur einige Arbeiten für „recht wertvoll“ erachtete, sich vom „ungleichmäßig bearbeitet[en]“ Lehrbuch wenig beeindruckt zeigte und den aus eigener Anschauung erlebten klinischen Unterricht des Erlanger Internisten als „geradezu verderblich“ beurteilte (Gutachten v. 10. 2. 1888, ebd., Bl. 107f.). Günstiger fiel das Votum des Ex-Königsberger Chirurgen Schönborn aus, der eigens zwei seiner Assistenten als „Spione“ von Würzburg nach Erlangen geschickt hatte (ebd., Bl. 109f.; Sch. – Althoff v. 15. 2. 1888). – 3. L. Lichtheim (s. Catalogus), dessen Verdienste als Neuropathologe betont wurden. – Ausweislich ihrer Publikationen, ihres Ranges als deutsche Ordinarien und ihres Ansehen im Fach standen Quincke und Strümpell zu Recht vor Lichtheim, doch gerade dieses Renommee machte sie für Königsberg unerreichbar. Eine zweite Liste v. 19. 3. 1888 (ebd. Bl. 129–132) schraubte die Ansprüche daher zurück, ließ auch Lichtheim fallen und nannte: 1. Friedrich Albin Hoffmann, 1843 Ruhrort–1924 Leipzig, ord. Prof. Dorpat 1874–1886, 1886–1920 oö. Prof. Leipzig, Direktor Med. Poliklinik, Diabetes-Forscher, 1893: Lehrbuch der Konstitutionskrankheiten, 1896: Die Krankheiten der Bronchien. Sein ‚Handbuch der allgemeinen Therapie innerer Krankheiten‘ sei keine Kompilation, sondern eine originelle Leistung und „wissenschaftliche That“. Daher fiel das Votum für ihn einstimmig aus, wenn auch Neumann/Jacobson ihn für zu einseitig „medizinisch-chemisch“ hielten. – 2. Franz Riegel, 1843 Würzburg–1904 Bad Ems, 1873 Habil. f. Innere Medizin Würzburg (Über das Verhältnis der Atembewegung beim gesunden und kranken Menschen), 1874 Lt. Arzt Innere Abt. Bürgerspital Köln, 1879 oö. Prof. f. Innere Medizin Gießen, Schwerpunkte: Diagnostik u. Therapie der Magenkrankheiten, Asthma, Pulsuntersuchung. Für Riegel fiel hingegen das Votum knapp aus (5:3). Der von Neumann/Jacobson protegierte Hermann Eichhorst (s. o. Anm. 293) wurde mit 4:3 Stimmen abgelehnt und nicht vorgeschlagen. Gegen den Willen der Fakultät endete das Verfahren dann mit einem Althoff-Oktroi zugunsten Lichtheims und zwar rasch nachdem die II. Liste v. 19. März in Berlin eingetroffen war, wie ein Dankschreiben Lichtheims an Althoff v. 17. 4. 1888 belegt (ebd., Bl. 135). Bestallungsvorschlag v. 20. 4. 1888 in: GStA, Rep. 89, Nr. 21660, Bl. 175–177, prompt ausgeführt am 23. 4. 1888!

²⁹⁵ GStA ..., Nr. 20, Bd. VII, Bl. 13 f.; MedFak – PrMK v. 14. 2. 1884, I. Liste Nf. v. Wittich, *primo et unico loco* Ludimar Hermann, einstimmig vorgeschlagen aufgrund seiner „hervorragenden wissenschaftlichen Productivität“ sowie seiner „ausgesuchten Begabung“ als Lehrer. Von ihm allein erwarte man die „grundlegende“ physiologische Schulung der ostpreussischen Ärzteschaft. Nach der ministeriellen Zurückweisung setzte man selbstgewiß Hermann *primo loco*, wiederum „einstimmig“, da sich die Überzeugung der Fakultät durch v. Goßlers Widerstand weiter „befestigt“ hatte, in ihm nicht nur einen international angesehenen, führenden Vertreter seines Faches zu gewinnen, sondern auch einen „Character“, dessen „collegiale Gesinnung auf das Vortheilhafteste“ bekannt sei, so daß es „geradezu ein Glück für die Fakultät“ wäre, ihn nach Königsberg zu holen. An zweiter Stelle, aber nur mit vier zu drei Stimmen, stand nun der ältere Kieler Physiologe Victor Hensen (1835 Schleswig–1924 Kiel), den man als Forscher in der ersten Reihe deutscher Physiologen wählte, mit bedeutenden Arbeiten zur Physiologie der Zeugung und der Sinnesorgane, mit einschlägigen Beiträgen zu Hermanns ‚Handbuch‘. Hensen, der seiner nordelbischen Alma mater von der Immatrikulation bis zur Emeritierung die Treue hielt, promovierte in Kiel 1860, wurde im gleichen Jahr für Anatomie habilitiert und war schon 1868 Ordinarius für Physiologie, 1877 Rector magnificus. Er gehörte zu der ersten Forschergeneration, die sich vom morphologisch-beschreibenden dem biologisch-quantifizierenden Verständnis der Körperfunktionen zuwandten. Für seine Ortsfestigkeit ausschlaggebend war vor allem Hensens Interesse an der Meeresforschung, die sich von der Fischereibiologie (Populationsstatistik) nach 1870 schnell auf die Plankton-Forschung ausdehnte („Begründer der quantitativen Planktologie“, Porep 1970 sowie SHBL IV, S. 97–99). Die Ablehnung des Rufes führt Porep 1970, S. 60, auf Hensens meeresbiologische Interessen zurück. – Tertio loco, wieder nur mit 4:3 Stimmen, rangierte Siegmund von Exner (-Ewarten), 1846 Wien–1926 ebd., Sohn des Philosophen Franz E. (1802–1853), Schüler der beiden ehemaligen Königsberger Physiologen Ernst Wilhelm v. Brücke (1819–1892, 1848/49 AUK, seitdem Wien) und v. Helmholtz, Habil. 1871 Wien: Ueber den Erregungsvorgang im Sehnervenapparate, 1874 ao. Prof., 1891–1917 ord. Prof. f. Physiologie ebd. (Nf. v. Brücke). Von der Fakultät, die Exner „unter den jüngeren Physiologen zu den bedeutendsten“ rechnete, gewürdigt aufgrund seiner hirn- und sinnesphysiologischen Forschungen, 1881: Untersuchungen über die Localisation der Functionen in der Großhirnrinde des Menschen, sowie seines Beitrags zu Hermanns ‚Handbuch‘: Physiologie der Großhirnrinde (Bd. II/2, 1879, S. 189–361); Exners fulminantes Hauptwerk erschien

ungeeignet sei. Hermann hatte sich überdies öffentlich, in einer Züricher Rektoratsrede, zu Darwins „Descendenzlehre“ bekannt, die mit dem transzendentalen Zweckbegriff den „schöpferischen Willen“ und damit jeden theologisch-metaphysischen Bezug aus dem naturwissenschaftlichen Diskurs eliminiert habe.²⁹⁶

Gern hätte das Ministerium Victor Hensen aus Kiel an v. Wittichs Stelle gesehen, doch der hatte, wie später sein Fakultätskollege Quincke, den Ruf abgelehnt.²⁹⁷ Politisch hätte sich v. Goßler mit dem Linksliberalen Hensen, der für den „Fortschritt“ im preußischen Landtag saß und sich im Kieler Stadtparlament engagierte,²⁹⁸ gewiß keinen Gefallen getan. Zu schweigen von dem an dritter Stelle vorgeschlagenen Wiener Hirnphysiologen Siegmund von Exner, Mitarbeiter an Hermanns ‚Handbuch der Physiologie‘, der 1894 ungleich radikaler als Hermann die weltanschaulichen Konsequenzen aus seinen neurologischen Analysen zog, als er seinen ‚Entwurf zu einer physiologischen Erklärung der psychischen Erscheinungen‘, eine jede Ethik chemisch-physikalisch, aus nervösen Erregungen ableitende „Physiologie der Moral“ vorlegte, ein materialistisches Kompendium, das man getrost als Gründungsdokument *avant la lettre* des atheistischen Logischen Empirismus des „Wiener Kreises“ begreifen kann.²⁹⁹

Fast erleichtert schien von Goßler dann, als er 1887 der Fakultät mit dem in Krakau in polnischer Sprache dozierenden Chirurgen Mikulicz-Radecki wieder einen Ordinarius mit zwar unpassender Abstammung („slawisch“) und bedenklicher Konfession („Katholizismus“, wenn auch „von sehr milder Richtung“) konzederen mußte, von dem aber, wenn auch erst nach eingehender Prüfung,³⁰⁰ wenigstens feststand, daß der Wiener Zögling Billroths ein „eifriger Deutscher“ mit nationalliberaler Präfe-

jedoch erst 1894: Entwurf der physiologischen Erklärung der psychischen Erscheinungen (Biogramm in: ÖBL I, S. 276; ausführlicher Lesky 1965, S. 541–544). – Diese II. Liste Nf. v. Wittich v. 30. 5. 1884, in: GStA ..., Nr. 20, Bd. VII, Bl. 87–89.

²⁹⁶ Hermann 1879; referiert bei Schwalder 1990, S. 41–44.

²⁹⁷ GStA, I. HA, Rep. 89, Nr. 21660, Bl. 99–101; v. Goßler – ZivK v. 8. 8. 1884 zur Nachfolge v. Wittich: Hensen, nur mit Gegenstimmen *sec. loco* plazierte, der als Protestant besser in die Fakultät passe als der „mosaische“ Hermann, habe den Ruf abgelehnt, um an seiner Heimatuniversität zu bleiben. Nach Hensens Absage habe die Fakultät „auf das inständigste“ ihren Wunsch erneuert, Hermann zu berufen, und ihm sei in Anbetracht fehlender Alternativkandidaten leider nichts übrig geblieben „als ihr zu willfahren“. Auch sei unübersehbar, daß Hermanns sechsbändiges ‚Handbuch der Physiologie‘ an „erster Stelle“ in der „physiologischen Literatur der Neuzeit“ stehe, sein ‚Grundriß der Physiologie‘ bereits sieben Auflagen und die Übersetzung in neun Sprachen erlebt habe!

²⁹⁸ Vgl. Artikel V. Hensen in: SHBL IV, S. 98; der linksliberale „Materialist“ Hensen saß 1867/68 für die Fortschrittspartei im preuß. Landtag, engagierte sich von 1894–1904 im Kieler Stadtverordnetenkollegium.

²⁹⁹ v. Exner 1894; dazu knapp und treffend Lesky 1965, S. 543f.; Stadlers Geschichte des „Wiener Kreises“ (1997) verfolgt dessen „altösterreichische Spuren“ bis zurück zu Ernst Mach und Bernhard Bolzano und Franz Brentano, ignoriert aber die als Ursprungsmilieu gleich wichtige, von Erna Lesky 1965 umfassend dargestellte Wiener medizinische Schule des 19. Jahrhunderts. Den Namen Siegmund v. Exner sucht man daher vergeblich bei Stadler.

³⁰⁰ Es dürfte wenige Personalentscheidungen geben, bei denen ein ähnlich hoher Gutachteraufwand getrieben wurde wie bei der Schönborn-Nachfolge. Ausgerechnet der polnische Ex-Königsberger Adamkiewicz, nun Kollege Mikulicz' in Krakau, ließ Althoff wissen, M. sei in seiner Nationalität „etwas unentschieden“. Vgl. GStA ..., Nr. 20, Bd. VII, Bl. 293–313; dort ca. zwei Dutzend Gutachten von Billroth, Trendelenburg, v. Volkman usw. zu den *pari loco* an erster Stelle vorgeschlagenen Otto Wilhelm Madelung, 1846 Gotha–1926 Göttingen, 1882 ord. Prof. Rostock, 1894 Straßburg, und Mikulicz. Der Zweitplazierte, Heinrich Braun (Jena), der 1890 Mikulicz in Königsberg nachfolgte, galt Richard von Volkmann als indiskutabel, da „nur durch Beziehungen nach Jena“ gelangt (Bl. 293–295; an Althoff v. 5. 12. 1886). Ebd., Bl. 273–277; MedFak – PrMK v. 8. 11. 1886, Liste Nf. Schönborn. – Über die eher unglückliche Zeit inmitten chauvinistischer, „stockpolnischer“ Kollegen, die ihm selbst verübelten, daß der Chirurg seine Beziehungen nach Deutschland „eifrig“ pflegte, vgl. die erst 1988 publizierten Erinnerungen seiner Frau Henriette M.-R., S. 67–83. Die Berufung an die Albertina war daher nicht nur ein Aufstieg über „mehrere Stufen auf der akademischen Leiter“, es war auch eine Befreiung aus den „kleinlichen und schiefen Ver-

renz sei.³⁰¹ Aus „Achtung für das geordnete Staatswesen“, dem er seit dem SS. 1887 als Beamter diente, ersetzte Mikulicz, froh über die „strammere Zucht“ in Preußen, die sich vorteilhaft abhob „gegen das schlaffe und zum Teil verlotterte Wesen in Galizien“, seine österreichische durch die preußische Staatsbürgerschaft.³⁰²

Nach Ansicht des Staatsrechtlers Zorn mußte die von ihm argwöhnisch bäugte Konzentration jüdischer Dozenten auch die politischen Kräfteverhältnisse in der Universität verschieben. Denn Hermann, Lichtheim und Jaffé seien zwar „Mediciner ersten Ranges“, doch verstärkt um die Nicht-Juden Ernst Neumann (Pathologie), Rudolf Dohrn (Gynäkologie)³⁰³ und Jacobsons Nachfolger Arthur von Hippel, hätten hier Männer zusammengefunden, die „durch und durch radical“ seien.³⁰⁴ Aus der Sicht des Freikonservativen Zorn war die von ihm in herablassende Anführungszeichen gesetzte „Königsberger ‚Bildung‘ der Gasse“ ohnehin allzu „sehr semitisch und radical gefärbt“, als daß er über die vielfachen Impulse, die von diesen medizinischen Kollegen im Rahmen des öffentlichen Vortragswesens auf akademisch gebildete Kreise „in der alten fortschrittlichen Hochburg“ Königsberg und in den größeren Provinzstädten ausgingen, viel Freude hätte empfinden können.³⁰⁵

Wenn sich aus der Außensicht Zorns um 1890 die Fakultät so weltanschaulich homogen ausnahm, so mochte das als Momentaufnahme stimmen und tatsächlich als zutreffendes Bild bis 1914 Bestand haben. Gleichwohl war diese „fortschrittliche“ Zusammensetzung das Resultat eines zwanzig Jahre währenden Ausleseprozesses, der zwischen 1872 und 1885 maßgeblich von Jacobson, Naunyn und Schönborn qua „Selbstrekrutierung“ gesteuert wurde. Einige Zufälle kamen ihnen dabei zugute. Der

hältnissen“ im nationalistischen Milieu Krakaus, wo ihm deutschfeindliche Assistenten und Schüler als „heimliche Aufpuffer und Widersacher“ die Arbeit erschwerten (ebd., S. 85).

³⁰¹ GStA, Rep. 89, Nr. 21660, Bl. 144–148; v. Goßler – ZivK v. 25. 1. 1887. Die Verhandlungen mit Madelung waren gescheitert, und es galt, den nun zur Berufung vorgeschlagenen Mikulicz in einem möglichst „deutschen“ Licht erscheinen zu lassen. Daher ausführliche Hinweise auf seine sächsische Mutter, seine deutsche Ehefrau, die allein gebrauchte deutsche Familiensprache, die unvollkommene Aneignung des Polnischen, das Bestreben, Krakau zu verlassen. Und, was v. Goßler bei Beurteilungen von Chirurgen nie unterließ, der wichtige Hinweis, M. werde der preußischen Armee nützliche Dienste leisten.

³⁰² H. Mikulicz-Radecki 1988, S. 286.

³⁰³ Der Holsteiner Dohrn war mit einer Jüdin verheiratet. Gegen Zorns Einschätzung, die weltanschauliche (materialistische) und politische („Fortschrittspartei“) Haltung in eines setzte, stellte sein Nachrufer die „vaterländische“ Einstellung des Burschenschafters Dohrn heraus, die ihn auch „die große Erhebung“ von 1914 „innerlich“ miterleben und ihn „von Herzen deutsch“ fühlen ließ (Ahlfeld 1916, S. 84).

³⁰⁴ GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 205, Bd. I, Bl. 38; Zorn – Althoff v. 7. 5. 1890. – Wer die höchst seltenen, in der Berliner Staatsbibliothek nicht überlieferten, nur als Manuskript gedruckten ‚Erinnerungen‘ Hermanns in die Hand bekommt, fände Zorns Gruseln verständlich. Denn Hermann, Sohn eines dem Amt entflohenen Rabbiners, kredenzte Idealisten jeglicher Couleur ein ätzendes Vademecum in Sachen Religion: „Von einem Naturforscher ist gewiß nicht zu verlangen, daß er irgend etwas Konfessionelles ernst nimmt; er kann es höchstens als etwas historisch Entwickeltes, als eine Reminiszenz an kindlichere [sic] Stadien der Menschheit respektieren, so sehr er auch fühlt, daß die Naturwissenschaft nichts fundamental erklären kann und alle Grundfragen offen läßt.“ (Hermann 1915, S. 144). Daß Hermanns metallische Nüchternheit vor der eigenen Konfession nicht halt macht, ergibt sich aus den herablassenden Bemerkungen über das Judentum allgemein, besonders aber über den Zionismus: „Der Zionismus erscheint völlig aussichtslos [...], das starre Judentum, welches dort [im „neuen Staat“] herrschen wird, dürfte sich als intoleranter und kulturwidriger erweisen als das Papsttum.“ (ebd., S. 145).

³⁰⁵ Ebd., B Nr. 205, Bd. II, Bl. 4; Zorn – Althoff v. 16. 1. 1895 und ebd., Bl. 24; Zorn – Althoff v. 31. 3. 1895, am Vorabend seiner Bismarck-Geburtstagsrede, mit der er die „fortschrittliche Hochburg“ ein wenig in Aufregung zu versetzen gedachte. – Zorns an sich nicht unbegründete Furcht, die Wirksamkeit der Mediziner außerhalb von Hörsaal und Klinik könnte das weltanschaulich-politische Bewußtsein des Bürgertums und der Arbeiterschaft der Provinz beeinflussen, findet wenigstens beim Studium der Protokolle ihres sich an Kollegen und interessierte Laien wendenden, wichtigsten Podiums, des „Vereins für wissenschaftliche Heilkunde“, keine Bestätigung (vgl. unten 4.3.3.).

wichtigste: 1871 starb der Chirurg Wagner während des Feldzuges in Frankreich. Er galt bis dahin als der starke Mann der Fakultät, zugleich als der unversöhnliche Feind Jacobsons und potentielles Opfer von dessen Kampagne für die Trennung von Chirurgie und Augenheilkunde. Wagner stemmte sich gegen Jacobsons Forderung nach „Autonomie“ und eigenem Ordinariat. Wie anderswo bei der Ablösung der Spezialfächer von ihren „Mutterdisziplinen“ auch, war das stets eine Machtfrage, da Einfluß und Geld neu verteilt wurden. Im Konflikt zwischen Wagner und Jacobson kamen persönliche Animositäten hinzu, da der in Königsberg auf großem Gesellschaftsfuß lebende Augenheilkundler als sarkastischer Kritiker im Kollegenkreis so gefürchtet war wie der ihm antipathische Choleriker Wagner. Und endlich gab es den ideologischen Gegensatz zwischen dem konservativen Preußen, der sich 1866 wie 1870 regelrecht darum riß, als Militärarzt „ins Feld“ zu kommen, und dem liberalen Juden Jacobson, der während beider „Ernstfälle“ lieber daheim blieb.³⁰⁶

Ein weiterer Zufall im Berufungsroulette: Bei der Nachfolgeregelung Wagners kam nicht dessen Schüler und Stellvertreter Rudolf Schneider zum Zuge, dessen Ernennung selbst zum unbesoldeten Extraordinarius Jacobson jahrelang blockierte,³⁰⁷ und auch nicht der primo loco vorgeschlagene und vom kronprinzlichen Rektor protegierte Ernst von Bergmann, sondern der Berliner Chirurg und Langenbeck-Schüler Carl Schönborn, den Kaiserin Augusta, angetan von seinen Leistungen in dem unter ihrem Patronat stehenden Augusta-Hospital wie als Leiter des Jüdischen Krankenhauses, „in erster Linie“ berücksichtigt wissen wollte.³⁰⁸

³⁰⁶ GStA ..., Nr. 20, Bd. IV, Bl. 17 f.; Wagner – PrMK v. 10. 5. 1866: Obwohl mannigfach in Königsberg gebunden, wolle er angesichts des wohl sicheren Kriegsausbruches nicht wie 1864 gegen Dänemark „ganz still hier am Platze“ bleiben, sondern halte sich bereit, dem „Ruf der Armee“ zu folgen. Wochen später war es soweit: Wagner reise morgen zur Armee ab, meldete der Kurator am 6. Juli 1866, drei Tage nach der Schlacht von Königgrätz. Der Pathologe Neumann war da so wenig patriotisch wie Jacobson und machte den Kurator darauf aufmerksam, daß er als landsturmpflichtig jederzeit eingezogen werden könne, obwohl er doch auf seinem Posten „unter allen Umständen unentbehrlich“ sei (ebd., Bl. 20; Kurator – PrMK v. 4. 5. 1866). Jacobson nannte in einem Brief an den holländischen Kollegen Donders den Waffengang von 1870 nur „das barbarische Gemetzel“ (Jacobson 1894, S. 6).

³⁰⁷ Zu Schneider s. Catalogus. Der Wagner-Schüler fand sein Auskommen als Leiter der Chirurg. Abt. im Städtischen KHS. Als 1888 der Pädiater Bohn starb, machte Schneider, der sich inzwischen als Dozent mehr den Haut- und Geschlechtskrankheiten widmete und damit auch die meisten Hörer (40–50 pro Semester) ansprach, einen Versuch, dessen planm. Extraordinariat zu ergattern. Sein Duzfreund, der einflußreiche Berliner Ordinarius Ernst von Bergmann, trat bei Althoff für den „armen Schlucker“ ein, blieb aber erfolglos, da der mit Nachforschungen beauftragte Kurator alles andere als Schneiders Bedürftigkeit feststellen konnte. Am StädtKHS erhielt er zwar nur 3.000 M., aber eine große Privatpraxis ermöglichte eine bürgerlich saturierte Existenz: Schneider versteuerte jährlich 10.700 M., verdiene aber vermutlich noch mehr, halte eine Equipage und ein Reitpferd! (GStA ..., Nr. 20, Bd. VIII, Bl. 88 f.; Schneider – v. Bergmann v. 4. 2. 1888, Bl. 87; v. Bergmann – Althoff v. 9. 2. 1888, Bl. 163; Kurator – PrMK v. 4. 5. 1888). Ans Ziel kam Schneider trotzdem: nachdem Bohns Lehrstuhl für ein neues Extraordinariat Hygiene (Fraenkel) verwendet worden war, fiel es 1892 an Schneider – so will es zumindest eine ministerielle Rekonstruktion aus dem Jahre 1913 (ebd., Bd. XII, Bl. 270; undat. Aktenvermerk, Herbst 1913). Dem widerspricht Althoffs Angebot eines Extraord. f. Syphil./Dermatologie an Schneider v. 16. 8. 1892 (ebd., Bd. IX, Bl. 238), nachdem zum WS. 1891/92 Fraenkels Amt von Erwin v. Esmarch übernommen worden war. Für Schneider dürfte also ein neues Extraord. begründet worden sein.

³⁰⁸ GStA ..., Nr. 20, Bd. IV, Bl. 156–158; MedFak – PrMK v. 24. 3. 1871, Liste Nf. Wagner: 1. E. v. Bergmann, 1836 Riga–1907 Wiesbaden, med. Studium in Dorpat, ebd. Prom. 1860 u. Habil. f. Chirurgie 1864, 1871 ebd. ord. Prof., 1878 Würzburg, 1882 FWU u. Direktor I. Chirurg. Klinik (Nf. Bernhard von Langenbeck), reiche Erfahrungen als Kriegschirurg (1866, 1870/71 sowie im Russ.-Türk. Krieg 1877), einer der bedeutendsten Chirurgen seiner Zeit, berühmt geworden als Arzt des Kronprinzen, des 1888 an Kehlkopfkrebs verstorbenen Kaisers Friedrich III. – 2. Schönborn, s. Catalogus. – 3. R. Schneider, s. Catalogus. – Ebd., Bl. 179; Kaiserin Augusta – PrMK v. 15. 4. 1871. Dagegen Bl. 167; Kronprinz Friedrich Wilhelm – PrMK undat. (Mitte April 1871), für v. Bergmann, den er während des Krieges gegen Frankreich schätzen gelernt hatte. Darauf erfolgte zunächst die

Das „fortschrittliche“ Kleeblatt nahm dann 1872 Gestalt an, als der zunächst von der Fakultät gewünschte und auch berufene Züricher Internist Anton Biermer dem Ministerium eine Absage erteilte und die Bahn für Bernhard Naunyn frei machte.³⁰⁹ Neben diesen beiden nahmen 1873 dann Jacobson als Ordinarius für Augenheilkunde und Max Jaffé als Nachfolger Cruses in der Arzneimittellehre (Pharmakologie) in der Fakultät Platz.³¹⁰ Damit war für die folgenden Berufungsentscheidungen ein Gegengewicht zu den „Wagnerianern“, dem Physiologen Wilhelm von Wittich, dem Anatomen August Müller und dem Gynäkologen Hugo Hildebrandt etabliert. Müller, als Darwinist weltanschaulich dem Augenheilkundler nahestehend, politisch als Konservativer aber ein Widersacher des ihm auch menschlich antipathischen Jacobson,³¹¹ starb plötzlich 1875 und wurde zum SS. 1876 durch den

Ausfertigung der Bestallung für Bergmann (Bl. 168, v. 28. 4. 1871), doch einerseits waren, ausgehend von der Kaiserin (durch Gutachten der führenden Berliner Chirurgen v. Langenbeck und v. Bardeleben), Zweifel daran gesät worden, ob der auf Kriegschirurgie spezialisierte Bergmann die günstige Königsberger Einschätzung verdiene (Bl. 164 f.; Aktenvermerk des Referenten für Minister v. Mühler v. 17. 4. 1871). Zudem schien er sich erst zum WS. 1871/72 aus Dorpat lösen zu wollen. Am 30. 4. 1871 war jedenfalls plötzlich die Entscheidung für Schönborn gefallen (Bl. 175; Ausfertigung der Bestallung).

³⁰⁹ Ebd., Bd. V, Bl. 23 f.; MedFak – PrMK v. 22. 3. 1872, Liste Nf. Leyden: 1. A. Biermer (1827–1892), Virchow-Schüler, Habil. Würzburg 1855, Bern 1861, Zürich 1867. Bei Pagel, S. 170, figuriert er als eine der „bedeutendsten Kliniker der Neuzeit“ [!]; ins Königsberger „neurologische“ Umfeld hätte er gleichwohl nicht gepasst. – 2. Hermann Nothnagel, Alt-Lietzegörcke–1905 Wien, 1866 Habil. f. Innere Medizin AUK, I. Assistent Leydens ebd. bis 1868, Umhabet. FWU 1868, erneute Umhabet. nach Breslau 1870, WS. 1872/73 ord. Prof. f. Arzneimittellehre Freiburg, WS. 1874/75 ord. Prof. f. Innere Med. Jena, 1882 Wien; zu seiner Königsberger Zeit vgl. Neuburger 1922, S. 34–60, zu Jenaer Zeit: Giese/Hagen 1958, S. 551–559. Mit seinem Hauptwerk ‚Topische Diagnostik der Gehirnkrankheiten‘ (1879), der „hervorragendsten klinischen Arbeit der damaligen Zeit“ (Giese/Hagen) in der Königsberger Schultradition Leydens stehend. – Ebd., Bl. 25, teleg. Absage Biermers, der 1874 einen Ruf nach Breslau aber annahm, vgl. Alzinger 1992. – Ebd., Bl. 43–47; MedFak – PrMK v. 10. 6. 1872, II. Liste Nf. Leyden: 1a. B. Naunyn (s. Catalogus). – 1b. Hugo von Ziemssen, 1829 Greifswald–1902 München, 1863 ord. Prof. Erlangen, 1874 München, Pionier der Elektrotherapie. – 2a. Erneut H. Nothnagel. – 2b. Wilhelm Erb, 1840 Winnweiler/Pfalz–1921 Heidelberg, 1864 Prom. München, 1865 Habil. Heidelberg, 1869 ao., 1880 ord. Prof. u. Direktor Med. Poliklinik Leipzig, 1882–1907 oö. Prof. f. Innere Medizin Heidelberg, bis in die 1870er Jahre Untersuchungen zu Hirn- und Nervenkrankheiten (in 2. Aufl. 1878: Handbuch der Krankheiten der peripheren cerebrospinalen Nerven), dann intensive Befassung mit der Elektrotherapie (sein Handbuch dazu 1886 in 2. Aufl.), kulturkritisch 1894: Über die wachsende Nervosität unserer Zeit. Auch Erbs Nennung erklärt sich aus dem von Leyden begründeten neurologischen Schwerpunkt des Lehrstuhls (Drüll 1986, S. 62). – 2c. Theodor Jürgensen, 1840 Flensburg–1907 Tübingen, 1863 Habil. Kiel, 1869 ao. Prof. u. Direktor Poliklinik, 1873 ord. Prof. Tübingen.

³¹⁰ Ebd., Bl. 78; PrMK – ZivK v. 7. 4. 1873: Auch in Königsberg sei nun das besoldete Extraord. in ein Ordinariat für Augenheilkunde umgewandelt und mit Jacobson besetzt worden. – Am 3. 2. 1873 war Karl Friedrich Wilhelm Cruse, geb. 1813, gestorben, seit 1870 leidend und von Jaffé vertreten, den die Fakultät nun allein für die Nachfolge mit dem erweiterten Lehrauftrag für Materia medica, physiologische Chemie und Hygiene vorschlug. Die Bestallung erfolgte am 17. 4. 1873 zum SS. 1873 (ebd., Bl. 83 f.).

³¹¹ So in dem Endlosstreit um das nb. Extraordinariat für den Jacobson-Schüler Arthur von Hippel. Jacobsons erster Schüler Emil Berthold hatte sich mit Unterstützung Wagners, gegen den Willen seines Lehrers, 1866 für Augenheilkunde habilitiert. Auf Jacobsons Drängen stellte die Fakultät aber Ende 1873 nicht für ihn, sondern für den jüngeren, 1868 habilitierten v. Hippel den Ernennungsantrag zum ao. Prof. Müller, v. Wittich und Burdach traten für die älteren Ansprüche Bertholds und des Chirurgen Schneider ein. Jacobson versuchte in weit ausholenden Stellungnahmen anhand der causa Berthold darzulegen, wie dieser abtrünnige Schüler nach dem „Zerwürfnis“ von 1866 sich dazu hergegeben habe, von der Wagner-Fraktion immer wieder gegen ihn und die berechnete Forderung nach einem Lehrstuhl für Augenheilkunde instrumentalisiert zu werden, was umso skandalöser sei, da Berthold als fachlich unterdurchschnittlich bewertet werden dürfe (GStA ..., Nr. 20, Bd. V, Bl. 130–132, 178–184, 190–194; Stellungnahmen Jacobsons v. 2. 1. 1874 und abermals, gegen einen Fakultätsantrag v. 20. 12. 1874, Berthold zum ao. Prof. zu ernennen, Bl. 187–189, v. 26. 1. u. 28. 2. 1875). Ebd., Bl. 137 f.; Einlassung Ber-

fakultätspolitisch eher indifferenten, auf vergleichend embryologische Studien konzentrierten Kieler Anatomen Karl Wilhelm Kupffer ersetzt.³¹² Der hegte, trotz baltendeutscher Herkunft, eine tiefe „Abneigung gegen den Osten“ und folgte nach nur vier Jahren einem Ruf nach München, wo ihn ein „größerer Wirkungskreis“ und für den Anatomen „ergiebigere Arbeitsfelder“ lockten.³¹³ Von ihm übernahm der Haeckel nahestehende Darwinianer Gustav Schwalbe aus Jena das Ruder. Aufgrund seiner kurzen Verweildauer – er ging 1883 nach Straßburg – gewann Schwalbe jedoch ebensowenig wie der dann ihn für nur zwei Jahre ersetzende Friedrich Merkel Einfluß in der Fakultät.³¹⁴

Trotzdem zeigt die Berufung gerade Schwalbes, zusammen mit der gleichzeitigen Besetzung des zoologischen Lehrstuhls zunächst mit dem Haeckel-Schüler Richard Hertwig und bald darauf mit Carl Chun, einem Darwinianer etwas milderer Art, an, wie weit sich Medizin und Naturwissenschaften an der Albertina kurzfristig modernen, weltanschaulich stark befrachteten Forschungstendenzen öffneten. Schwalbe wandte sich in Straßburg der „Vorgeschichte des Menschen“ zu und diskutierte ganz unter dem Einfluß Darwins die Hypothesen über die Ausgangsformen des gegenwärtig die Erde bevölkernden, in verschiedene Rassen „zergliederten“ homo sapiens.³¹⁵ Mit seinem letzten, 1915 abgeschlossenen Beitrag zu einem von ihm und Eugen Fischer geplanten Anthropologie-Sammelwerk stieß er mit seinem Geburtsdatum (1844) noch in der naturphilosophischen Ära wurzelnde Begründer der vergleichenden stammesgeschichtlichen Forschung bis in die sich formierenden „sozial-anthropologischen“ Bestrebungen vor, die für seinen Mitherausgeber, den nach 1918 zum führenden „Rassenhygieniker“ aufgestiegenen Fischer, darauf gerichtet sein sollten, die „größten und lebenswichtigsten Probleme der Kulturvölker“ zu lösen: den europäischen Geburtenschwund, die „Ausmerzungen Tapferer und Gesunder“, den „Männerverlust“, die der Erste Weltkrieg verursacht oder dramatisch verschärft habe.³¹⁶

Im Vergleich mit Schwalbe, Merkel, Hertwig und Chun muß der Wechsel von Merkel zu Ludwig Stieda und später der von Chun zu dem Rostocker Zoologen Maximilian Braun jedoch wieder als Abkoppelung von innovativer Wissensproduktion vor allem an Berliner und Münchener Instituten

tholds zu dieser „Beziehungsgeschichte“ v. 31. 1. 1874; ebd., Bl. 127–129; Eintreten Müller & Co. für Berthold u. Schneider v. 11. 12. 1873. Dazu Gutachten der beiden Koryphäen Theodor Leber (Göttingen) u. Richard Förster (Breslau), die in Bertholds Schriften keinen bedeutsamen Beitrag zur Augenheilkunde entdecken wollen (ebd., Bl. 213–215).

³¹² Ebd., Nr. 20, Bd. VI, unpag.; MedFak – PrMK v. 28. 10. 1875, Liste Nf. des am 14. 10. verst. A. Müller: 1. Alfred Stieda (Dorpat, kam 1886 zum Zuge, s. Catalogus). – 2. der aus dem Baltikum stammende, aus der Dorpater Universität hervorgegangene Kupffer (Kiel). Kupffer folgte zum WS. 1880/81 einem Ruf nach München. Zu Leben und Werk sehr ausführlich der ungez. Nachruf im *Archiv für Mikroskopische Anatomie* 1903, [Kupffer] 1903.

³¹³ GStA, Rep. 89, Nr. 21660, Bl. 25; PrMK – ZivK v. 5. 8. 1880 betr. gescheiterte Bleibeverhandlungen mit Kupffer, der trotz großzügiger Zugeständnisse nicht mehr in Königsberg zu halten gewesen sei.

³¹⁴ GStA ..., Nr. 20, Bd. VI; MedFak – PrMK v. 29. 7. 1880, Liste Nf. Kupffer: gleichrangig 1a. Walther Flemming, 1843 Sachsenberg/Schwerin–1905 Kiel, 1871 Habil. Rostock, 1876 ord. Prof. f. Anatomie u. Histologie Kiel (Nf. Kupffer). – 1b. E. Schwalbe, s. Catalogus. – 1c. Fr. Merkel, zum WS. 1883/84 primo et unico loco vorgeschlagen und berufen als Nf. Schwalbes, s. Catalogus.

³¹⁵ Bekenntnishaft Schwalbes Beitrag zu einer engl. Gedächtnisschrift zum 100. Geburtstag Darwins, dt. 1909, dort bes. die „engere Zusammengehörigkeit von Mensch und Affen“ gegen spezielle Abstammungstheorien verteidigend, die für den homo sapiens eine eigene Entwicklungsreihe reservieren: „Darwin's Werk auf dem Gebiete der Abstammung ist nicht überwunden; je mehr man sich in das Studium der Formverwandtschaften der Affen und des Menschen vertieft, umso mehr wird unser Weg erleuchtet durch das von Darwin ausstrahlende helle Licht, durch Darwin's besonnene Forschung, aufgebaut auf ein gewaltiges Material, in dessen Aufspeicherung niemand es ihm gleich getan hat“ (ebd., S. 31 f.).

³¹⁶ Vgl. Schwalbe 1923, erschienen sieben Jahre nach dem Tod des Straßburger Anatomen. Dazu das programmatische Vorwort von E. Fischer, S. Vf.

gewertet werden.³¹⁷ Was sich für den Standort Königsberg umso mißlicher auswirkte, als sich die Verwalter dieser Stagnation, Braun und Stieda, jeweils bis zur Emeritierung auf ihren Lehrstühlen niederließen, 25 bzw. 30 lange Jahre. Womöglich kam der aus Dorpat berufene Stieda 1885 nur deshalb auf die Liste, weil er neben seiner – wie sich bald herausstellte – zu Unrecht in höchsten Tönen gerühmten fachlichen Vielseitigkeit im Ruf stand, Philosemit zu sein – ebenfalls zu Unrecht.³¹⁸

Zu diesem Zeitpunkt waren die „Fortschrittmänner“ in der Fakultät aber bereits in der Mehrheit: Hildebrandt und von Wittich,³¹⁹ beide seit 1879/80 leidend, waren durch Rudolf Dohrn und, wie erwähnt, nach kräftigem Widerstreben seitens des Kurators und des Ministers, einen weiteren Juden zu berufen, durch Ludimar Hermann abgelöst worden.³²⁰

Wie sonst nur die Philosophische profitierte die Medizinische Fakultät vom Gründungsboom der 1870er Jahre. Allerdings gewann sie, ausgenommen den 1873 neuerrichteten Lehrstuhl für Augenheilkunde, keine Ordinariate hinzu. Erst 1898 konnte das Extraordinariat für Hygiene und Bakteriologie zum Ordinariat aufgestockt werden. Ansonsten trugen Falk und seine Nachfolger der Spezialisierung in den medizinischen Fächern nur mit der üblichen Einrichtung von Extraordinariaten Rechnung.

³¹⁷ Zur Königsberger Zoologie vgl. u. Kap. 2.2.4.2.

³¹⁸ Ebd., Bd. VII, Bl. 144–150; MedFak – PrMK v. 4. 7. 1885, Liste Nf. Merkel: 1. L. Stieda, s. Catalogus. – 2. Wilhelm Henke, 1834 Jena–1896 Tübingen, 1865 ord. Prof. Rostock, 1872 Prag, 1875 Tübingen. – 3. Julius Kollmann, 1834 Holzheim b. Dillingen/Donau–1918 Basel, 1862 Habil. f. Anatomie u. Anthropologie München, 1870 ao. Prof. ebd., 1878–1913 ord. Prof. Basel. – Henke erhielt den Ruf, lehnte aber aus finanziellen Gründen und mit dem Althoff zur Genüge bekannten Hinweis auf die „Abgelegenheit der Provinz Ostpreußen“ ab, die für ihn auch nicht durch die „angenehmen dortigen socialen Verhältnisse“ aufgewogen werde, so daß er sich nicht entschließen konnte, seine „Heimath plötzlich so hart an die russische Grenze zu verlegen“ (Bl. 151–157, an Althoff v. 15. u. 23. 7. 1885). Über Stieda, der sofort für 5.400 M. annahm (Henke wollte 9.000!), hatte die baltische Lobby – allerdings öffentlich erst im *Hamburger Correspondenten* v. 3. 11. 1885 (Ausschnitt ebd., Bl. 175) – gestreut, daß er ein Freund der Russen und Juden sei, seinen Verbündeten im Kampf gegen die baltisch-partikularistische Führung der Universität Dorpat, die wiederum keine reichsdeutschen Professoren mochte. Denn als „Ausländer“ wären sie dem Zaren viel zu loyale Untertanen, somit der Petersburger Russifizierungspolitik entgegenkommend. Althoff wußte seit Juli 1885, durch den von Straßburg her befreundeten, gerade von Dorpat nach Rostock gewechselten Juristen Edgar Loening, daß Stieda tatsächlich der Kopf der anti-baltischen Opposition in Dorpat war. Von besonderer Juden- oder Russenfreundlichkeit erwähnt Loening aber nichts (Bl. 176–179; an Althoff v. 12. 7. 1885). Ebenso der Dorpater Nationalökonom Richard Mucke an Goßler v. 10. 11. 1885 (ebd., Bl. 173 f.): es handle sich um Angaben einer „lügnerischen Presse“, die von den Dorpater Partikularisten gefüttert werde.

³¹⁹ v. Wittich litt an Paralyse und starb 1884 nach einem Schlaganfall. Zur Liste Nf. v. Wittich s. o. Anm. 295.

³²⁰ Ebd.; Kurator – PrMK v. 6. 11. 1879 betr. Beurlaubung Hildebrandt für das WS. 1879/80. Nach weiteren Beurlaubungen erlag der Gynäkologe im Sommer 1882 einem Schlaganfall. Ebd., Bd. VII, unpag.; MedFak – PrMK v. 4. 11. 1882, Liste Nf. Hildebrandt: 1a. Peter Mueller, 1836 New Orleans–1922 Konstanz, Prom. Würzburg 1862, dort Assistent, 1866 Kriegsteilnahme, 1868 Habil. f. Frauenheilkunde Würzburg: Untersuchungen über die Verkürzung der Vaginalportion in den letzten Monaten der Gravidität, 1873 b.ao. Prof. Bern, 1874 ord. Prof. f. Geburtshilfe u. Gynäkologie, Direktor der kantonalen Frauenklinik, 1882/83 Rektor, Hauptwerk: Die Krankheiten des weiblichen Körpers in ihren Wechselbeziehungen zu den Geschlechtsfunctionen in 23 Vorträgen (1888), mit bevölkerungspolitischen Anklängen: Die Unfruchtbarkeit der Ehe (1885); der Königsberger Fakultät hatte er sich just empfohlen mit: Der moderne Kaiserschnitt, seine Berechtigung und seine Stellung unter den geburtshilflichen Operationen. – 1b. R. Dohrn (Marburg, s. Catalogus). – 2a. Paul Zweifel, 1848 Höngg bei Zürich–1927 Leipzig, 1874 Habil. Straßburg, 1876 ord. Prof. f. Frauenheilkunde Erlangen, 1887–1921 oö. Prof. f. Gynäkologie u. Geburtshilfe Leipzig, bildete dort eine „führende Schule der Gynäkologie heran“ (BLÄF II, S. 1733 f.; DBE X, S. 704), sein ‚Lehrbuch der Geburtshilfe‘ zwischen 1887 und 1903 in fünf Auflagen. – 2b. Gerhard Leopold, 1846 Meerane – 1911 Bärenburg/Erzgebirge, 1873 Habil. Leipzig, dort seit 1877 Hebammenlehrer, 1883 ao. Prof., 1883 Prof. u. Ltr. Frauenklinik Dresden, grundlegende Arbeiten über das Becken, frühe Stadien der Eicinbettung, Ovulation u. Menstruation, mit Paul Zweifel ‚Lehrbuch für Hebammen‘ 1889, bis 1902 in sieben Auflagen!

1874 bewilligte der Finanzminister ein knapp bemessenes Extraordinariat für allgemeine Pathologie und Therapie, das Simon Samuel erhielt, das bei seinem Tod 1891 aber wieder wegfiel.³²¹ 1875 übertrug Falk dem Königsberger Stadtphysikus Salomon Pincus eine ao. Professur für „Staatsarzneikunde“ (gerichtliche Medizin), die der Königsberger Gerichtsarzt Carl Seydel 1892 übernahm (s. u.).³²² 1875 stellte Falk der Fakultät die Etatisierung eines Extraordinariats für Psychiatrie in Aussicht. Da aber Mittel für den Bau einer Klinik fehlten, zerschlug sich das Projekt.³²³ In dichter Folge kamen dann erst wieder ab 1888 Extraordinariate hinzu: für Innere Medizin (Schreiber, 1888), Hygiene (Carl Fraenkel, 1889), Psychiatrie (Franz Meschede, 1892), Dermatologie (Rudolf Schneider, 1892) und Pädiatrie (Hugo Falkenheim, 1896)

Fraenkel, jüdischer Herkunft, aber entschiedener Assimilant, der Meisterschüler Robert Kochs, mit einem zwischen 1887 und 1890 in drei Auflagen verbreiteten ‚Grundriss der Bakteriologie‘,³²⁴ einer der ersten Profiteure der von Althoff flächendeckend mit Lehrstühlen beschenkten neuen medizinischen ‚Leitwissenschaft‘ Bakteriologie³²⁵, war unter diesen Vertretern der in Königsberg etwas später als im übrigen Reich etablierten Spezialfächer der einzige, der nicht über eine ‚Hausberufung‘ ins Amt gelangte.³²⁶ Fraenkels Königsberger Zeit war indes zu kurz, um sich wie später in Halle als ‚Volkshygieniker‘ zu profilieren und, wie gerade in seiner jungen Disziplin üblich, weitreichende sozialpolitische Reformen anzumahnen, um den Kampf gegen Alkoholismus, Kriminalität und Geburtenchwund bestehen und die Zukunft von ‚Volk und Nation‘ sichern zu können.³²⁷ Als Fraenkel

³²¹ GStA ..., Nr. 20, Bd. V, Bl. 94 f.; MedFak – PrMK; Antrag, Samuel zum ao. Prof. zu ernennen. Ebd., Bl. 96; Antrag PrMK – PrMF v. 30. 5. 1873 betr. besold. Extraord., Bl. 120; PrMK – Kurator v. 21. 3. 1874: Extraord. f. allg. Pathologie mit 900 Thlr. im Etat 1874/75 bewilligt. Ebd., Bl. 157; MedFak – PrMK v. 24. 5. 1874, Vorschlag primo et unico loco: Samuel; ebd., Bl. 158 f., Bestallung v. 6. 7. zum WS. 1874/75.

³²² GStA ..., Nr. 20, Bd. V, Bl. 231 f.; MedFak – PrMK v. 27. 4. 1875, Liste f. b. ao. Prof. Staatsarzneikunde: Mit 3:2 Stimmen primo et unico loco Pincus, abstellend darauf, daß er als Stadtphysikus die „gerichtliche Obduction“ in den Unterricht einbeziehen könne, während – dies auf den zweiten gerichtsmmedizinischen Privatdozenten, den Militärarzt Theodor Petruschky zielend –, ein Kandidat, der darüber nicht gebiete, wie ein Kliniker ohne Klinik da stünde. Dagegen das Separatvotum des Anatomen A. Müller, der für Petruschky insoweit eintrat, daß er für ihn eine Anerkennung, die Ernennung zum nb. ao. Prof. wünschte. Kurator von Horn, entschieden für Pincus plädierend, riet von einer Rangerhöhung Petruschkys ab: als Militärarzt sei er zwar anerkannt, als Person lasse er indes „eine gewisse Würde vermissen“, was mit dem Professorentitel kaum vereinbar sei (ebd., Bl. 227–230; an PrMK v. 26. 6. 1875). Mit anderen Worten: Petruschky war entweder dem Alkohol, der Damenwelt oder beiden allzu zugeneigt.

³²³ Ebd., Bl. 223; MedFak – PrMK v. 30. 4. 1875. Die Einrichtung einer psychiatrischen Professur sei sehr erwünscht, da Karl Ludwig Kahlbaums Abgang (1866, s. u., Anm. 333) eine noch nicht geschlossene, empfindliche Lücke hinterlassen habe. Doch die Professur sei nur sinnvoll, wenn zugleich eine Nervenklinik errichtet würde, da andernfalls ein sachgemäßer psychiatrischer Unterricht nicht stattfinden könne.

³²⁴ Die dritte, in Königsberg zum Druck beförderte Auflage steht bereits im Zeichen einer Ernüchterung über die diagnostischen Möglichkeiten des jungen Faches, da sich „Veränderungen von wirklich grundlegender und einschneidender Bedeutung“ seit 1887 nicht vollzogen hätten, die Erweiterung des ‚Grundrisses‘ daher nur wegen der Berücksichtigung neuer Mikroorganismen erforderlich gewesen sei, Fraenkel 1890, S. V f.

³²⁵ Dazu Berger 2009, S. 44–90.

³²⁶ Dieser als dringlich eingestufte Lehrstuhl mußte nicht neu in den Etat aufgenommen werden, da Bohns pädiatrisches Extraordinariat hierfür nur umgewidmet wurde, GStA ..., .Nr. 20, Bd. VIII, Bl. 279 f.; Kurator – PrMK v. 20. 7. 1889. Die Fakultät, ohne prinzipielle Bedenken, aber nicht einmütig überzeugt davon, daß eine „hygienische Vertretung notwendig“ wäre, fühlte sich jedoch wieder einmal übergangen, wie der Kurator ans PrMK meldete.

³²⁷ Fraenkel 1908, dort u. a. mit Zahlen belegend, daß 56 Millionen Deutsche jährlich 881 Millionen Mark für Heer und Flotte aufbrächten, aber das Vierfache davon für Bier und Branntwein (S. 44). Daß er auch unabhängig vom das „Erbgut“ beeinträchtigenden Alkoholkonsum die demographischen Alarmglocken recht laut klingeln hörte, zeigt seine (unter dem geändert Namen Fraenken publizierte) Rez. zum Mahnruf des Breslauer Natio-

1891 nach Marburg wechselte, hätte die Fakultät lieber den aus der Schule des Münchener Hygiene-Pioniers Max von Pettenkofer stammenden Hans Buchner gewählt als den aequo loco gesetzten Ad-latus Robert Kochs, Erwin von Esmarch, der nur mit wenigen Untersuchungen zur bakteriologischen Methodik und zur Desinfektionstechnik hervorgetreten war, während sein Münchner Konkurrent der Fakultät trotz umstrittener Milzbrand-Experimente als bakteriologische Autorität galt.³²⁸ Gewählt wurde nicht der designierte bayerische Extraordinarius, der 1894 Pettenkofers Nachfolge antrat und der zu den „Mitbegründern der modernen Bakteriologie“ (so sein Schüler Max von Gruber) zählt, sondern der für günstige 1.800 M. zu erwerbende jüngere preußische Privatdozent, der sich weniger der Forschung, sondern mehr der intensiven praktischen Anwendung des erprobten bakteriologischen Wissens widmet, denn erst „in die Praxis übersetzt feiert [die Hygiene] ihre Siege und Triumphe“.³²⁹

Wie an den Namen der Klinikchefs abzulesen ist, die sich seit Ende der 1880er Jahre für ihre Spezialfächer habilitiert hatten, waren viele „Hausgewächse“ darunter. Unumstritten unter ihnen waren eigentlich nur die beiden Pädiater Heinrich Bohn und Hugo Falkenheim, die die Kontinuität der Königsberger Kinderheilkunde von 1870 bis 1924 exklusiv verkörperten.³³⁰ Wenig Ansehen genöß hingegen Theodor Petruschky als Forscher in der gerichtlichen Medizin, so daß nicht ihm, sondern Salomon Pincus 1875 das Extraordinariat zufiel, obwohl Petruschkys Standardkolleg „Gerichtliche Medizin“ seit 1872 regelmäßig ungleich besser besucht war als die Veranstaltungen seines Konkurrenten, der Ende der 1880er seine Vorlesungen aus gesundheitlichen Gründen einstellte.³³¹ Von Pincus' Nachfolger Seydel war bekannt, daß er nicht einmal Wert auf den Professorentitel legte. Seit der Promotion (1861), so ermittelte die Fakultät 1883, habe er sechs kleinere Abhandlungen publiziert, und trotzdem

nalökonomien Julius Wolf, *Der Geburtenrückgang* (1913). Fraenkel griff politisch sehr weit über seine Fachkompetenz aus, wenn er anhand der russischen Geburtenzahlen eine „unmittelbare Gefahr“ für das Deutsche Reich ausmachte, das von der Masse im Osten „erdrückt“ werden könne. Ebenso wenig gefiel ihm die höhere Geburtenrate deutscher Katholiken: Damit könnten „Verhältnisse bei uns sich breit machen, vor denen jeder wahre Freund unserer Nation nur warnen kann“ – nämlich die Hegemonie „Roms“.

³²⁸ GStA ..., Nr. 20, Bd. IX, Bl. 127–129; MedFak – PrMK v. 7. 10. 1891, Liste Nf. Fraenkel: 1a. Hans Buchner, 1850 München–1902 ebd., Sohn eines Prof. f. Gerichtsmedizin, 1874 Prom. München, 1875 Eintritt ins bayr. militärärztliche Korps, 1880 Habil. f. Hygiene in München, ebd. 1892 ao. Prof., 1894 oö. Prof. f. Hygiene u. Bakteriologie ebd. als Nachfolger seines Lehrers v. Pettenkofer. Der „Mitbegründer der modernen Bakteriologie“ (Max v. Gruber in: *DBJ* VII, 1902, S. 316), entdeckte 1878, bevor Louis Pasteur analoge Beobachtungen publizierte, die „Abschwächbarkeit der Bakterien“, d. h. die Möglichkeit, pathogene Bakterien ihrer „krankmachenden Eigenschaften“ zu berauben. Ende der 1880er nochmals mit einer spektakulären Entdeckung hervorgetreten, der baktericiden Wirkung des Blutersums, eine „seiner besten Leistungen“ (Gruber). Buchner gelang dabei der Beweis, daß Blutersum aufgrund des Gehalts an kolloiden Stoffen („Alexine“) die Fähigkeit hat, Bakterien abzutöten. Die *Laudatio* erwähnt auch die, wie v. Gruber meint, „jugendlichem Ungestüm“ geschuldeten Mißgeschicke bei seinen Versuchen, Tuberkulose zu heilen oder den Milzbrandbazillus in einen Heubazillus umzuwandeln, die ihm das „Mißtrauen seiner Fachgenossen“ (Gruber) eintrugen. Trotzdem deutet die Ausführlichkeit des Vorschlags auf Präferenzen eher für Buchner denn für den aequo loco plazierten v. Esmarch (über ihn s. *Catalogus*) mit seiner viel dürftigeren Bibliographie hin.

³²⁹ v. Esmarch 1896, im Vorwort zu seinem ‚Hygienischen Taschenbuch‘ für Medizinal- und Verwaltungsbeamte usw.

³³⁰ Das Extraordinariat des 1888 verstorbenen Bohn wurde zunächst zweckentfremdet und dem Physiologen Langendorff übertragen. Nach Langendorffs Rostocker Berufung (1892) vier Jahre vakant, fiel es mit der Bestallung Hugo Falkenheims zum WS. 1896/97 wieder der Kinderheilkunde zu (GStA ..., Nr. 20, Bd. IX, Bl. 372; Bestallungserlaß v. 3. 10. 1896). Vgl. dagegen Anm. 344.

³³¹ Das blieb auch nach Pincus' Ernennung zum beamteten Extraordinarius so. Im WS. 1875/76 hatte Petruschky 37 Hörer, Pincus mußte seine Veranstaltung ausfallen lassen, weil sich niemand gemeldet hatte. Im SS. 1876 boten beide wiederum jeweils ‚Gerichtliche Medizin‘ an, Petruschky mit größerem Erfolg (54, Pincus: 15), der ihm fast bis zu seinem Tod (1889) treu blieb.

schien es 1892 keine personelle Alternative zu diesem seiner Wissenschaft entfremdeten Gerichtsmediziner zu geben.³³²

Ebenso im argen, aus Sicht der insoweit schonungslos selbstkritischen Fakultät, lagen die Dinge in der seit 1876 vom Privatdozenten Franz Meschede, einem Verfechter des Dogmas „Geisteskrankheiten sind Gehirnkrankheiten“, gelehrten Psychiatrie, die bei den Studenten lange kaum auf Resonanz stieß.³³³ Dieser im Vergleich etwa mit einer mittleren preußischen Universität wie Halle, wo Eduard Hitzig 1879 ein Ordinariat und 1891 eine moderne Klinik erhielt³³⁴, traurig-dürftigen Vertretung war es geschuldet, daß die Etatisierung dieses Spezialfaches für Königsberg erst erwogen wurde, als an allen anderen preußischen Universitäten, Kiel ausgenommen, bereits psychiatrische Lehrstühle bestanden. Meschedes Extraordinariat, zum SS. 1893 bewilligt, nachdem die Stadt sich endlich zur Finanzierung seiner „Irrenabteilung“ als Universitäts-Nervenklinik bereit erklärt hatte, übertrug Althoff dem allseits unbeliebten Psychiater mit der demütigenden Auflage, das Amt vertraue man ihm lediglich „zur Verwaltung“ an.³³⁵ Für Kuratorialrat Maubach war selbst diese Beförderung zuviel der Ehre, da er zwar die „Creierung“ eines psychiatrischen Extraordinariats für ein „dringendes Erforderniß“ gerade bei „unseren heutigen Verhältnissen“ erachtete, aber anstelle Meschedes mit seiner „wenig hervorragenden Lehrbefähigung“ eine wahrhaft „tüchtige Kraft“ damit betraut wissen wollte.³³⁶ Meschedes Ehrgeiz, so

³³² Zu der Zeit hatte sich das Urteil der Fakultät über Seydel auffällig gewandelt: er vertrete fleißig den maladen Pincus und empfehle sich durch seine „anerkennenswerte literarische Thätigkeit“ in der Staatsarzneikunde, was seine Ernennung zum ao. Prof. rechtfertige; GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 20, Bd. IX, Bl. 56; MedFak – PrMK v. 30. 5. 1890. Seydels Bestallung zum nb. ao. Prof. erfolgte am 28. 1. 1891 (ebd., Bl. 96), doch damit wie mit der Übernahme von Pincus' Lehrauftrag war keine Besoldung verbunden. Auch der ihm sehr gewogene Kurator v. Schlieckmann, der ihm zubilligte, unter Einschränkung der eigenen Praxis die vernachlässigte Gerichtsmedizin wieder in die Höhe gebracht und einen Kreis von 30 Hörern, zum Teil jungen Ärzten, um sich versammelt zu haben (ebd., Bl. 106–108; an PrMK v. 26. 3. 1891), konnte Althoff nur zur Gewährung ao. Remunerationen bewegen (ebd., Bl. 109). Der wiederum plante, das etatisierte Pincus-Extraordinariat anderweitig, für die Psychiatrie, zu verwenden. Das scheiterte 1890/91 an der Unzulänglichkeit des Kandidaten Meschede und an der zögerlichen Haltung des Königsberger Magistrats, der die psych. Abteilung des Städt. Krankenhauses nicht als Universitätsklinik finanzieren wollte. Was mit Pincus' Lehrstuhl geschah, bleibt ungeklärt. Für die Psychiatrie wurde jedenfalls 1893 ein neues Extraord. bewilligt.

³³³ Meschede bot im WS. 1876/77 „Praktische Psychiatrie“ an, die drei Hörer fand. 1878 las er mangels Interesse nicht, und auf niedrigem Niveau (3–6 Hörer) ging es dann bis Mitte der 1880er Jahre weiter. Ein Kolleg über „Psychiatrische Klinik“ fand im SS. 1886 größeren Zuspruch (31 Hörer). Durchschnittlich 20 Hörer belegten seitdem bis 1901 seine Veranstaltungen. Zahlen nach GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. VII, Nr. 1, Bd. XIV ff. – Über Psychiatrie las erstmals zwischen 1863–1866 der seit 1856 an der Allenberger Heilanstalt tätige Karl Ludwig Kahlbaum (1828–1899, vgl. Katzenstein 1963), der sich 1864 auch für „allgemeine und spezielle Pathologie und Therapie der psychischen Krankheiten“ habilitierte; der Mitbegründer der wissenschaftlichen Psychiatrie mußte im Herbst 1866 jedoch an eine Görlitzer Privatklinik wechseln, weil der Fond, aus dem seine kurze Bahnfahrt Tapiau–Königsberg bezahlt wurde, erschöpft war – eine typische Knauserei, an der die frühe universitäre Etablierung der Psychiatrie in Königsberg scheiterte, die die Fakultät schon in den 1860ern mit Göttingen und Berlin, wo es die einzigen preußischen Lehrstühle für das junge Fach gab, hätte gleichziehen lassen (GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 24, Bd. I, Bl. 64–76; Habil. Kahlbaum u. LA Psychiatrie 1863/65).

³³⁴ Eulner/Glatzel 1957/58, S. 203 f.

³³⁵ GStA ..., Nr. 20, Bd. IX, Bl. 256 f.; PrMK – Kurator v. 7. 6. 1893.

³³⁶ Ebd., Bl. 141–144; Kurator (i. V. Maubach) – PrMK v. 1. 9. 1890; Maubach erkannte jedoch das Dilemma, das mit einer Ausschaltung Meschedes verbunden war. Dem von auswärts zu berufenden neuen Psychiater hätte nur das Krankenmaterial Meschedes zur Verfügung gestanden, „was schwere Kämpfe kosten“ und zu „unvermeidbaren Reibungen zwischen den Beteiligten“ führen würde. Wenn es daher nicht gelingen sollte, Meschede zum Amtsverzicht zu bewegen, müsse man seinem Konkurrenten auch eine für die Lehrtätigkeit unverzichtbare Klinik bauen. Vermutlich um solchen Schwierigkeiten auszuweichen, hatte v. Schlieckmann einige Wochen später der „Etablierung“ der Psychiatrie in Königsberg widerraten (ebd., Bl. 93; an PrMK v. 17. 10. 1890).

urteilte frühzeitig die Fakultät, psychische Krankheitskomplexe somatisch herzuleiten und sich daher mit pathologisch-anatomischen Befunden zu begnügen, sei schon methodologisch mindestens fragwürdig. Im Grunde bewege er sich ständig an der Grenze zur Scharlatanerie. Ihm fehle die für einen Naturwissenschaftler elementare Befähigung, Tatsachen zu erfassen, sie in die richtige Beziehung zu setzen und daraus Schlüsse zu ziehen. Anstelle kritischer Beobachtung fänden sich bei ihm „confuse und phantastisch zu nennende Ausführungen“, die mit den Tatsachen nichts zu tun hätten. Aus unbedeutenden Beobachtungen zöge er „weittragende Konsequenzen“, die er zudem in den „Tagesblättern unserer Stadt“ ins unbedarfte Publikum streue. Nein – seit der Habilitation (1875) sei das Interesse der Fakultät an ihm, der seine Arbeit immer mehr zersplittere und, aus persönlicher Eitelkeit, eine Fülle von Nichtigkeiten veröffentliche, schnell erkalte. Nirgends verriete er die Neigung, „die Sachen so zu sehen, wie sie sind“, so daß Meschede nicht die bescheidenste Schülerarbeit angeregt habe.³³⁷ Einen Fürsprecher unter den Ordinarien fand er nur in dem Anatomen Stieda, der den Direktor des Städtischen Krankenhauses aber auch nicht als Forscher pries, sondern als stets erbötigen Leichenlieferanten, der ihm zudem Sektionen in seinem Haus gestattete und Stiedas Institut mit „besonders interessanten anatomischen Präparaten“ versorgte.³³⁸

Aber diese vernichtende Beurteilung schien 1893 vergessen, als dem 60jährigen Meschede das neue psychiatrische Extraordinariat anvertraut wurde und er 1894 auch die heruntergekommenen Dachgelasse, ehemalige „Spinnstuben“, des von ihm geleiteten Städtischen Krankenhauses fortan als psychiatrische Universitätsklinik führen durfte.³³⁹

Der Physiologe Alfred Gruenhagen, mit brauchbaren Studien zur „thierischen Electricität“ und zur Innervation des Auges debütierend, in denen er sich noch von romantischen Vorstellungen über „Lebenskräfte“ und ähnlich „abenteuerlichen Anschauungen“ befreien mußte,³⁴⁰ war nach dem Urteil seines zeitweiligen Kollegen Friedrich Leopold Goltz zwar „gründlich durchgebildet“ und „vielseitig unterrichtet“, wies auch Lehrerfolge auf. Aber er habe als Forscher nicht gehalten, was er versprochen. In dem Maße wie in den 1870er Jahren seine „wissenschaftlichen Thaten“ immer belangloser geworden seien, stieg seine „Selbstüberschätzung“. Die typische Privatdozenten-Bitterkeit beherrsche ihn, sei „chronisch“ geworden und schrecke jede Fakultät ab.³⁴¹ Darum, um den zänkischen Gruenhagen nicht als Kollegen ertragen zu müssen, betraute die Fakultät nicht ihn, sondern Oscar Langendorff mit der

³³⁷ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 20, Bd. VII, Bl. 34–36; Kurator – PrMK v. 9. 1. 1884 und Bl. 37–40; MedFak – Kur. v. 15. 12. 1883. – Was die Schülerarbeiten angeht, so begann sich das in den 1890er Jahren etwas zu bessern. 1891 promovierte der aus einer jüdischen Königsberger Kaufmannsfamilie stammende Georg Mallison: Ein Fall von traumatischer Reflexpsychose, 1892 der Königsberger Eugen Krebs über Cocainismus, 1893 Rudolf Fabian, der Sohn des Heiligenbeiler Stadtphysikus über: Psychose nach Augenverletzung, 1894 August Hochmann, 1869 geboren als Sohn eines Grundbesitzers in Stallupönen; er erstellte für seine Promotion eine „Statistik der in den Jahren 1874–1892 in die städt. Krankenanstalt zu Königsberg aufgenommenen Geisteskranken und Deliranten mit besonderer Berücksichtigung des prozentualen Verhältnisses der Heilbaren und Unheilbaren“. Dann trat bis 1898 eine Pause ein, bevor der Königsberger Arthur Neumann noch eine schmale Studie über „Psychosen nach Schreck“ einreichte.

³³⁸ GStA ..., Nr. 20, Bd. VIII, Bl. 205 f.; Stieda – Althoff v. 5. 7. 1888, den direkten Weg wählend, da sich die Fakultät geweigert hatte, einen Antrag zur Ernennung Meschedes zum nb. ao. Prof. zu stellen! Ebd., Bl. 207–211 auch eine vollständige Bibliographie der durchgehend kasuistischen Arbeiten Meschedes.

³³⁹ Vgl. seine bei der Klinikeröffnung gehaltene AV, Meschede 1895, S. 60 f., mit ihrem emphatischen Bekenntnis zur „naturwissenschaftlichen Auffassung der Seelenstörungen“.

³⁴⁰ Vgl. die Sammlung seiner frühen Studien: Gruenhagen 1873, S. 1 f.; in seinem Lehrbuch, Bd. I, 1885, S. 4 f., wird die „teleologische Weltanschauung“ wie selbstverständlich als antiquierter Standpunkt abgetan. Der Verfasser sieht keine Veranlassung mehr, an der „endlichen Lösung des Problems zu verzweifeln“, alle im organischen Reich waltenden Kräfte auf die im anorganisch herrschenden zurückzuführen. Das „lebende Geschöpf“ müsse „dem gleichen Gesetze unterworfen“ sein, „welches schrankenlos herrscht in der unbeselten Natur“.

³⁴¹ GStA, VI. HA, Nl. Althoff, B Nr. 55 II, Bl. 161–166; Goltz – Althoff v. 17. 6. 1884.

Lehrstuhl-Vertretung im SS. 1884, und sie setzte ihn nicht auf die Liste für die Wittich-Nachfolge, zumal sie ihm verübelte, daß er seinen „Anspruch“ gebieterisch direkt bei v. Goßler angemeldet hatte.³⁴²

Von Kollegen und Intrigen weitgehend verschont blieb das Arbeitsfeld des Internisten Naunyn. Auch deswegen bewies er mit seinem Nachwuchs eine glücklichere Hand. Unter seinen Schülern schafften es allerdings nur Hugo Falkenheim und Oscar Minkowski, sich in Königsberg zu habilitieren. Minkowski, Sohn eines aus Litauen zugewanderten jüdischen Kaufmanns, wie sein Bruder Hermann, der Mathematiker, in Königsberg aufgewachsen und von Naunyn 1881 promoviert, begann in der Medizinischen Klinik seine bahnbrechenden experimentellen Pankreasstudien, mit denen er sich in die Geschichte der Diabetologie als „Großvater des Insulins“ einschrieb.³⁴³ Seine Vorlesungen zur „Pathologie des Harns“, über „Stoffwechselkrankheiten“ und „Krankenernährung“ waren, verglichen mit denen anderer Privatdozenten in der Fakultät, mit durchschnittlich zwanzig Hörern ungewöhnlich gut besucht. Doch der Verbleib an seiner Heimatuniversität stand wohl nie zur Wahl. Er ging mit Naunyn 1888 nach Straßburg, erhielt aber erst 1905 in Greifswald ein Ordinariat. Der gleichzeitig mit ihm 1885 habilitierte, publizistisch nicht sehr rege, sich vor allem als Kliniker verstehende Falkenheim spezialisierte sich auf Pädiatrie, bekam jedoch nicht das Extraordinariat des 1888 verstorbenen Heinrich Bohn, sondern mußte seine Privatdozentur lange mit einträglicher Privatpraxis abstützen, bevor ihm Althoff 1896 ein schlecht dotiertes Extraordinariat für Kinderheilkunde erwirkte.³⁴⁴

Zum engsten Schülerkreis Schönborns gehörte der Kölner Florian Beely, der 1872 noch in Berlin mit einer physiologischen Studie promoviert wurde, um dann dem frisch berufenen Chirurgen nach Königsberg zu folgen, wo er ihm bis 1880 als Assistent diente. Beely war 1878 auch Schönborns erster Habilitand, der 1879/80 ein mit vier Hörern indes schwach besuchtes Kolleg über „Orthopädische Chirurgie“ hielt, ein neues Spezialgebiet, dem er sich als einer der ersten Chirurgen der jungen Generation zuwandte, das er seit dem WS. 1880/81 aber nicht mehr an der Albertina, sondern in Berlin ausbaute, wo er auch das von ihm ins Leben gerufene *Zentralblatt für orthopädische Chirurgie* herausgab.³⁴⁵ Schönborns zweiter Habilitand, der Schlesier Georg Stetter, 1879 mit der chirurgischen

³⁴² GStA ..., Nr. 20, Bd. VII, Bl. 20–23; Gruenhagen – PrMK v. 26. 2. 1884, dazu Bl. 25–29 das nicht sonderlich imposante Verzeichnis seiner 16 Publikationen und die Aufstellung der unter seiner Regie verfassten Dissertationen und exper. Studien. Kurz nach Hermanns Eintritt in die Fakultät gingen Gruenhagens Hörerzahlen drastisch zurück, ein Grund mehr für dessen Unverträglichkeit. Seiner „ungehörigen“ Eingaben überdrüssig, mit Blick zudem auf seine „geringe Wirksamkeit“, verfügte der Minister endlich 1890, das von Gruenhagen seit 1873 geleitete „Medizinische Kabinett“ zu schließen und ihm damit den Dozenten-Abschied nahezu legen (ebd., Nr. 21, Bd. XVI, Bl. 52; PrMK – Kurator v. 31. 7. 1890).

³⁴³ Ewert u. a. 2006, S. 69–71.

³⁴⁴ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 20, Bd. IX, Bl. 355; Kurator – PrMK v. 18. 2. 1896, Weiterleitung des primo-loco-Vorschlags der Fakultät. Verwirrend in diesem Kontext die Äußerung des Ministeriums gegenüber dem Kurator v. 15. 1. 1896 (ebd., Bl. 347), man wolle das pädiatrische Extraordinariat, das bis 1892 der nach Rostock berufene Physiologe Langendorff besetzt hatte, wieder seiner ursprünglichen Bestimmung zuführen. Tatsächlich war Bohns Stelle aber 1888 nicht für Langendorff, der darum gebeten hatte, sondern für den Hygieniker Carl Fraenkel zweckentfremdet worden (ebd., Bd. VIII, Bl. 279, Kurator – PrMK v. 20. 7. 1889).

³⁴⁵ Die Institutionalisierung der Orthopädie gelang in Königsberg erst 1936. Bis dahin war es dem jeweiligen Ordinarius für Chirurgie stets gelungen, die Notwendigkeit einer eigenständigen Vertretung des Faches zu bestreiten. Die auch im Vorlesungsbetrieb vernachlässigte Orthopädie etablierte sich daher außerhalb der Universität in der 1882 eröffneten Privatklinik des Schönborn-Assistenten Heinrich Hoefmann (1851 Memel–1917 Königsberg, APB 279), der 1910 einen Verein zur Errichtung einer „Krüppel-, Heil- und Lehranstalt“ ins Leben rief. 1913 war die Vereinskasse hinreichend gefüllt, um am nördlichen Stadtrand ein Haus mit 65 Betten errichten zu können. Hoefmanns Anstalt, seit 1915 „Hindenburghaus“, die sich der „körperlichen und wirtschaftlichen Entkrüppelung“ Ostpreußens verschrieben hatte, diente zwischen 1918 und 1920 als Festungshilfslazarett 8 (orthopädische Militärstation) sowie 1919/20 auch noch als militärische Kopfschußstation (vgl. Kiewe 1928, S. 5f.; Scholz/Schroeder 1970, S. 80f.).

venia versehen, spezialisierte sich auf Verrenkungen und Knochenbrüche, veröffentlichte auch ein gut verkauft kleines Kompendium über traumatische Luxationen,³⁴⁶ versäumte es aber, die durch Beelys Abgang freigewordene, große orthopädische Unterrichtslücke zu besetzen. Stattdessen versuchte sich der als außergewöhnlich phlegmatisch geltende Stetter³⁴⁷ in der Ohrenheilkunde neben dem älteren Wagner-Schüler Emil Berthold zu etablieren, doch der seit 1889 mehrfach beantragte staatliche Zuschuß für sein Ohrenambulatorium floß dann jenem Konkurrenten zu.³⁴⁸ Bertholds Ruf als HNO-Arzt und Wissenschaftler war allerdings denkbar schlecht. In seiner zehn Betten bietenden Privatklinik behandelte der habilitierte Ophthalmologe noch bis Anfang der 1890er auch Augenpatienten. In die Otiatrie arbeitete er sich, unter Vernachlässigung von Rhino- und Laryngologie, seit 1872 mühsam ein, publizierte wenig und verspielte sein geringes fachliches Ansehen dadurch, daß er sich wie Meschede öfter korrigieren mußte, weil er voreilig „ungenügend basierte Beobachtungen“ als „Tatsachen“ mitgeteilt hatte, wie die beiden Koryphäen Ferdinand Trautmann und Hermann Schwartz beklagten.³⁴⁹ Trotzdem übertrug Althoff ihm 1891 das neu bewilligte HNO-Extraordinariat.³⁵⁰

In der Nachwuchsförderung war Naunyns Nachfolger Lichtheim ungleich erfolgreicher. Elf seiner Schüler erhielten zwischen 1892 und 1911 die venia für Innere Medizin: Paul Hilbert und Gustav Valentiner (beide 1892), Ernst Neisser (1893), Selly Askanazy (1897), Walter Rindfleisch, Ernst Rautenberg (beide 1905), Carl Klieneberger und Gerhard Joachim (beide 1906), Leo Borchardt, Heinrich Lippmann (beide 1910) und Harry Scholz (1911). Mit Ausnahme von Borchardt und Scholz, die der Fakultät bis 1935 bzw. 1945 angehörten, leistete von ihnen aber niemand mehr einen nennenswerten Beitrag zur medizinischen Forschung. Auch Askanazy, Joachim und Hilbert nicht, die in der Fakultät ebenfalls als nichtbeamtete Extraordinarien bis in die 1930er Jahre wirkten. Rautenberg (Berlin-Lichterfelde), Rindfleisch (Dortmund), Neisser (Stettin), Klieneberger (Zittau), Valentini (Danzig) und Lippmann (Berlin-Friedrichshain) beendeten ihre Karriere als Abteilungs- oder Klinikchefs. Neisser, seit 1931 im Ruhestand, und Klieneberger, beide jüdischer Herkunft, wurden Opfer der NS-Rassenpolitik, der sie sich durch Freitod entzogen. Die jüdischen Dozenten Borchardt und Askanazy verloren nach 1933 ihre Lehrberechtigung. Joachim ging im Mahlstrom der sowjetischen Eroberung Ostpreußens zugrunde, durch Selbstmord in einem Lager bei Insterburg.

³⁴⁶ Die seinem Lehrer Schönborn gewidmete Arbeit erschien zuerst 1886, in vierter Auflage 1896; berücksichtigte auch die erstmals Ende des 19. Jhs. klinisch bedeutsamer gewordenen „congenitalen Hüftgelenk-Luxationen“.

³⁴⁷ Beurteilung durch Mikulicz, in: GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 24, Bd. I, Bl. 157; Votum v. 9. 7. 1891.

³⁴⁸ Ebd., Nr. 20, Bd. IX, Bl. 114; PrMK – Kurator, Erlaß v. 26. 6. 1891.

³⁴⁹ GStA, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 20, Bd. VIII; Bl. 198 f., Gutachten Schwartz für Althoff v. 18. 6. 1888, und ebd., Bl. 291–297, Gutachten Trautmann v. 8. 9. 1889 für Althoff. Ebenso negativ die Äußerungen von Eduard Külz (Marburg) v. 24. 6. 1888 (Bl. 194: keine Arbeit Bertholds von durchschlagender Wirkung, hat gegen jeden Brauch noch nie etwas über seine operativen Praxis veröffentlicht, als „solide und zuverlässig“ könne man ihn weder als Wissenschaftler noch als Arzt einstufen). Aus der Nähe urteilte Mikulicz: ihm falle auf, daß sich fast alle Kollegen über Bertholds ärztliche Tätigkeit „abfällig“ äußerten und auch von Patienten Klagen kämen. Er selbst fände aber nichts an ihm auszusetzen und glaube, als „Spezialarzt“ sei er „ganz tüchtig“ (ebd., Bl. 191; an Althoff v. 15. 6. 1888). Da auch Trautmann ihm bei aller Kritik die Führung einer ohrenheilkundlichen Poliklinik zutraute und von Heinrich Walb (Bonn) noch ein halbwegs positives Gutachten einging (v. 15. 11. 1889, ebd. Bl. 329), erhielt Berthold zum WS. 1890/91 ein schlecht besoldetes Extraordinariat und seine bis dahin mit 1.200 M. vom PrMK subventionierte Privatklinik wurde zur Univ.-Ohrenklinik. Finanziell war das seine Rettung aus einer „Nothlage“, die ihn nach eigener Einschätzung wie keinen anderen Nichtordinarius der Fakultät bedrückte. Berthold führte diese Krise auf die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage, aber insbesondere auf die Konkurrenz der Spezialärzte zurück, die in Königsberg in den 1880ern „in unglaublicher Weise“ zugenommen habe (ebd. Bl. 274 f.; an PrMK v. 23. 6. 1889).

³⁵⁰ GStA ..., Nr. 20, Bd. IX, Bl. 114; PrMK – Kurator, Erlaß v. 26. 6. 1891. Berthold erhielt wie üblich karge 2.400 M. Jahresgehalt zuzüglich Wohngeld (660 M.).

Beachtlich ist die neurologische Schwerpunktbildung, die in der Medizinischen Klinik bei v. Leyden ihren Ausgang nahm und von seinem Nachfolger Naunyn weiter gepflegt wurde. Leydens Schüler Goltz³⁵¹ und Nothnagel³⁵² arbeiteten über Physiologie und Pathologie des Temperatursinns, schlossen sich zusammen zu gemeinsamen Experimenten an vasomotorischen Nerven der Gehirngefäße und analysierten zerebrale Funktionsstörungen.³⁵³

Studierte man die Vorlesungsverzeichnisse der 1870er und 80er Jahre, fallen bei Naunyn die Vorlesungen über Krankheiten des Gehirns ins Auge, der Physiologe Gruenhagen traktierte beharrlich Nervenphysiologie, v. Wittichs Assistent Oscar Langendorff die Physiologie des Gehirns, den Bau und die Funktion des Rückenmarks. Wittichs Nachfolger Hermann ebenso wie die Anatomen Kupffer, Schwalbe, Merkel überschütteten den Nachwuchs geradezu mit Kollegs zur Neurologie des Menschen, zur Anatomie der Sinnesorgane.

Kupffer betrat als Schüler des der Histologie des zentralen Nervensystems zugewandten Friedrich von Bidder früh die Bahn vergleichend-embryologischer Forschung, promovierte über den Bau des Rückenmarks beim Frosch, und widmete sich, angeregt von den 1877 publizierten Studien Oscar Hertwigs, in Königsberg vor allem den Befruchtungsvorgängen im Zellkern, die er an Amphibien und Knochenfischen studierte, während er seine neurologischen Arbeiten erst nach 1880 in München wieder aufnahm, bis dahin jedoch regelmäßig eine gut besuchte Vorlesung über die „Neurologie des Menschen“ anbot.³⁵⁴ Für August Müllers Schüler, den Elbinger Adolf Berthold Benecke, 1870 Prosektor und seit 1877 als Nachfolger Ernst Burdachs beamteter Extraordinarius für topographische Anatomie, führten die gemeinsam mit Kupffer unternommenen Experimente zu den Befruchtungsabläufen in Fischeiern³⁵⁵ allerdings zu Themen weit außerhalb seines anatomischen Lehrgebietes: zur Beschäftigung mit der Fischfauna, dem Fischfang und der Fischwirtschaft in Ostpreußen. 1883 legte er dazu ein nie überholtes Standardwerk vor.³⁵⁶ Vor seinem frühen Tod zuletzt mit dem Zoologen Chun zusammenarbeitend und mit der Fortpflanzung des Aals beschäftigt, richtete sich sein Augenmerk vornehmlich auf wirtschaftliche Verwertungsmöglichkeiten seiner Forschungen.³⁵⁷

³⁵¹ Der Physiologe Ludwig Ferdinand Goltz, 1834 Posen–1902 Straßburg, Neffe des westpreußischen Schriftstellers Bogumil Goltz (1801–1870), Helmholtz-Schüler noch zu dessen Königsberger Zeit, 1862 Habil. f. Anatomie u. Physiologie (GStA ..., Nr. 24, Bd. I, Bl. 56), Prosektor bei August Müller und Assistenzarzt in der Chirurg. Klinik, wurde 1869 nach Halle berufen, erhielt 1872 ein Ordinariat in Straßburg. Königsberger Arbeiten über Herzfunktion und Venentonus, in Straßburg vor allem Physiologie der Nervenzentren. 1869: Beiträge zur Lehre von den Functionen der Nervencentren des Frosches, 1881: Gesammelte Abhandlungen über die Verrichtungen des Großhirns; vgl. Pagel 614f.; DBE IV, 92.

³⁵² Zu Hermann Nothnagel, s. o. Anm. 309.

³⁵³ Neuburger 1922, S. 54f.

³⁵⁴ GStA, Rep. 76Va, Sek 11, Tit VII, Nr. 1, Bd XIII, XIV.

³⁵⁵ Vgl. den Beitrag Kupffer/Benecke, Der Vorgang der Befruchtung am Ei der Neunaugen, in: FS Theodor Schwann 1878.

³⁵⁶ Benecke 1883. Im gleichen Jahr nahm er als Deputierter des Deutschen Fischerei-Vereins an der Internationalen Fischerei-Ausstellung in London teil (GStA, Rep. 89, Nr. 21660; PrMK – ZivK v. 27. 4. 1883 wg. Beurlaubung Benecke nach London).

³⁵⁷ Benecke las erstmals im WS. 1879/80 vor acht Hörern über „Künstliche Fischzucht“. Daß sich der Mediziner seit dieser Zeit in einen Fischereixperten verwandelte, dürfte wesentlich aus seinem Mißerfolg als Anatomie-Dozent zu erklären sein. „Seit Jahren“, so begründete er im November 1885 einen Urlaubsantrag, ginge der Besuch seiner „früher“ gut frequentierten Vorlesungen zurück, im SS. 1885 habe sich sogar nur noch ein Student eingefunden. GStA, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 27, Bd. I, Bl. 252f.; Benecke – PrMK v. 3. 11. 1885, betr. Urlaub zwecks Untersuchung des Fortpflanzungsverhaltens der Aale südlich von Venedig. Ob Benecke noch dorthin aufgebrochen ist, scheint fraglich, da er wenige Wochen später in Königsberg starb. Ebd., Bl. 231; Benecke – PrMK v. 24.6. 1885, Bericht über den Forschungsaufenthalt an der Zoologischen Station in Neapel und über Aal-Studien in den Lagunen vor Venedig, dabei die praktische Bedeutung für die heimische Fischwirtschaft betonend. Zu